

# STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

22. JAHRGANG

MAI 1969

5

## INHALT

Seite

Die Industrie im Jahre 1968	103
Einkünfte der Einkommensteuerpflichtigen im Jahre 1965	113
Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden Ende 1968	116
Aufwand der Sozialhilfe im Jahre 1968	120
Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969	124
Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	33*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	39*



HERAUSGEBER  
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS



# Neue Kreisergebnisse!

Am 7. Juni 1969, einen Tag vor den rheinland-pfälzischen Kommunalwahlen, treten die Gesetze über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz in Kraft.

Noch vor dem 7. Juni 1969 ist ein Statistischer Bericht

## DAS STATISTISCHE BILD DER NEUEN KREISFREIEN STÄDTE UND LANDKREISE

mit den ersten Struktur- und Entwicklungsdaten für jede dieser neuen Verwaltungseinheiten nach dem Gebietsstand des Stichtags 7. Juni erschienen. Er enthält unter anderem Angaben über

Fläche	Landwirtschaftliche Betriebe
Zahl der Gemeinden	Wirtschaftsfläche nach Nutzungsarten
Wohnbevölkerung 1950, 1961 und 1968; nach Geschlecht und Religionszugehörigkeit	Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten
Krankenhäuser	Industrie
Volks- und Sonderschulen	Bauhauptgewerbe
Realschulen	Personal von Land und Gemeinden (Gv.)
Gymnasien	Wohnungsbestand
Landtagswahl 1967	Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden
Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen	Realsteueraufbringungskraft
Auspendler	Schuldenstand der Gemeinden
Einpender	Lohnsteuer
	Einkommensteuer
	Bruttoinlandsprodukt

Der Statistische Bericht umfaßt für jeden Kreis 90 Einzeldaten. Er kann zum Preis von DM 2,50 direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, oder durch den Buchhandel bezogen werden.

### Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	Ø = Durchschnitt
0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden / Angabe aus Gründen der Geheimhaltung nicht möglich	r = berichtigte Angabe
.. = Angabe sachlogisch nicht möglich	s = geschätzte Angabe
... = Angabe fällt später an	

### STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

Jg. 1 - 8, 1948 - 1955 u.d. Titel: Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz

Jg. 9 - 10, 1956 - 1957 u.d. Titel: Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Bezugspreis: Einzelheft DM 2,—; Jahresabonnement DM 20,—; zuzüglich Zustellgebühr.

Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Str. 15/16, oder durch den Buchhandel.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## RHEINLAND-PFALZ

22. Jahrgang

Heft 5

Mai 1969

### Die Industrie im Jahre 1968

#### 1. Allgemeine Entwicklung

Durch große Anstrengungen von Parlament und Regierung war es Ende 1967 und Anfang 1968 gelungen, die Auswirkungen der Rezession, die in einer Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik ihren Niederschlag fand, tatkräftig zu begrenzen und wirksame Voraussetzungen für den weiteren Wachstumsprozeß zu schaffen. Damit erfüllte sich die Hoffnung, daß der konjunkturelle Einbruch so rechtzeitig gebremst bzw. überwunden werden könne, bevor noch die Wirtschaft unseres Landes in voller Breite von diesem erfaßt würde. Dank der günstigen Branchenstruktur der Industrie — in Rheinland-Pfalz kommt den Wachstumsindustrien im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet eine überdurchschnittliche Bedeutung zu — waren hier 1966 und 1967 noch relativ hohe Zuwachsraten (+ 9,5 bzw. + 5,8%) erzielt worden (Bundesgebiet: + 1,8 bzw. — 2,4%). Vor allem war durch erfolgreiche Neuansiedlungen von Betrieben der Wachstumsbereiche die Industriestruktur in Rheinland-Pfalz nachhaltig gebessert worden. Mußten doch auch in Rheinland-Pfalz seit 1957 allein 5 000 Arbeitsplätze im Erzbergbau aufgegeben werden, dem infolge der damit verbundenen Standortverschlechterung weitere Betriebs-schließungen bzw. -einschränkungen der eisen-schaffenden Industrie folgten.

Nicht wenige Branchen bekamen auch in Rheinland-Pfalz die Rezessionsphase 1966/67 stark zu spüren, wie dies insgesamt in den Beschäftigten-zahlen seinen Niederschlag fand. Die Zahl der Beschäftigten sank von 1966 bis 1967 um 5,3% von 384 000 auf 364 000 und auch im Jahre 1968 wurde der hohe Stand von 1966 nicht wieder erreicht (— 4,3%), obwohl im Vergleich zu 1967 ein Zugang um 4 000 Arbeitskräfte verzeichnet werden konnte. Der monatliche Vergleich der beiden Extremwerte der vergangenen Jahre erhellt das Gefälle noch deutlicher. Der Höchststand der Beschäftigung war im August 1966 mit nahezu 389 000 erreicht worden, während der niedrigste Stand im Januar 1968 mit 356 650 zu registrieren war. Ein solch niedriger Beschäftigtenstand war zuletzt im Juni 1960 mit 354 754 ausgewiesen worden. Gemessen an August 1966 war bis Januar 1968 ein Personalabbau um 8,3% erfolgt, mit dem jedoch eine beträchtliche Steigerung der Ausbringung einherging, welche die Zunahme der Effizienz erkennen läßt. Diese außer-ordentliche Produktivitätssteigerung war mit einer Umstrukturierung der Beschäftigten nach Branchen

verbunden, wobei auch den Entlassungen eine nicht unbeträchtliche Bedeutung zukam. Bei einer wachsenden Wirtschaft, verbunden mit einem Arbeitskräftemangel, ist es kostenwirtschaftlich sinnvoll, eine Bevorratung von Arbeitskräften zu betreiben. Bei intaktem Arbeitsmarkt hingegen ist es bei pessimistischer Konjunktüreinschätzung geboten, das Personal auf den für den Produktionsprozeß erforderlichen Bedarf zu beschränken. Da insbesondere die lohnintensiven Fertigungen von dem Konjunkturrückschlag betroffen wurden, konnten die an Gewicht gewinnenden Wachstumsbranchen infolge des zeitweiligen Überangebots an Arbeitskräften eine qualitative Verbesserung des Produktionsfaktors Arbeit erreichen, welche diesen in der folgenden Phase der Wirtschaftsbelebung einen weiteren Vorsprung verschaffte.

#### 2. Investitionsvergleich

Die vom Konjunkturverlauf in der Bundesrepublik erfreulich abweichende Entwicklung in Rheinland-Pfalz ist auf das unterschiedliche Ausmaß der Investitionen der vorangegangenen Jahre zurückzuführen. Geht man bei dieser Analyse von dem Investitionsvolumen des Jahres 1962 aus, für das erstmals solche Angaben zur Verfügung stehen, und beschränkt man den Vergleich auf die Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, deren Anteil an den Investitionen sich auf 89,2% belief, stehen den Meßziffern von Rheinland-Pfalz in Höhe von 154 für 1964, von 194 für 1965 und von 210 für 1966 Vergleichswerte des Bundesgebietes von 103, 117 und 119 gegenüber, wobei Rheinland-Pfalz mit Abstand die höchsten Zuwachsraten aller Bundesländer aufweist. An zweiter Stelle lagen 1964 Niedersachsen

Investitionstätigkeit in der Industrie  
in den Ländern des Bundesgebiets 1964 - 1966  
(Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten)

Land	Investitionen			Zuwachsrate	
	1964	1965	1966	1965 zu 1964	1966 zu 1965
	1962 = 100			%	
Schleswig-Holstein	100,7	106,9	117,8	6,2	10,2
Hamburg	103,1	126,2	163,8	22,4	29,8
Niedersachsen	121,8	117,7	120,0	- 3,4	2,0
Bremen	75,7	76,5	87,7	1,1	14,6
Nordrhein-Westfalen	89,8	101,4	98,8	12,9	- 2,6
Hessen	112,5	138,7	159,6	23,3	15,1
Rheinland-Pfalz	154,0	193,8	209,7	25,8	8,2
Baden-Württemberg	104,4	126,8	122,3	21,5	- 3,5
Bayern	110,4	118,8	114,7	7,6	- 3,5
Saarland	83,3	98,3	98,1	18,0	- 0,2
Berlin (West)	106,5	137,0	136,3	28,6	- 0,5
Bundesgebiet	103,0	117,0	118,6	13,6	1,4



(122), 1965 Hessen (139) und 1966 Hamburg (164). Diese Zahlen sind Spiegelbild der wirtschaftlichen Expansion, und die regionale Gliederung gibt zugleich Aufschluß über die unterschiedliche Entwicklung der Wirtschaftsräume bzw. Industriestandorte. Dabei ist der Wirkungsgrad von den jeweiligen Investitionszielen abhängig, je nachdem, ob diese vorwiegend der Kapazitätserweiterung, der Rationalisierung oder Ersatzbeschaffung dienen, wobei nicht selten mehrere Ziele gleichzeitig angestrebt werden. Unabhängig von der jeweiligen Zielsetzung gehen von solch hohen Investitionsbeträgen generelle Initialzündungen aus, die bei Erweiterungsinvestitionen im allgemeinen am größten sind, da hier zumeist die Schaffung neuer Arbeitsplätze angestrebt wird. Die unterschiedlichen Strukturen des Industriebesatzes der einzelnen Kreise beeinträchtigen den regionalen Vergleich der Investitionsintensität. So errechnet sich für die genannten Jahre für die chemische Industrie ein Durchschnitt von 10 000 DM je Beschäftigten, von 12 000 DM der Zementindustrie gegenüber beispielsweise von nur 900 DM der Schuhindustrie (Bekleidungsindustrie 600 DM). Dieser Vergleich ist von außerordentlichem Erkenntniswert.

### 3. Arbeitseinsatz

Im Monatsdurchschnitt erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten von 1967 auf 1968 um 1,1% bzw. um 4 000 auf 367 624. Der Zugang der Arbeiter war mit + 1,2% geringfügig höher als derjenige der Angestellten (+ 0,7%). Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Beschäftigtenabbau des Jahres 1967 allein zu Lasten der Arbeiter (— 7,2%) erfolgt war, während der Aufwärtstrend bei den Angestellten sich auch 1967 fortgesetzt hatte.

Infolge des nachhaltigen Konjunkturaufschwungs nahm die Zahl der Beschäftigten vom Tiefststand Ende Januar 1968 an beständig zu und erreichte Ende November mit 377 762 den Jahreshöchststand, der auch im Dezember, als es zu saisonal bedingten Freistellungen kam, welche allerdings erheblich hinter dem Ausmaß früherer Jahre zurückblieben, nahezu gehalten werden konnte. So überstieg die Zahl der Beschäftigten Ende November 1968 die von Januar des gleichen Jahres um 21 000 und der Abstand zum bisherigen Höchststand im August 1966 war damit auf 2,9% geschrumpft. Im Januar 1969 war entgegen der Entwicklung der vorangegangenen Jahre ein weiterer leichter Anstieg zu verzeichnen, da die Firmen, bedingt durch die günstige Auftragsentwicklung, sich auf eine anhaltende Expansion einstellten. Diese Entwicklung setzte sich im Februar 1969 mit einem weiteren Zugang um 2 000 Beschäftigte fort, so daß der Monatsdurchschnitt des Jahres 1968 im Februar 1969 bereits um 10 000 Arbeitsplätze überschritten wurde. Die Produktion im ersten Quartal 1969 überstieg die entsprechende des Vorjahres um 18,5%. Die wachsende Nachfrage war nun nicht mehr ohne Anspannungen zu bewältigen, so daß sich die Bundesregierung am 18. März 1969 in Abstimmung mit dem Konjunktur- und Finanzplanungsrat genötigt sah, zur Verhütung einer überhitzten Expansion Maßnahmen zur Sicherung der Preisstabilität zu beschließen. Gleichzeitig hat flankierend die Bundesbank die Redis-

kontkontingente gesenkt, den Lombardsatz erhöht und am 17. April 1969 eine Anhebung des Diskontsatzes auf 4% beschlossen.

Die Analyse des Beschäftigteneinsatzes im Jahre 1968 zeigt, daß die konjunkturellen Einflüsse die saisonalen Besonderheiten stark überlagerten. So verlief der Anstieg ab Februar 1968 relativ konstant, sieht man von dem leichten Rückgang im Dezember (— 0,6%) ab. Der höchste Zugang wurde von Juni auf Juli mit + 1,2%, der geringste von Mai auf Juni mit + 0,1% registriert. Für das erste Halbjahr errechnete sich ein Monatsdurchschnitt von 361 013, der um 3,7% unter dem des zweiten Halbjahres (374 235) lag. Infolge des aufgezeigten Trends ergab sich eine relativ hohe mittlere Abweichung vom Monatsdurchschnitt. Während sich diese beispielsweise im Jahre 1967 nur auf 0,6% gegenüber 1,1% im Jahre 1966 belaufen hatte, stieg sie 1968 auf 1,8%. Entsprechend der aufgezeigten Entwicklungen stellten sich die Extremwerte der Abweichungen auf — 3,0% im Januar und + 2,8% im November 1968. Im Jahre 1967 hatte sich die umgekehrte Reihenfolge (Januar + 1,8%; Dezember — 1,4%) ergeben, was recht aufschlußreich für die Beurteilung der unterschiedlichen Konjunkturlage war.

Als weiteres Indiz für den Konjunkturverlauf kann die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden herangezogen werden, obwohl der monatliche Vergleich durch die unterschiedliche Zahl der Arbeitstage gestört ist. Die Abweichungen vom Monatsdurchschnitt, der sich auf 44,3 Mill. Arbeiterstunden belief, waren hier wesentlich größer, so daß sich eine mittlere Abweichung von 4,2% errechnet. Die Extremwerte beliefen sich auf — 12,8% im Juni mit dem Leistungstiefststand von 38,6 Mill. Stunden und auf + 12,1% im Oktober bei einem Höchststand von 49,6 Mill. Stunden. Sowohl bei den Beschäftigten als auch der Arbeitsleistung waren die Abweichungen im ersten Halbjahr negativ und im zweiten Halbjahr positiv, mit der Ausnahme, daß die Leistung im Mai den Monatsdurchschnitt bereits um 2,4% übertroffen hatte. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden erstmals seit 1965 (+ 2,8%), blieb aber mit 531 Mill. noch beträchtlich hinter dem Ergebnis der Jahre 1966 (— 6,1%) und 1965 (— 7,0%) zurück. Nur ein über das Ausmaß der Arbeitszeitverkürzungen hinausgehender Zugang an Arbeitern bzw. Mehrleistungen wirkt sich positiv aus. Langfristig ergibt sich eine vom Beschäftigteneinsatz abweichende Entwicklung, die die unterschiedlichen Veränderungsdaten erklärt. Allerdings führt die Steigerung in der Zahl der geleisteten Arbeiterstunden von 1967 auf 1968 mit + 2,8% merklich über den Zugang an Arbeitern hinaus. Dies findet zum Teil in der im Jahre 1967 in zahlreichen Branchen zur Verhinderung weiterer Entlassungen notwendig gewordenen Einführung von Kurzarbeit seine Erklärung, während im Jahre 1968 infolge der vorangegangenen Einkommenskürzungen die Bereitschaft der Arbeiter zu Überstunden größer war.

Die Beschäftigtenentwicklung nach Industriezweigen verlief recht uneinheitlich. Gemessen am Jahresdurchschnitt wirkte sich die Belebung im Vergleich zu 1967 bei vielen Industriezweigen noch



Arbeitszeiten und Arbeitsverdienste der männlichen und weiblichen Industriearbeiter nach Industriezweigen und Leistungsgruppen 1968

Industriezweig	Bezahlte Wochenarbeitsstunden			Bruttostundenverdienste			Bruttowochenverdienste		
	Leistungsgruppe								
	1	2	3	1	2	3	1	2	3
	Anzahl			DM					
Männliche Arbeiter									
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	44,9	45,1	46,2	5,63	5,18	4,37	254	235	203
Industrie der Steine und Erden	47,4	45,6	47,9	5,15	5,05	4,65	245	232	224
Eisenschaffende Industrie	42,0	41,6	43,4	5,44	5,08	4,64	237	218	203
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	44,3	44,5	44,4	5,46	5,34	4,56	243	239	204
Ziehereien und Kaltwalzwerke	46,1	44,8	44,2	4,64	4,68	3,87	216	211	172
NE-Metallindustrie	45,6	45,7	.	4,97	4,81	.	227	221	.
Chemische Industrie	43,7	44,6	44,0	6,01	5,43	4,06	263	243	179
Sägewerke und Holz bearbeitende Industrie	49,3	46,0	45,9	4,67	4,43	3,99	230	204	184
Holzschliff, Zellstoff-, Papier und Pappe erzeugende Industrie	50,1	50,1	48,3	5,25	4,72	4,16	264	238	201
Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	47,1	45,2	43,4	5,35	4,75	4,26	254	217	187
Investitionsgüterindustrien	44,3	44,3	43,8	5,24	4,69	4,15	234	209	183
Stahl- und Leichtmetallbau	45,8	45,2	41,1	5,39	4,76	3,79	249	216	156
Maschinenbau	44,7	43,8	43,6	5,34	4,87	4,46	240	215	196
Straßenfahrzeugbau	42,9	43,2	44,3	5,35	4,63	3,93	231	202	176
Elektrotechnische Industrie	43,3	43,2	41,9	4,79	4,20	3,85	208	182	162
Feinmechanische und optische Industrie	42,4	41,6	41,4	5,41	4,51	3,07	231	189	128
Stahlverformung, EBM-Waren-Industrie	45,5	45,3	44,4	4,95	4,62	4,02	226	210	179
Verbrauchsgüterindustrien	44,3	44,2	43,1	5,11	4,58	3,85	227	203	166
Feinkeramische Industrie	45,6	46,1	45,2	4,94	4,74	4,35	226	219	197
Glasindustrie	43,2	43,0	43,7	5,64	5,18	4,63	245	223	204
Holz verarbeitende Industrie	46,4	46,0	43,3	4,68	4,38	3,97	217	203	172
Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie (einschl. Sportgeräte- und Spielwarenindustrie)	43,8	44,6	42,6	4,62	4,11	3,16	202	183	134
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	48,6	45,8	43,8	4,91	4,43	3,97	239	204	175
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	43,9	45,2	44,3	6,22	5,38	4,39	274	245	195
Kunststoff verarbeitende Industrie	46,0	44,8	43,5	5,03	4,59	4,16	232	208	181
Leder erzeugende Industrie	43,5	43,3	43,3	4,67	4,91	3,92	204	214	170
Leder verarbeitende Industrie	41,7	41,8	41,2	4,54	3,76	2,55	189	158	105
Schuhindustrie	42,4	41,7	41,4	4,95	4,51	3,30	210	189	137
Textilindustrie	45,8	45,6	44,8	4,53	4,06	3,70	208	186	166
Bekleidungsindustrie	43,3	44,7	43,8	4,41	4,17	3,66	192	187	162
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	47,0	48,5	49,8	4,83	4,26	3,74	228	208	186
Insgesamt	44,9	44,9	44,9	5,32	4,88	4,05	240	220	182
Weibliche Arbeiter									
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	41,0	41,3	40,8	5,11	4,15	3,56	210	172	145
Chemische Industrie	41,0	41,2	40,3	5,12	4,20	3,56	210	173	144
Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	-	42,5	42,2	-	3,90	3,61	-	166	153
Investitionsgüterindustrien	40,9	41,1	41,2	4,31	3,55	3,25	177	146	134
Elektrotechnische Industrie	40,7	40,8	40,7	3,81	3,21	3,23	155	131	132
Feinmechanische und optische Industrie	.	40,5	39,8	.	3,90	3,56	.	159	142
Stahlverformung, EBM-Waren-Industrie	.	42,0	41,8	.	3,56	3,25	.	150	136
Verbrauchsgüterindustrien	40,9	40,8	40,8	4,04	3,35	3,11	166	137	127
Feinkeramische Industrie	44,0	42,6	42,3	4,54	3,54	3,46	200	151	147
Glasindustrie	-	43,4	40,2	-	4,29	3,59	-	187	144
Holz verarbeitende Industrie	42,4	42,0	41,9	3,65	3,31	3,26	154	140	137
Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie (einschl. Sportgeräte- und Spielwarenindustrie)	.	40,6	40,9	.	2,79	2,44	.	114	100
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	-	40,8	40,1	-	3,40	3,31	-	139	133
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	40,8	41,3	41,9	5,06	3,70	3,01	207	154	126
Kunststoff verarbeitende Industrie	.	43,0	41,8	.	3,43	3,36	.	147	140
Leder erzeugende Industrie	.	40,2	40,7	.	3,70	3,15	.	150	128
Leder verarbeitende Industrie	39,5	40,2	40,3	3,70	3,08	2,61	146	124	106
Schuhindustrie	40,9	40,4	40,5	4,11	3,69	3,07	168	149	124
Textilindustrie	42,0	41,0	40,0	3,85	3,22	3,05	164	132	122
Bekleidungsindustrie	39,8	40,6	40,7	3,32	3,09	2,78	133	126	113
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	46,9	43,9	44,0	2,99	2,99	2,85	141	131	125
Insgesamt	41,2	41,0	41,2	4,04	3,45	3,18	167	142	131

nicht aus. Der Beschäftigtenstand der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien lag um 1,8% unter dem des Vorjahres. Bereits von 1966 auf 1967 war hier ein starker Personalabbau (— 8,2%) erfolgt. Auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrien blieben geringfügig (— 0,3%) unter dem Stand des Vorjahres, den die Verbrauchsgüterindustrien um 0,8% überstiegen. Hingegen setzte sich die Expansion der Investitionsgüterindustrien mit einem Zu-

wachs um 5,2% fort. Diese Zunahme entsprach der der Jahre 1965 und 1966, als sich die Zahl der Beschäftigten um 5,3 bzw. 5,8% erhöht hatte. 1967 war der Zugang unterbrochen worden (— 2,8%). Diese Hauptgruppe erreichte nunmehr nahezu den Beschäftigtenanteil der Verbrauchsgüter- sowie der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Die Zahl der im Investitionsgüterbereich Tätigen hat sich seit 1954 mehr als verdoppelt. Vergleichsweise



Bruttomonatsverdienst der kaufmännischen und technischen Angestellten in der Industrie nach Geschlecht, Leistungsgruppen und Industriehauptgruppen 1968

Geschlecht Leistungsgruppe	Ins- gesamt	Grund- stoff- u. Produk- tions- güter- indu- strien	Investi- tions- güter- indu- strien	Ver- brauchs- güter- indu- strien	Nah- rungs- und Genuß- mittel- indu- strien
DM					
Kaufmännische Angestellte					
Männlich	1 246	1 308	1 199	1 190	1 229
Leistungsgruppe II	1 657	1 655	1 650	1 656	1 652
" III	1 209	1 241	1 149	1 219	1 171
" IV	855	878	792	853	845
" V	707	835	578	635	726
Weiblich	784	881	723	704	723
Leistungsgruppe II	1 424	1 521	1 357	1 331	(1 162)
" III	990	1 072	916	880	907
" IV	694	732	661	674	660
" V	552	575	525	551	550
Technische Angestellte					
Männlich	1 336	1 400	1 285	1 296	1 267
Leistungsgruppe II	1 762	1 852	1 714	1 712	1 530
" III	1 262	1 321	1 212	1 221	1 172
" IV	1 007	1 035	955	1 020	1 013
" V	815	864	734	921	.

betrug der Zugang bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien nur 9,2%. Diese günstige Entwicklung der Investitionsgüterindustrien wurde wiederum maßgeblich vom Fahrzeugbau beeinflusst, wo sich der Zugang im Vergleich zu 1967 auf rund 15% stellte. Aber auch die elektrotechnische Industrie wies mit + 8,1% eine außerordentlich starke Expansion auf. Der vom Beschäftigteinsatz her bedeutendste Zweig, der Maschinenbau, erreichte eine Steigerung um 2,5%, die von der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (+ 3,5%) noch übertroffen wurde, welche mit nahezu 18 000 Kräften hinter dem Maschinenbau den zweiten Rang einnahm. Die chemische Industrie blieb um 1,5% unter dem Stand des Vorjahres, den auch die Industrien der Steine und Erden nicht erreichten (— 1,3%). Hingegen erhöhte die Gummi- und Asbestverarbeitung, bedingt durch die Produktionsaufnahme eines weiteren Großbetriebes bzw. des Ausbaues weiterer Werke, ihr Personal um reichlich ein Fünftel. Hier ist mit einem weiteren beträchtlichen Anstieg zu rechnen.

Infolge der unterschiedlichen Beschäftigtenentwicklung stiegen die Lohnzahlungen (+ 9,3%) stärker als die Gehälter (+ 7,5%), so daß sich insgesamt eine Zunahme der Lohn- und Gehaltszahlungen um 8,7% auf 4,2 Mrd. DM errechnete. Auf die Gehaltszahlungen entfielen mit 1 423 Mill. DM 33,9%, auf die Löhne 2 778 Mill. DM bzw. 66,1%. Im Durchschnitt war die geleistete Arbeiterstunde mit 5,23 DM Lohnzahlungen belastet gegenüber 4,92 DM im Jahre 1967, was einer Zunahme um 6,3% entsprach. Gleichzeitig erhöhte sich der Erlös je Arbeiterstunde von 38 DM im Jahre 1967 um 13,2% auf 43 DM. Gemessen am Umsatz unter Ausschluß der Mehrwertsteuer waren es 40 DM. Da die Umsatzzunahme wesentlich über die Steigerung der Lohn- und Gehaltssumme hinausführte, änderte sich die Lohn- und Gehaltsquote merklich. Sie sank von 19,7% im Jahre 1967 auf 18,4%. Vergleichsweise hatte sich diese im Jahre 1966 noch auf

21,5% gestellt. Bezogen auf den Umsatz ohne Umsatzsteuer errechnete sich für 1968 eine Quote von 19,7%. Im Straßenfahrzeugbau ging sie auf 13,2 bzw. 14,0% zurück, wenn man vom Nettoumsatz ausgeht. Diese vom Bundesdurchschnitt (21,1%) dieser Branche abweichende Quote ist auf die besondere Produktionsstruktur des rheinland-pfälzischen Straßenfahrzeugbaues zurückzuführen, wo nunmehr den vorgefertigten Teilbezügen zur Endmontage eine wesentlich stärkere Bedeutung zukommt, als den Zulieferungen rheinland-pfälzischer Zweigbetriebe an Werke der gleichen Unternehmen außerhalb unseres Landes. Beispielsweise war die Relation der firmeninternen Lieferungen bzw. Bezüge im Jahre 1965 noch entgegengesetzt, so daß sich damals eine Lohn- und Gehaltsquote für den Straßenfahrzeugbau von 38,8% errechnete. So findet auch die Abweichung im Maschinenbau ihre Erklärung. Hier sank die Quote von 32,4% im Jahre 1964 auf nunmehr 21,9% gegenüber 28,7% im Bundesgebiet, da die Endmontage bei der unternehmensmäßigen Verflechtung in Rheinland-Pfalz stärker konzentriert wurde. Die Relation der elektrotechnischen Industrie war dagegen entgegengesetzt. Hier belief sich die Lohn- und Gehaltsquote in Rheinland-Pfalz auf 38,3% (1967: 41,1%) gegenüber 27,1% im Bundesgebiet (1967: 29,1%). Für die Investitionsgüterindustrien errechnete sich für Rheinland-Pfalz eine Lohn- und Gehaltsquote von 21,2%. Im Jahre 1966 hatte sich diese noch auf 28,8% gestellt. Vergleichsweise betrug sie 1968 im Bundesgebiet 26,6%. Diese Zahlen weisen bereits auf die zunehmende unternehmensmäßige Verflechtung hin. So erhöhte sich die Zahl der in rheinland-pfälzischen Zweigbetrieben von Unternehmen mit Sitz außerhalb unseres Landes Tätigen von September 1962 auf September 1967 um 35,3% auf 69 562, obwohl sich gleichzeitig für die gesamten Beschäftigten des Landes ein Rückgang um 1,5% ergab, so daß auf diese nunmehr ein Anteil von 19,1% der Beschäftigten entfiel gegenüber 13,9% im September 1962. In einigen bedeutenden Industriezweigen ist dieser Anteil außerordentlich hoch, in der Zementindustrie 84,0%, im Straßenfahrzeugbau 83,4% (13 400 Beschäftigte von 16 000), in der eisenschaffenden Industrie 44,4%, in der elektrotechnischen Industrie 44,0%, in den Eisen-, Stahl- und Tempergießereien 43,4% und in der Bekleidungsindustrie 30,4% (Schuhindustrie: 14,4%).

Die durchschnittlich geleistete Wochenarbeitszeit der Arbeiter ging um 1,0% auf 39,9 Stunden zurück, wobei die Abnahme bei den Männern mit — 1,2% die der Frauen (— 0,8%) geringfügig übertraf. Hingegen erhöhte sich die durchschnittlich bezahlte Wochenarbeitszeit der Arbeiter um 2,1% auf 43,9 Stunden. Die Bruttostundenverdienste stiegen im Durchschnitt um 4,1% auf 4,61 DM. Bei den Arbeitern lagen diese bei 5,00 DM (+ 4,0%), bei den Arbeiterinnen bei 3,38 DM. Entsprechend der aufgezeigten Entwicklung der bezahlten Arbeitszeiten errechneten sich bei einer Steigerung um 6,3% Bruttowochenverdienste von 203 DM, die sich für Männer auf 225 DM und für Frauen auf 139 DM stellten. Die Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten erhöhten sich mit + 5,0%



Unternehmensverflechtung in ausgewählten Industriezweigen  
im September 1967  
(Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Industriezweig Jahr	Be- triebe	Beschäftigte	
	Anzahl	% der in Rheinland- Pfalz Be- schäftigten	
In anderen Bundesländern gelegene Betriebe von Unternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz			
<u>Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien (einschl. Bergbau)</u>	46	5 495	4,4
Industrie der Steine und Erden	35	1 883	7,3
Natursteinindustrie	18	908	25,9
Kalkindustrie	3	274	25,0
Betonsteinindustrie	4	199	9,6
Chemische Industrie	3	2 599	3,7
Sägewerke und Holz bearbeitende Ind.	4	337	6,4
<u>Investitionsgüterindustrien</u>	15	5 957	5,9
Stahl- und Leichtmetallbau	4	394	7,2
Maschinenbau	7	5 214	12,8
<u>Verbrauchsgüterindustrien</u>	35	4 107	3,6
Holz verarbeitende Industrie	7	1 567	12,3
Druckerei- und Vervielfältigungsind.	4	193	2,3
Kunststoff verarbeitende Industrie	5	663	6,7
Bekleidungsindustrie	10	605	4,9
<u>Nahrungs- und Genußmittelindustrien</u>	14	1 173	5,3
Mineralwasser- und Limonadenind.	5	610	19,0
Insgesamt	110	16 732	4,6
dagegen: 1962	124	17 490	4,7
1964	124	17 500	4,7
1965	123	16 847	4,4
1966	127	17 767	4,6
In Rheinland-Pfalz gelegene Betriebe von Unternehmen mit Sitz in anderen Bundesländern			
<u>Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien (einschl. Bergbau)</u>	86	17 569	14,1
Industrie der Steine und Erden	39	4 448	17,2
Natursteinindustrie	8	399	11,4
Gewinnung und Aufbereitung von Roh- ton, Farberden, Schiefer, Asphalt, Quarzit u. ä. Steine und Erden	11	411	20,3
Kalkindustrie	3	405	37,0
Herstellung von feuerfesten grob- keramischen Erzeugnissen	5	1 704	37,8
Bims- und Bimssteinindustrie	3	96	2,1
Gießereindustrie	10	3 181	42,3
Chemische Industrie	12	3 659	5,2
Sägewerke und Holz bearbeitende Ind.	6	832	15,9
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	5	1 197	28,5
Gummi und Asbest verarbeitende Ind.	6	1 073	31,2
<u>Investitionsgüterindustrien</u>	111	31 986	31,4
Stahl- und Leichtmetallbau	7	471	8,6
Maschinenbau	16	6 252	15,3
Fahrzeugbau (einschl. Luftfahrzeugbau)	15	12 997	81,0
Elektrotechnische Industrie	35	6 545	44,4
Feinmechanische u. optische Industrie	3	305	10,0
Stahlverformung	6	1 174	30,0
Eisen-, Blech- und Metallwarenind.	29	4 242	24,9
Werkzeugindustrie	3	206	26,4
Stahlblechwarenindustrie	10	1 304	20,6
Feinblechpackungsindustrie	5	1 379	53,6
Schloß- und Beschlagindustrie	4	859	29,6
Metallwarenindustrie	3	241	8,3
<u>Verbrauchsgüterindustrien</u>	97	15 824	13,7
Feinkeramische Industrie	5	1 641	25,0
Holz verarbeitende Industrie	8	928	7,3
Papier und Pappe verarbeitende Ind.	6	651	10,6
Kunststoff verarbeitende Industrie	9	1 531	15,5
Schuhindustrie	22	4 481	14,4
Textilindustrie	9	1 700	15,2
Bekleidungsindustrie	32	3 891	31,3
<u>Nahrungs- und Genußmittelindustrien</u>	26	3 128	14,2
Ernährungsindustrie	23	2 727	13,0
Obst u. Gemüse verarbeitende Ind.	4	490	28,9
Mineralwasser- und Limonadenind.	3	155	4,8
Tabak verarbeitende Industrie	3	401	37,7
Insgesamt	320	68 507	18,8
dagegen: 1962	252	51 413	13,9
1964	295	56 344	15,1
1965	320	62 232	16,3
1966	339	72 998	18,8

nicht ganz so stark wie die Entgelte der Arbeiter, was auf die unterschiedliche Entwicklung bei den weiblichen Kräften zurückzuführen war, während für die männlichen Kollegen ein gleicher Zuwachs nachgewiesen wurde. Allerdings ist ein solcher globaler Vergleich abhängig von der jeweiligen Zusammensetzung nach Leistungsgruppen. Die Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten beliefen sich im Jahre 1968 auf 1 029 DM bei einem Durchschnitt von 1 246 DM für die Männer und 784 DM für die Frauen. Die durchschnittlichen Verdienste der technischen Angestellten waren entsprechend der Entwicklung der Vorjahre höher, und zwar für die Männer bei 1 336 DM gegenüber einem Gesamtdurchschnitt für technische Kräfte von 1 297 DM.

#### 4. Energieverbrauch

Während von 1966 auf 1967 der Trend des steigenden Energieeinsatzes unterbrochen worden war (— 2,1%), wurde von 1967 auf 1968 wiederum eine Zunahme von 2,9% ermittelt. Mit einem Verbrauch von nahezu 8 Mill. t SKE wurde der bisherige Höchststand erreicht. Dennoch ist nicht zu verkennen, daß die Zuwachsrate hinter der Expansion der vergangenen Jahre zurückblieb. Der Vergleich des Einsatzes der verschiedenen Energieträger zeigt das seit Jahren gewohnte Bild. Dem Rückgang an Kohle (— 4,8%) stand eine Zunahme des Heizöls (+ 3,4%) und des Stromverbrauchs (+ 6,8%) gegenüber, während der Gasverbrauch (ohne Erdgas) stagnierte (+ 0,9%). Infolge der Anbindung einiger weiterer wichtiger Industriestandorte an Erdgasleitungen dürfte dieses in den kommenden Jahren auch in Rheinland-Pfalz an Bedeutung gewinnen. Bedingt durch die gesetzlichen Geheimhaltungsbestimmungen mußte bislang dieser Energieträger bei den Energiebilanzen außer Ansatz bleiben. Der Vergleich der letzten Jahre zeigt, daß das stürmische Vordringen des Heizöls weitgehend zum Stillstand kam und entsprechend der Rückgang des Kohleverbrauchs nicht mehr das Ausmaß früherer Jahre annahm. Allerdings ist einschränkend zu bemerken, daß die Höhe der Zuwachsraten von den Basiswerten abhängig ist. Die absolute Zunahme des Heizölverbrauchs war auch 1968 noch beträchtlich, was nur für das leichte Heizöl gilt, dessen Verbrauch um 12,2% ausgeweitet wurde. Hingegen ergab sich für das schwere Heizöl, auf das ein Anteil von 81,6% entfiel, nahezu eine Stagnation (+ 1,6%). So erhöhte sich die Quote des leichten Heizöls von 1967 auf 1968 von 16,9% auf 18,4%. Eine gegenläufige Entwicklung wies der Kohleverbrauch auf. Der Einsatz an Steinkohlen- und briketts stieg um 13,1%. Hingegen schrumpfte der Verbrauch an Steinkohlenkoks um 53,5% von 416 727 t im Jahre 1967 auf 194 000 t, was vornehmlich auf die Umstrukturierung des Energieeinsatzes der chemischen Industrie zurückzuführen war, wo sich dieser Rückgang auf 85,4% stellte. Im Jahre 1967 war auf die Chemie noch ein Anteil des Steinkohlenkoks von 56% entfallen, der nunmehr auf 18% absank. Der Hauptverbraucher war 1968 dadurch erstmals die eisenschaffende Industrie einschließlich der NE-Metallindustrie. Die Bedeutung der Rohbraunkohle bzw. der Braunkohlenbriketts ging weiterhin zurück (— 14,2%).



Betriebe, Beschäftigung und Umsatz nach Industriezweigen 1968  
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Industriezweig	Be- triebe	Beschäftigte		Ge- leistete Ar- beiter- stunden	Lohn- summe	Gehalts- summe	Umsatz	
		ins- gesamt	Ar- beiter				ins- gesamt 1)	Ausland
	Monatsdurchschnitt				1 000	1 000 DM		
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	841	121 460	84 529	164 827	1 020 345	680 573	9 441 774	2 648 913
Industrie der Steine und Erden	472	24 680	19 415	41 254	230 493	75 767	1 254 335	85 638
Natursteinindustrie	95	3 480	2 778	6 219	32 519	10 078	153 940	4 133
Sand- und Kiesindustrie	28	907	692	1 645	8 262	3 016	47 625	.
Gewinnung und Aufbereitung von Rohton, Farberden, Schiefer, Asphalt, Quarzit u. ä. Steine und Erden	45	2 111	1 809	3 434	19 748	4 161	58 991	13 172
Zementindustrie	5	1 445	1 160	2 466	14 066	4 953	186 104	4 535
Kalkindustrie	11	1 079	871	1 809	9 837	3 452	44 522	3 169
Ziegelindustrie	38	1 215	1 026	2 088	10 858	2 108	34 929	537
Herstellung von feuerfesten grobkeramischen Erzeugnissen	25	4 267	3 562	7 121	39 447	10 404	196 792	40 481
Betonsteinindustrie	65	2 136	1 666	3 691	19 757	5 921	91 520	1 131
Bims- und Bimssteinindustrie	124	3 844	2 970	6 791	39 670	11 200	236 040	3 360
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallindustrie	9	5 904	4 548	8 586	51 688	22 897	888 041	233 989
Gießereindustrie	33	6 799	5 447	10 326	61 448	19 700	249 079	21 651
Ziehereien und Kaltwalzwerke	13	1 958	1 582	3 173	16 309	4 925	147 032	15 608
Chemische Industrie (einschl. Mineralölver- arbeitung und Kohlenwertstoffindustrie)	113	68 835	42 680	79 350	546 002	522 309	6 106 244	2 211 916
Sägewerke und Holz bearbeitende Industrie	158	4 854	3 975	8 352	38 743	9 915	251 139	19 139
Säge-, Hobel- und Furnierwerke, Holzimprä- gieranstalten	154	3 842	3 109	6 463	29 567	7 884	187 754	.
Sperrholz-, Holzfaser- und Holzspan- plattenwerke	4	1 012	866	1 889	9 176	2 031	63 385	.
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	17	4 279	3 593	7 647	41 102	11 913	282 502	32 131
Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	26	4 151	3 289	6 139	34 560	13 147	263 402	28 841
Investitionsgüterindustrien	619	106 827	79 817	152 179	779 555	393 694	5 541 307	1 698 495
Stahl- und Leichtmetallbau	55	5 312	4 148	8 362	46 166	16 353	192 241	8 143
Maschinenbau	189	41 843	28 018	53 901	288 968	205 723	2 256 695	946 621
Straßenfahrzeugbau	32	16 747	13 209	25 625	143 934	55 443	1 514 222	.
Schiff- und Luftfahrzeugbau	8	2 108	1 474	2 720	15 835	9 074	65 622	.
Elektrotechnische Industrie	120	16 009	12 967	23 187	101 019	41 247	371 433	61 792
Feinmechanische und optische Industrie	15	3 051	2 233	4 161	21 186	12 083	92 631	20 258
Stahlverformung	33	4 110	3 231	6 333	30 726	12 008	171 848	21 259
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	167	17 647	14 537	27 890	131 721	41 763	876 615	88 809
Werkzeugindustrie	15	1 020	843	1 575	7 155	2 202	27 389	8 334
Stahlblechwarenindustrie	71	6 613	5 346	10 633	54 945	17 081	360 674	28 449
Feinblechpackungsindustrie	10	2 677	2 252	4 396	20 042	6 448	177 893	4 247
Schloß- und Beschlagindustrie	10	1 305	1 139	2 005	9 063	2 047	44 053	9 176
Herstellung von Kraftwagenzubehör	3	799	674	1 329	6 818	1 627	.	.
Metallwarenindustrie	31	3 065	2 508	4 581	19 926	7 686	127 312	28 800
Verbrauchsgüterindustrien	1 237	117 619	97 917	181 931	829 585	254 095	4 830 223	474 181
Feinkeramische Industrie	67	6 965	5 823	11 379	56 108	14 522	213 140	54 596
Glasindustrie	21	7 569	6 104	11 477	69 059	24 935	342 604	.
Holz verarbeitende Industrie	152	12 584	10 483	20 568	100 956	26 486	553 240	34 092
Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie (einschl. Sportgeräte- und Spielwarenindustrie)	131	3 449	2 633	5 145	20 680	6 228	145 339	57 387
Schmuckwarenindustrie	33	1 471	1 109	2 038	7 741	3 234	57 251	17 234
Edelsteinindustrie	88	1 548	1 186	2 481	10 645	2 089	75 194	34 721
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	66	6 156	4 860	9 406	41 027	17 252	318 127	8 293
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	135	8 334	6 600	12 855	69 677	23 795	285 164	5 182
Kunststoff verarbeitende Industrie	92	10 340	7 698	15 168	72 641	38 374	591 216	79 677
Leder erzeugende Industrie	15	1 908	1 579	3 091	13 693	4 552	113 867	.
Leder verarbeitende Industrie	49	4 844	4 155	7 419	27 983	7 601	143 847	9 614
Schuhindustrie	281	31 681	27 697	49 267	223 727	48 385	1 217 474	64 493
Textilindustrie	74	11 440	9 484	17 699	71 346	25 070	547 796	51 199
Bekleidungsindustrie	154	12 349	10 801	18 457	62 688	16 895	358 409	6 050
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	322	21 556	15 116	31 846	147 270	94 098	3 038 980	.
Ernährungsindustrie	313	20 499	14 295	30 343	140 135	90 637	2 876 210	55 130
Obst und Gemüse verarbeitende Industrie	40	1 368	1 014	2 255	7 925	3 826	104 094	3 149
Molkereien und Milch verarbeitende Industrie	57	2 145	1 483	3 762	14 886	8 451	431 368	5 387
Brauereien und Mälzereien	56	5 459	4 048	8 067	45 708	23 481	515 044	7 623
Spirituosenindustrie	14	1 849	777	1 458	6 549	17 231	459 325	.
Wein verarbeitende Industrie	30	1 872	1 065	2 168	7 941	10 777	300 771	3 892
Mineralwasser- und Limonadenindustrie	43	3 141	2 439	5 631	24 430	9 839	174 310	2 607
Tabak verarbeitende Industrie	9	1 057	821	1 503	7 135	3 461	162 770	.
Insgesamt (einschl. Bergbau)	3 022	367 624	277 517	531 033	2 778 319	1 422 883	22 864 796	4 897 677

1) Einschl. Umsatzsteuer.



Insgesamt sank der Anteil der Kohle am Energieeinsatz auf 19,4%; 1950 hatte er noch reichlich drei Viertel ausgemacht. Auf die Elektrizität entfielen 42,0%, auf das Heizöl 34,5% und auf Gaslieferungen 4,1%.

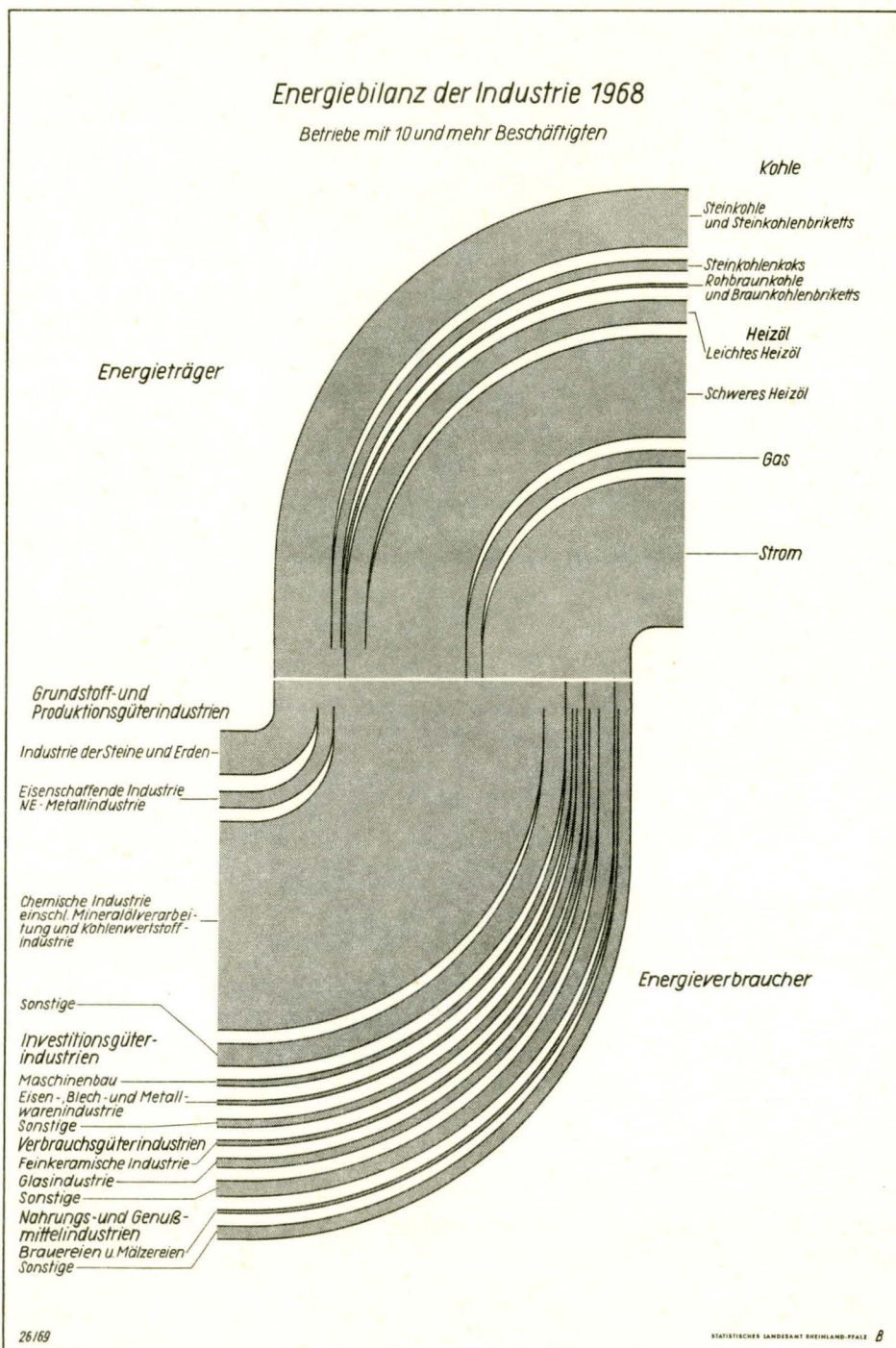
Vergleicht man die Energiebilanz der Hauptverbraucher, nimmt die Chemie in unserem Lande eine Sonderstellung ein. Auf sie entfiel mit einem Verbrauch von 4 700 000 t SKE ein Anteil von 61%. Allerdings stagnierte der Einsatz von 1967 auf 1968, was nicht ohne Auswirkung auf den Verbrauch der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien blieb (+ 1,2%). Den höchsten Zuwachs wiesen mit + 18,1% die Investitionsgüter- vor den Verbrauchsgüterindustrien (+ 12,4%) aus. Die Nahrungs- und Genussmittelindustrien verzeichneten eine Zunahme um 3,8%.

## 5. Produktion

Die industrielle Produktion konnte von 1967 auf 1968 um 12,3% ausgedehnt werden<sup>1)</sup>. Damit wurde die Expansion im Bundesgebiet, welche sich auf + 12,1% stellte, noch geringfügig übertroffen. Die Zuwachsrate von Rheinland-Pfalz war doppelt so hoch wie von 1966 auf 1967. Der langfristige Vergleich zeigt, daß dies, bezogen auf das Basisjahr 1962, der höchste Zuwachs seit 1960 (+ 12,4%) bzw.

1955 (+ 14,1%) war. Sieht man von den Nahrungs- und Genussmittelindustrien ab, welche eine Produktionssteigerung von 1967 auf 1968 um 6,6% erzielten, verlief das Wachstum der übrigen drei Hauptgruppen einheitlich und entsprach weitgehend der Branchenentwicklung im Bundesgebiet. Die Expansionsrate der Verbrauchsgüterindustrien übertraf in Rheinland-Pfalz mit + 13,7% nur wenig die der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+ 12,8%) sowie der Investitionsgüterindustrien (+ 12,1%). Damit wurden die Investitionsgüterindustrien, welche von 1965 bis 1967 die Wachstumsskala angeführt hatten, erstmals von

<sup>1)</sup> Vgl. K. Nold: Die Entwicklung der industriellen Produktion von 1962 bis 1968. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 22, Heft 4, April 1969.



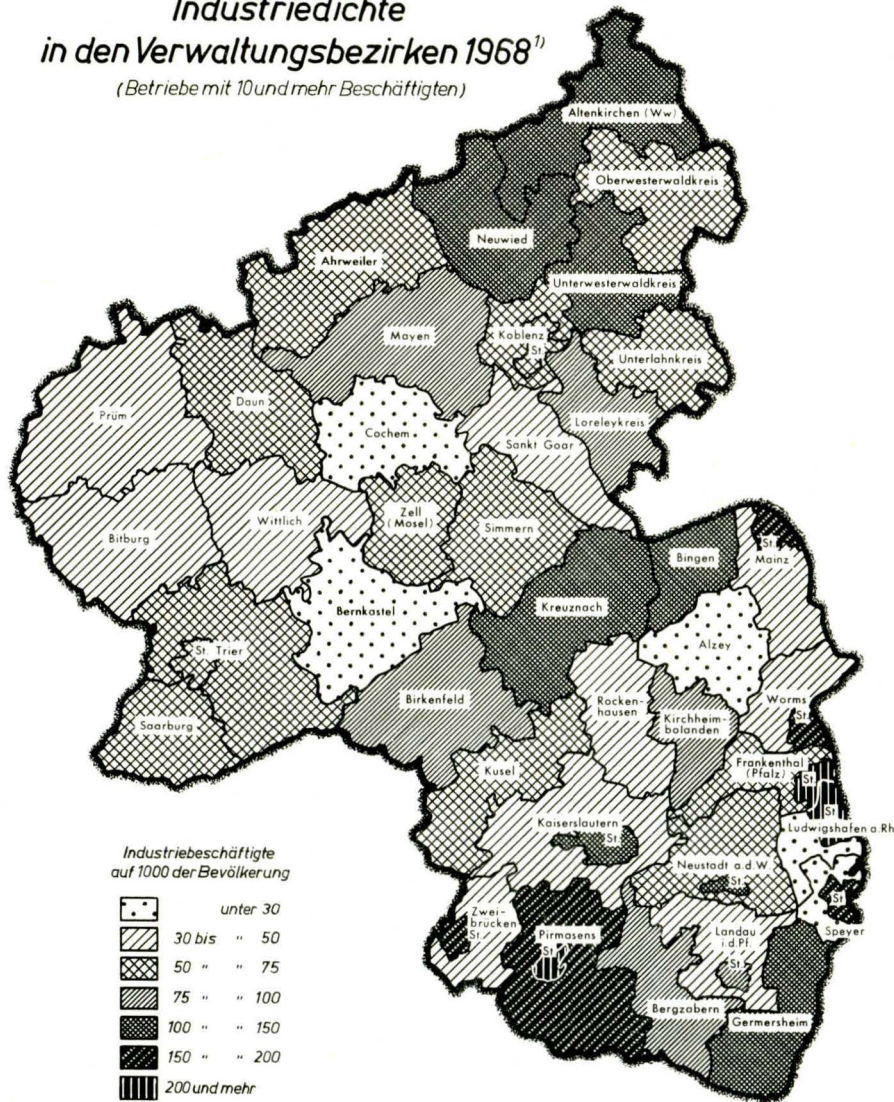
dieser Stellung verdrängt, was zum Teil auf eine Sonderentwicklung im Maschinenbau zurückzuführen war. Die Spitzenstellung der Verbrauchsgüterindustrien (Bundesgebiet + 14,4%) läßt erkennen, daß im Jahre 1968 vom privaten Verbrauch wichtige Impulse zur Konjunkturbelebung ausgingen, die sich auf die Zulieferbereiche positiv auswirkten.

Der Vergleich nach Industriezweigen zeigt, daß das Ausmaß der Expansion recht unterschiedlich war. Nur einige wenige Branchen mußten auch 1968 ihre Produktion weiter drosseln, die Ziegelindustrie um 10,7%, so daß deren Ausbringung, gemessen am Produktionsvolumen des Jahres 1962, nur noch einen Stand von 60% erreichte. Aber auch die Bimsindustrie mußte eine weitere Einbuße hin-



## Industriedichte in den Verwaltungsbezirken 1968<sup>1)</sup>

(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)



27/69 <sup>1)</sup> Kreisgliederung vor dem 7. Juni 1969

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

nehmen (— 2,4%). Mit einer Meßzahl von 74 wurde auch hier ein Produktionstiefststand erreicht. Einen etwa gleich hohen Rückgang verzeichneten die Sägewerke und die Holz bearbeitende Industrie (— 2,2%). Auch die Mälzereien, ein gemessen an der Ausbringung relativ unbedeutender Industriezweig, blieb um 5,1% unter dem Vorjahresstand. Der Straßenfahrzeugbau, welcher infolge großer Neuansiedlungen in den Vorjahren die Expansion am stärksten beeinflusst hatte — auch von 1967 auf 1968 war der Anstieg mit + 33,4% noch außerordentlich hoch — wurde im letzten Jahr von der Gummi- und Asbest verarbeitenden Industrie im Zuwachs übertroffen. Auch hier waren es vornehmlich neu angesiedelte Reifenwerke, die infolge Produktionsaufnahme bzw. einer besseren Auslastung eine solch hohe Steigerung (+ 44,3%) bewirkten. Hier ist vorerst mit einer weiteren überdurchschnittlichen Zunahme zu rechnen. Auch der Straßenfahrzeugbau dürfte in Rheinland-Pfalz von der neuerlichen Konzentration im Lastwagenbau langfristig günstig beeinflusst werden, zumal sich das

neue Großmontagewerk in Wörth infolge der äußerst günstigen Voraussetzungen für einen weiteren Ausbau anbietet.

### 6. Absatz

War der Konjunkturunbruch 1966/67 in der Bundesrepublik vor allem durch verstärkten Export (1966 + 12,7%; 1967 + 7,6%) in Grenzen gehalten worden, während die Aufnahmebereitschaft des Inlandmarktes rückläufig war (1966 + 1,9%; 1967 — 3,9%), erwies sich von 1967 auf 1968 die inländische Nachfrage wieder als Hauptstütze der Wirtschaftsbelebung. So übertraf im Bundesgebiet erstmals die Zuwachsrate des Inlandumsatzes mit + 14,9% die Steigerung des Exports (+ 12,7%). Einschränkend ist jedoch zu bemerken, daß infolge des Übergangs zur Mehrwertbesteuerung am 1. Januar 1968 der Umsatzvergleich beeinträchtigt wurde und diese Daten nur mit Einschränkung Geltung haben. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß zum Vergleich der Entwicklung der Exportmärkte ab Januar 1968 die Auslandsumsätze ohne Umsatzsteuer anfallen, da diese davon freigestellt sind, die Umsatzsteuer früher aber einbezogen

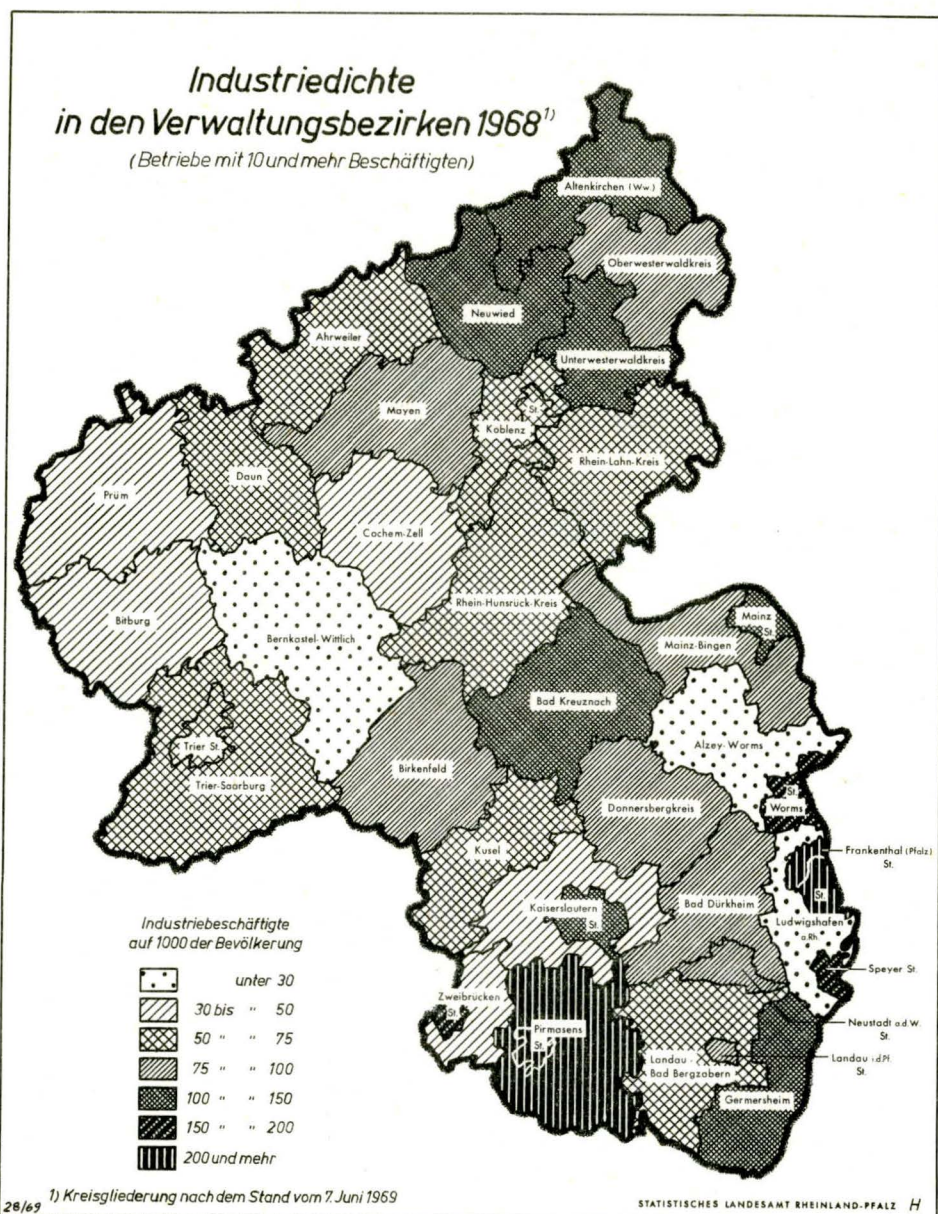
war. Obwohl für den Inlandumsatz 1968 die Belastung durch die Mehrwertsteuer vorliegt, ist auch hier eine volle Vergleichbarkeit mit den Werten vor der Zeit der Umsatzsteuerreform nicht gegeben. Eine Möglichkeit des Zeitvergleichs wäre, die Zeitreihen vor 1968 von der kumulativen Umsatzsteuer alter Art zu bereinigen, die dann mit den Nettoumsätzen des Jahres 1968 vergleichbar wären. Für eine solche Bereinigung reicht das zur Zeit verfügbare Ausgangsmaterial nicht aus. Zu Vergleichszwecken ist man so auf die Bruttoumsätze angewiesen, da diese den Umsätzen alter Art eher entsprechen als die Nettoumsätze. Unter Berücksichtigung dieser Besonderheiten dürfte die Zunahme des Exports auch 1968 die des Inlandumsatzes im Bundesgebiet übertroffen haben, was für Rheinland-Pfalz ohnehin gegeben war. Hier belief sich die Gesamtzunahme auf + 16,3%, die des Inlandumsatzes auf + 15,2% und des Exports auf + 20,5%.



Unter den Hauptgruppen erzielten die Investitionsgüterindustrien mit + 23,5% den höchsten Anstieg, gefolgt von den Verbrauchsgüter- (+ 16,3%) sowie den Grundstoff- und Produktionsgüter-Industrien mit + 14,7%. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrien lagen zwar an letzter Stelle; dennoch erreichten auch diese eine Umsatzausweitung um 9,5%. Eine Sonderentwicklung wies wiederum der Straßenfahrzeugbau aus, der nahezu eine Verdoppelung erreichte (+ 93,6%), obwohl erst von 1966 auf 1967 ein Sprung von 279 auf 782 Mill. DM gelungen war (+ 180,2%). Nunmehr liegt dieser Zweig mit einem Umsatzvolumen von 1,5 Mrd. DM hinter der Chemie und dem Maschinenbau an dritter Stelle. Bei diesem hohen Umsatzniveau dürfte die künftige Entwicklung relativ ausgeglichener verlaufen, obwohl der Umsatz im Januar und Februar 1969 den der Vorjahresmonate bereits wieder um 70,5% übertroffen hat. Die Chemie vermochte den Umsatz um 16,1% auf 6,1 Mrd. DM zu erhöhen, so daß der Anteil am Gesamtumsatz mit

26,7% konstant blieb. Die Expansion der Gummi- und Asbestverarbeitung entsprach der bei der Produktion aufgezeigten Entwicklung. Der Schuhindustrie gelang mit einer Umsatzausweitung um 17,7% ein äußerst günstiges Ergebnis, das die Textilindustrie mit + 22,9% noch übertraf, was auf die starke Expansion eines im Ausbau befindlichen Texturbetriebes zurückzuführen war. Die Investitionsgüterindustrien erreichten zugleich die stärkste Exportsteigerung, und zwar um 33,5% auf nahezu 1,7 Mrd. DM. Vergleichsweise hatte sich die Ausfuhr im Jahre 1966 erst auf 871 Mill. DM belaufen, so daß in diesen zwei Jahren eine Verdoppelung gelang. Während die Zuwachsraten der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+ 13,9%) und auch der Verbrauchsgüterindustrien (+ 18,2%) der Entwicklung des Gesamtumsatzes entsprachen, erreichte die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit + 16,8% eine wesentlich höhere Zunahme des Auslandsumsatzes.

Mißt man den Auslandsumsatz am Gesamtumsatz ohne Umsatzsteuer, errechnet sich für Rheinland-

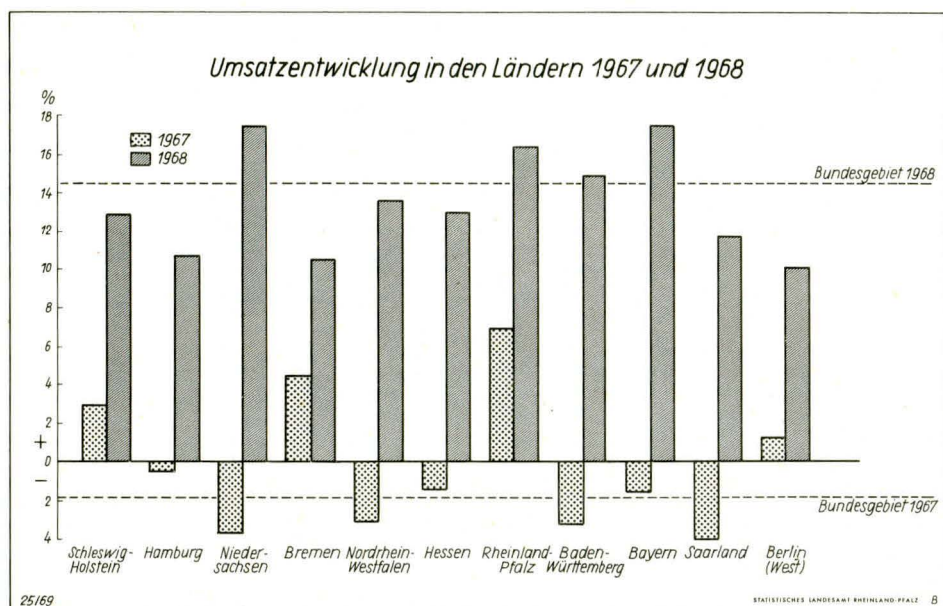


Pfalz für 1968 eine Exportquote von 23,0%. Die stärkste Exportabhängigkeit wiesen die Investitionsgüterindustrien auf, wo nahezu ein Drittel der Erlöse auf den Auslandsmärkten erzielt wurde. Diese Quote wurde vom Maschinen- und Straßenfahrzeugbau noch wesentlich übertroffen. Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien erlösten ebenfalls nahezu ein Drittel (30%) ihres Umsatzes im Exportgeschäft, was vornehmlich auf die chemische Industrie zurückzuführen war (38,5%). Erfahrungsgemäß sind Exporte Erfolge im Verbrauchsgüter- (10,7%) und im Nahrungs- und Genußmittelbereich (2,6%) wesentlich schwieriger.

## 7. Regionale Entwicklung

Versucht man, durch die Veränderung in der Zahl der Beschäftigten Aufschluß über die konjunkturelle Entwicklung der Verwaltungsbezirke zu erhalten, erzielte der Regierungsbezirk Trier sowohl in der kurz- als auch langfristigen Betrachtung das günstigste Ergebnis. Insgesamt erhöhte sich hier der Beschäftigtenstand von 1967 auf 1968 um 5,5% und bezogen auf 1958 um 43,3%.





Bezieht man indes die in Industriebetrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten Tätigen auf die Einwohner, weist diese Region mit einem Industriebesatz von 48 je 1 000 Einwohner eine außerordentlich ungünstige Struktur auf. Der Vergleichswert für den Regierungsbezirk Koblenz beläuft sich auf 86, für Rheinhessen-Pfalz auf 128, so daß sich ein Landesdurchschnitt von 101 ergibt. Zur Wertung dieser Größen sei die Vergleichsquote für das Bundesgebiet genannt, die 131 betrug und lediglich im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz nahezu erreicht wurde. Diese Diskrepanz läßt erkennen, welche Aufgaben der regionalen Strukturförderung in weiten Teilen unseres Landes noch gestellt sind. Eine Angleichung ist, wie die Erfahrung lehrt, nur langfristig möglich und setzt eine breit angelegte Verbesserung der Infrastruktur voraus. Welches starke Gefälle zwischen Stadt und Land hier besteht, läßt sich aus dem sehr unterschiedlichen Industriebesatz ablesen. Während in den kreisfreien Städten je 1 000 Einwohner 185 Arbeitsplätze in Industriebetrieben bereitstanden, belief sich die Vergleichsgröße für die Landkreise auf 57. Allerdings verlief im Jahre 1968 die Entwicklung der Industriebetriebe der Landkreise günstiger als in den kreisfreien Städten. So erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten der Industriebetriebe der Landkreise um 2,5% (kreisfreie Städte — 1,2%) und die Umsatzexpansion führte mit + 22,6% weit über die der kreisfreien Städte hinaus, wo eine Erhöhung von 10,3% erzielt wurde. Der Auslandsumsatz der Landkreise stieg sogar um 41,5%. Auffallend ist, daß die Industrie in den Landkreisen bei weitem nicht so exportorientiert ist wie in den kreisfreien Städten, was die Exportquoten verdeutlichen (15,1; 28,2%).

Vergleicht man den Personaleinsatz, weisen vor allem die Landkreise Saarburg (+ 14,6%), Gernersheim (+ 12,4%) und Wittlich (+ 10,3%) günstige Entwicklungen auf, während der Kreis St. Goar eine Abnahme um 12,4% zu verzeichnen hatte, wovon die Stadt Boppard infolge einer Betriebsverlegung am stärksten betroffen wurde. Von den

kreisfreien Städten wies Koblenz mit + 5,9% den höchsten Zugang, Kaiserslautern mit — 3,4% die ungünstigste Entwicklung auf.

Hatten beispielsweise bis zum Jahre 1967 nur die Städte Ludwigshafen und Mainz die Milliarden-DM-Grenze im Umsatz übersprungen, gelang dies im abgelaufenen Jahr auch der Industrie der Landkreise Gernersheim und Neuwied sowie der Stadt Worms. Mit einem Umsatzvolumen von 980 Mill. DM blieb der Landkreis Mayen nur knapp unter dieser Grenze. Die höchste Umsatzexpansion wies der Land-

kreis Gernersheim aus, wo reichlich eine Verdoppelung gelang. Die Industrie der Stadt Mainz vermochte infolge der besonderen Entwicklung im Maschinenbau den Vorjahresstand nicht zu erreichen (— 1,6%), den auch die Industrie der Städte Frankenthal und Kaiserslautern kaum zu übertreffen vermochte (+ 0,5 bzw. + 1,1%). Die höchste Exportquote erzielte erstmals die Stadt Zweibrücken (42%) vor Ludwigshafen mit 40,9%, die bisher hier führte. Unter den Landkreisen nahm St. Goar mit 32,7% hinter Gernersheim den zweiten Rang ein.

#### 8. Vergleich mit dem Bundesgebiet

Unter den Bundesländern wiesen Schleswig-Holstein, Niedersachsen (jeweils + 2,4%) sowie Bayern (+ 2,0%) den höchsten Beschäftigtenzugang aus. Hingegen setzte sich der Personalabbau im Saarland und Berlin (jeweils — 1,8%) und auch in Nordrhein-Westfalen (— 0,7%) im Jahre 1968 noch fort. Die Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz übertraf nebst Baden-Württemberg und Hessen den Bundesdurchschnitt, welcher sich auf + 0,7% stellte. Gemessen an der Arbeitsleistung — die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden erhöhte sich im Bundesgebiet um 3,1% — erzielten mit Ausnahme von Hamburg, das eine Stagnation meldete, alle Bundesländer Zunahmen. Der höchste Zuwachs errechnete sich mit + 5% für Niedersachsen. Die größte Umsatzexpansion erzielte die Industriewirtschaft in Bayern (+ 17,5%), Niedersachsen (+ 17,4%) und Rheinland-Pfalz (+ 16,3%). Die Steigerung der übrigen Länder schwankte zwischen + 10,1% (Berlin) und + 14,9% (Baden-Württemberg).

Aufschlußreich ist die Analyse nach der Absatzrichtung. Von der Binnenkonjunktur profitierte die Industrie Bayerns mit einem Zuwachs um 17,9% neben dem Saarland (+ 16,4%) am stärksten, während Bremen mit + 8,9% die niedrigste Steigerungsrate verzeichnete. Die stärkste Belebung des Auslandsgeschäftes gelang Niedersachsen (+ 25,4%), Rheinland-Pfalz (+ 20,5%), Bremen (+ 20,4%) und Schleswig-Holstein (+ 20,2%). Das Exportergebnis von Berlin blieb um 11,3% unter dem Stand des



Jahres 1967, den auch das Saarland nur knapp zu steigern vermochte (+ 1,9%), dessen Exportquote von 31,9 auf 29,1% sank. Die Industrie Niedersachsens (22,9%), Hessens (22,2%) und in Rheinland-Pfalz (21,4%) wiesen in etwa eine gleich

starke Exportabhängigkeit auf. Vor allem Berlin (10,8%), Hamburg (13,2%) und Schleswig-Holstein (14,1%) blieben unter dem Bundesdurchschnitt, der sich auf 18,5% stellte.

Dr. K. H. Speth

## Einkünfte der Einkommensteuerpflichtigen im Jahre 1965

Der vorliegende Beitrag vervollständigt das für die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer in der Lohnsteuerstatistik und die Einkünfte der juristischen Personen in der Körperschaftsteuerstatistik bereits aufgezeichnete Bild über die im Jahre 1965 der Besteuerung unterliegenden Einkünfte um die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik. Anknüpfend an eine im August 1968 erschienene Veröffentlichung von ersten und regional gegliederten Ergebnissen der Einkommensteuerstatistik 1965<sup>1)</sup> soll im folgenden ein Überblick über die Einkünfte der veranlagten natürlichen Personen vermittelt werden.

### 1. Gesamtüberblick

Ausgangspunkt für die Ermittlung des zu versteuernden Einkommens der natürlichen Personen bilden die Einkünfte, die nach dem Einkommensteuergesetz aus sieben Einkunftsarten fließen. Einkünfte sind der Gewinn aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit sowie der Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten aus nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und sonstigen Quellen gemäß § 22 EStG.

Von den mehr als 247 000 unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen, die 1965 in Rheinland-Pfalz mit einem Einkommen veranlagt wurden, sind in über 418 000 Fällen Einkünfte aus einer der sieben Einkunftsarten erzielt worden. Mit fast + 22% war die Zunahme der Fälle gegenüber 1961, dem letzten Erhebungsjahr, etwa ebenso hoch wie die der Steuerpflichtigen. Die Summe der Einkünfte, das ist der Gesamtbetrag der Einkünfte vor Ausgleich mit den Verlusten aus den Einkunftsarten, insbesondere aus Vermietung und Verpachtung, erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 54,5%

auf 5,19 Mrd. DM. Im Durchschnitt sind damit je Fall mehr als 12 400 DM veranlagt worden gegenüber knapp 9 800 DM vier Jahre zuvor. Gemessen an der Zahl der Fälle kam den Einkünften aus Arbeitnehmertätigkeit erstmals die größte Bedeutung zu, während die gewerblichen Einkünfte nach wie vor den höchsten Betrag verzeichneten. Mit Ausnahme der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft war bei allen Einkunftsarten, vor allem bei denjenigen aus nichtselbständiger Arbeit, ein zahlen- und wertmäßiger Zuwachs festzustellen.

### 2. Land- und Forstwirtschaft

Im Vergleich zu 1961 gingen die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft um gut 12% auf 177 Mill. DM und die entsprechende Zahl der Fälle um 39% auf knapp 25 000 zurück. Diese Entwicklung hatte zum Teil steuerrechtliche Gründe, denn durch das Steueränderungsgesetz 1964 wurde der bisher nur nichtbuchführenden Land- und Forstwirten mit einem Einkommen von weniger als 6 000 DM jährlich gewährte Freibetrag von 1 000 DM ab 1965 in einen solchen von 1 200 DM (bei Zusammenveranlagung 2 400 DM) für alle Land- und Forstwirte umgewandelt. Von wesentlichem Einfluß dürfte aber auch gewesen sein, daß in zunehmendem Maße kleinere, unrentabel gewordene landwirtschaftliche Betriebe, vor allem Nebenerwerbsbetriebe, aufgegeben oder zu größeren Einheiten zusammengefaßt worden sind. Da hiervon in erster Linie Fälle mit niedrigeren Einkünften betroffen waren, stiegen die durchschnittlichen Einkünfte je Fall gegenüber dem letzten Erhebungsjahr besonders kräftig an, nämlich um fast 44% auf 7 100 DM. Gleichwohl blieben immer noch mehr als zwei Drittel aller Fälle mit ihren land- und forstwirtschaftlichen Einkünften unter 7 000 DM.

Bei nur 13% der Fälle handelte es sich um größere Betriebe, die ordnungsmäßige Bücher geführt

<sup>1)</sup> H. W. Noe: Die Struktur des veranlagten Einkommens in den kreisfreien Städten und Landkreisen im Jahre 1965. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 21. Jg., Heft 8, August 1968.

Einkunftsarten der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen 1954, 1961 und 1965

Einkunftsart	Fälle				Einkünfte				Einkünfte je Fall
	1954	1961	1965	Veränderung 1965 zu 1961	1954	1961	1965	Veränderung 1965 zu 1961	1965
	Anzahl			%	1 000 DM			%	DM
Land- und Forstwirtschaft	83 287	40 878	24 946	- 39,0	277 110	201 994	177 110	- 12,3	7 100
Gewerbebetrieb	117 824	112 506	116 882	3,9	822 022	1 873 407	2 457 040	31,2	21 022
Selbständige Arbeit	10 831	13 932	17 349	24,5	103 846	293 983	464 078	57,9	26 750
Nichtselbständige Arbeit	41 443	78 279	138 762	77,3	225 795	808 873	1 817 025	124,6	13 095
Kapitalvermögen	15 970	25 126	37 481	49,2	16 802	80 188	119 720	49,3	3 194
Vermietung und Verpachtung	65 203	57 500	60 510	5,2	51 858	92 338	135 789	47,1	2 244
Sonstige Einkünfte	13 605	15 490	22 495	45,2	14 290	10 364	20 870	101,4	928
Summe der Einkünfte	348 163	343 711	418 425	21,7	1 511 723	3 361 147	5 191 632	54,4	12 408



haben. Ihre Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft waren mit rund 16 600 DM je Fall im Durchschnitt nahezu dreimal so hoch wie die der übrigen Fälle, die sich aus rund 10 000 kleineren und mittleren Betrieben, deren Gewinn nach Durchschnittssätzen (VOL und/oder GDL) ermittelt wurde, und aus mehr als 11 600 nach Schätzung veranlagten Land- und Forstwirten zusammensetzen. Die Durchschnittseinkünfte der letzteren lagen mit knapp 6 300 DM um 1 300 DM über denen der nach Durchschnittssätzen Besteueren.

In 18 200 Fällen flossen die Einkünfte ausschließlich oder doch überwiegend aus der Land- und Forstwirtschaft; das sind rund ein Viertel weniger Steuerpflichtige als 1961. Auf sie entfielen 91% aller Einkünfte aus dieser Einkunftsart. In den übrigen Fällen erbrachte die Land- und Forstwirtschaft nur Nebeneinkünfte von geringem Betrag, und zwar hauptsächlich solchen Veranlagten, die überwiegend Einkünfte aus Gewerbebetrieb und nichtselbständiger Arbeit nachwiesen. Es ist bemerkenswert, daß sich die Zahl dieser Nebenerwerbs-Landwirte gegenüber dem letzten Erhebungsjahr beträchtlich, nämlich um fast drei Fünftel, verringert hat. Bei den hauptberuflichen Land- und Forstwirten belief sich die Summe der Einkünfte je Steuerpflichtigen auf durchschnittlich 9 570 DM. Die darin enthaltenen Nebeneinkünfte in Höhe von 720 DM je Steuerpflichtigen flossen zwar in den meisten Fällen aus Vermietung und Verpachtung und aus Kapitalvermögen, doch wiesen die gewerblichen Einkünfte insgesamt höhere Erträge auf.

### 3. Gewerbebetrieb

Unter den sieben Einkunftsarten der natürlichen Personen sind die gewerblichen Einkünfte nach wie vor die bedeutendsten, obwohl sich die Zahl der Fälle mit Einkünften aus Gewerbebetrieb im Vergleich zu 1961 nur um 3,9% auf knapp 117 000 und die Gewinne nur um 31,2% auf rund 2,5 Mrd. DM erhöht haben. Infolge dieser unterdurchschnittlichen Entwicklung, die teilweise auf

Umwandlung von Gewerbebetrieben in körper-schaftsteuerpflichtige juristische Personen zurück-zuführen sein dürfte, waren erstmals weniger Fälle von Steuerpflichtigen mit gewerblichen Einkünften als solche mit Einkünften aus unselbständiger Tä-tigkeit zu vermerken. Ebenso nahm der Anteil der gewerblichen Gewinne an der Summe aller Ein-künfte von fast 56 auf rund 47% ab. Die durch-schnittlichen Einkünfte aus Gewerbebetrieb stie-gen im gleichen Zeitraum je Fall um mehr als ein Viertel auf 21 000 DM an. Sie waren damit, ebenso wie in den vorangegangenen Erhebungsjahren, niedriger als diejenigen aus selbständiger Arbeit. Bei annähernd drei Fünfteln der Veranlagungs-fälle mit Einkünften aus Gewerbebetrieb gegen-über rund der Hälfte vier Jahre zuvor überstieg der Gesamtbetrag der Einkünfte 12 000 DM.

Gewerbliche Betätigung bildete bei fast 99 000 unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen oder 85% der Fälle mit Einkünften aus Gewerbebetrieb die überwiegende Einkommensquelle. In den übrigen Fällen herrschten andere Einkünfte vor, in erster Linie solche aus nichtselbständiger Arbeit. Mit annähernd 2,4 Mrd. DM vereinigten die hauptberuflich Gewerbetreibenden 97% der gewerb-lichen Einkünfte auf sich. Im Vergleich zu 1961 haben sich allerdings die zahlen- und betrags-mäßigen Anteile dieser Steuerpflichtigen merklich zugunsten der im Nebenberuf gewerblich Tätigen verschoben. Von den Nebeneinkünften der Steuer-pflichtigen mit überwiegend gewerblichen Einkünf-ten hatten diejenigen aus nichtselbständiger Arbeit das größte Gewicht. Betrug im Durchschnitt die Summe der Einkünfte aus den einzelnen Einkunfts-arten je Steuerpflichtigen 26 300 DM, so entfielen davon 1 200 DM auf Lohneinkünfte, 470 DM auf die am häufigsten nebenbei erzielten Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und 330 DM auf solche aus Kapitalvermögen.

Ebenso wie 1954 und 1961 ist die Zahl der Steuerpflichtigen mit Einkünften überwiegend aus Gewerbebetrieb auch nach Wirtschaftsbereichen

Einkünfte der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen nach überwiegender Einkunftsart 1965

Überwiegende Einkunftsart	Summe der Einkünfte	Einkünfte aus						
		Land- und Forstwirtschaft	Gewerbebetrieb	selbständiger Arbeit	nichtselbständiger Arbeit	Kapitalvermögen	Vermietung und Verpachtung	sonstigen Einkünften
Fälle								
Land- und Forstwirtschaft	26 122	18 200	1 252	60	760	2 000	2 640	1 210
Gewerbebetrieb	187 712	3 454	98 895	869	23 773	16 399	33 440	10 882
Selbständige Arbeit	19 429	68	489	9 878	2 306	3 825	2 043	820
Nichtselbständige Arbeit	163 373	2 580	14 788	6 257	110 303	10 053	14 112	5 280
Kapitalvermögen	5 956	154	314	123	601	2 581	1 193	990
Vermietung und Verpachtung	14 190	454	1 064	137	824	2 342	6 741	2 628
Sonstige Einkünfte	1 643	36	80	25	195	281	341	685
Insgesamt	418 425	24 946	116 882	17 349	138 762	37 481	60 510	22 495
Mill. DM								
Land- und Forstwirtschaft	174,2	161,1	4,4	0,1	2,1	3,3	2,7	0,5
Gewerbebetrieb	2 601,9	8,7	2 382,9	5,3	119,0	32,7	46,4	6,8
Selbständige Arbeit	472,2	0,3	4,3	435,7	16,6	9,5	4,9	0,8
Nichtselbständige Arbeit	1 800,1	5,6	56,4	21,5	1 664,8	22,7	23,3	5,9
Kapitalvermögen	68,2	0,6	4,3	0,9	10,2	47,0	3,9	1,3
Vermietung und Verpachtung	69,9	0,8	4,6	0,5	3,9	4,1	54,2	1,8
Sonstige Einkünfte	5,2	0,0	0,2	0,0	0,4	0,4	0,4	3,8
Insgesamt	5 191,6	177,1	2 457,0	464,1	1 817,0	119,7	135,8	20,9



Überwiegende Einkunftsart	Steuerpflichtige	Summe der Einkünfte		Einkünfte aus						
				Land- und Forstwirtschaft	Gewerbebetrieb	selbstständiger Arbeit	nichtselbstständiger Arbeit	Kapitalvermögen	Vermietung und Verpachtung	sonstigen Einkünften
	Anzahl	Mill. DM		DM je Steuerpflichtigen						
Land- und Forstwirtschaft	18 200	174,2	9 569	8 851	242	8	116	180	147	25
Gewerbebetrieb	98 895	2 601,9	26 309	88	24 095	54	1 203	331	469	69
Selbständige Arbeit	9 878	472,2	47 798	29	438	44 111	1 677	958	500	85
Nichtselbständige Arbeit	110 303	1 800,1	16 320	50	511	195	15 094	206	211	53
Kapitalvermögen	2 581	68,2	26 410	227	1 663	342	3 939	18 227	1 523	489
Vermietung und Verpachtung	6 741	69,9	10 369	125	684	73	578	607	8 034	268
Sonstige Einkünfte	685	5,2	7 661	42	254	79	616	588	553	5 529
<b>Insgesamt</b>	<b>247 283</b>	<b>5 191,6</b>	<b>20 995</b>	<b>716</b>	<b>9 936</b>	<b>1 877</b>	<b>7 348</b>	<b>484</b>	<b>549</b>	<b>85</b>

aufbereitet worden. Die eingehende Analyse dieser Ergebnisse bleibt einer späteren Veröffentlichung vorbehalten.

#### 4. Selbständige Arbeit

Einkünfte aus selbständiger Arbeit sind in erster Linie solche aus freiberuflicher Tätigkeit. Daneben zählen hierzu Einkünfte der Einnahmer einer staatlichen Lotterie, soweit sie nicht Einkünfte aus Gewerbebetrieb sind, sowie aus sonstiger selbständiger Tätigkeit, wie Vergütungen für Testamentsvollstreckungen, Vermögensverwaltungen und die Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied. Wegen ihrer besonderen Bedeutung werden die Ergebnisse für die wichtigsten freien Berufe gesondert aufbereitet und ebenfalls zu einem späteren Zeitpunkt kommentiert.

Die Zahl der Fälle mit Einkünften aus selbständiger Arbeit erhöhte sich im Vergleich zum letzten Erhebungsjahr um rund ein Viertel auf mehr als 17 300, die Summe der Einkünfte um nahezu drei Fünftel auf 464 Mill. DM. Verglichen mit den übrigen Einkunftsarten wurden Einkünfte aus selbständiger Arbeit nach wie vor in den wenigsten Fällen erzielt, doch erreichten sie insgesamt den dritthöchsten Gesamtbetrag. Je Fall weisen sie ebenso wie vier Jahre zuvor den mit Abstand höchsten Durchschnittswert auf (26 750 DM).

Die Zahl der Steuerpflichtigen, die nur oder doch überwiegend eine selbständige Tätigkeit ausübten, ist gegenüber 1961 um 12,3% auf rund 9 900 angestiegen. Damit war diese Zunahme bei weitem nicht so kräftig wie die der Fälle mit nebenberuflichen Einkünften aus selbständiger Arbeit, die im Jahre 1965 in fast 6 300 Fällen von unselbständig Beschäftigten versteuert worden sind. Allerdings waren diese Nebeneinkünfte im allgemeinen gering. Von der Summe der Einkünfte aus selbständiger Arbeit wurden fast 94% von den selbständig Tätigen, aber nur 4,6% von den Arbeitnehmern im Nebenerwerb erzielt. Die Nebeneinkünfte der hauptberuflich selbständig Tätigen resultierten am häufigsten aus Kapitalvermögen, doch hatten diejenigen aus nichtselbständiger Arbeit das größere Gewicht. Zu den 47 800 DM, die im Durchschnitt von diesen Steuerpflichtigen aus allen Einkunftsarten erzielt wurden, trugen die Erträge aus selbständiger Arbeit

44 100 DM, aus Arbeitnehmertätigkeit fast 1 700 DM und aus Kapitalvermögen 960 DM bei.

#### 5. Nichtselbständige Arbeit

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit unterliegen grundsätzlich dem Lohnsteuerabzugsverfahren und werden somit durch die Lohnsteuerstatistik erfasst. Nach dieser Statistik für das Jahr 1965, deren Ergebnisse bereits veröffentlicht sind<sup>1)</sup>, waren damals in Rheinland-Pfalz fast 1,2 Mill. Personen mit einem Bruttolohn von insgesamt 10,1 Mrd. DM lohnsteuerpflichtig.

Nichtselbständig Tätige werden nach § 46 EStG zur Einkommensteuer veranlagt und damit in der Einkommensteuerstatistik erfasst, wenn beispielsweise das Jahreslohnneinkommen über 24 000 DM liegt, aus mehreren Dienstverhältnissen Einkünfte ab einer gewissen Höhe fließen oder außerdem andere Einkünfte als solche aus nichtselbständiger Arbeit, möglicherweise auch beim Ehegatten, gegeben sind. Im Jahre 1965 wurden fast 140 000 Einkommensteuerpflichtige mit Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit registriert. Diese Zahl ist niedriger als die der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen, weil in der Lohnsteuerstatistik stets Einzelpersonen nachgewiesen werden, in der Einkommensteuerstatistik bei Zusammenveranlagungen von Ehegatten dagegen zwei Personen als ein Steuerpflichtiger zählen. Verglichen mit 1961 haben die Veranlagungsfälle mit Lohnneinkommen am stärksten, nämlich um mehr als 77%, zugenommen. Auch die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, das sind die Bruttolöhne, vermindert um die Werbungskosten, sowie Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibeträge, expandierten ungewöhnlich stark, und zwar um fast 125% auf rund 1,82 Mrd. DM. Diese Entwicklung ist maßgeblich auf das gestiegene Lohnniveau, die wachsende Zahl der Arbeitnehmer mit eigenen Wohngebäuden (und damit Einkünften oder Verlust aus Vermietung und Verpachtung) sowie die Mitarbeit von Ehefrauen zurückzuführen, die bei zahlreichen Lohnsteuerpflichtigen erstmals zu einer Veranlagung führten. Die Lohnneinkünfte je Fall erhöhten sich im gleichen Zeitraum um durchschnittlich mehr als ein Viertel auf rund 13 100 DM.

Bei 110 300 Einkommensteuerpflichtigen bildete die nichtselbständige Arbeit die überwiegende Ein-

<sup>1)</sup> Der Bruttolohn und seine Besteuerung in Rheinland-Pfalz 1965. Statistik von Rheinland-Pfalz, Bd. 179, Bad Ems 1968.



kommensquelle. Gemessen an der Gesamtzahl der Veranlagten sind dies fast 45% gegenüber 32% im Jahre 1961 und nur etwa 15% im Jahre 1954. In den übrigen Fällen stellten die Arbeitnehmer-einkünfte Nebenverdienste dar, und zwar in den mit Abstand häufigsten Fällen von Gewerbetreibenden. Jeder Steuerpflichtige mit überwiegen-den Lohneinkünften erzielte im Durchschnitt 16 320 DM Einkünfte. Von den darin enthaltenen Nebeneinkünften in Höhe von knapp 1 230 DM je Veranlagten dominierten solche aus Gewerbebetrieb.

#### 6. Kapitalvermögen

Einkünfte aus Kapitalvermögen sind 1965 in fast 37 500 Fällen versteuert worden. Sie beliefen sich auf 120 Mill. DM und waren damit ebenso wie die Zahl der Fälle um annähernd die Hälfte höher als vier Jahre zuvor. Mit 3 200 DM blieben die Durchschnittseinkünfte nahezu unverändert.

Im allgemeinen stellten Einkünfte aus Kapitalvermögen Nebeneinkünfte dar, die zum größten Teil bei Gewerbetreibenden, in beträchtlichem Maße aber auch bei abhängig Tätigen angefallen sind. Nur bei knapp 2 600 Steuerpflichtigen oder rund 7% der Fälle bildete diese Einkunftsart die vorherrschende Einkommensquelle. Die Gesamteinkünfte dieser Veranlagungsfälle überstiegen im Durchschnitt 26 400 DM, von denen gut 18 200 DM aus der Haupteinkunftsart, über 3 900 DM aus nichtselbständiger Arbeit, knapp 1 700 DM aus Gewerbebetrieb und rund 1 500 DM aus Vermietung und Verpachtung resultierten.

#### 7. Vermietung und Verpachtung

An der Zahl der Fälle gemessen, spielen Miet- und Pachteinkünfte eine recht bedeutende Rolle,

von der Höhe des Betrages her sind sie allerdings weniger wichtig. Sie wurden 1965 in 60 500 Veranlagungsfällen ermittelt und bezifferten sich auf rund 136 Mill. DM, was einem Fallbetrag von gut 2 200 DM entspricht.

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung waren in 55% der Fälle Nebeneinkünfte von Gewerbetreibenden und in fast einem Viertel der Fälle Nebeneinkünfte von überwiegend nichtselbständig Tätigen. Als überwiegende Einkunftsart kamen sie nur bei etwas mehr als einem Zehntel der Fälle vor. An den durchschnittlich von diesen Steuerpflichtigen erzielten Einkünften in Höhe von knapp 10 400 DM waren solche aus Vermietung und Verpachtung mit rund 8 000 DM und daneben vor allem Einkünfte aus Gewerbebetrieb, Kapitalvermögen und nichtselbständiger Arbeit beteiligt.

#### 8. Sonstige Einkünfte

Als sonstige Einkünfte werden alle Einnahmen angesehen, die unter keine der genannten Einkunftsarten fallen. Nach § 22 EStG sind dies insbesondere wiederkehrende Bezüge (zum Beispiel Leibrenten), Spekulationsgewinne und sonstige Leistungen, wie gelegentliche Vermittlungen.

Insgesamt wurden in 22 500 Fällen sonstige Einkünfte veranlagt. Sie erbrachten einen Betrag von knapp 21 Mill. DM, woraus sich 930 DM je Fall errechnen. Als Haupteinkunftsquelle waren die sonstigen Einkünfte weiterhin fast ohne Bedeutung; nur bei weniger als 700 Steuerpflichtigen stellten sie die überwiegende Einkunftsart dar.

Dipl.-Volkswirt H. W. Noe

## Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden Ende 1968

### 1. Gesamtverschuldung

Die öffentlichen Schulden beliefen sich Ende 1968 auf rund 5,4 Mrd. DM. Davon entfielen 54% auf Gemeinden und Gemeindeverbände, der Rest auf das Land. Am gesamten Darlehensvolumen der öffentlichen Hand im Bundesgebiet waren die rheinland-pfälzischen Gebietskörperschaften mit etwa 4% beteiligt. Ihre Verpflichtungen erhöhten sich 1968 um 491 Mill. DM und damit nicht so stark wie im Vorjahr. Die Zuwachsrate von 10% lag sogar unter der durchschnittlichen Steigerungsrate seit 1961 (+ 11,8%).

Den Neuaufnahmen in Höhe von 720 Mill. DM standen Tilgungen von knapp einem Drittel dieses Betrages gegenüber. Der geringere Schuldenanstieg ist auf die rückläufigen Landesdarlehen zurückzuführen. Im vorangegangenen Jahr verzeichnete das Land noch eine wesentlich stärkere Zunahme als die Gemeinden, die damals infolge des rezessiven Wirtschaftsverlaufs weniger Darlehen aufgenommen hatten. Diesmal entfiel auf letztere mehr als die Hälfte des Nettozuges. Zu dieser Entwicklung

trugen die mit dem Konjunkturaufschwung wieder gestiegenen Einnahmen bei, die den Finanzierungsspielraum der Gemeinden erweiterten und sie damit von Darlehensaufnahmen unabhängiger machten. Gleichzeitig erlaubten es die höheren allgemeinen Deckungsmittel, daß in den kommunalen Haushalten wachsende Schuldendienstleistungen veranschlagt werden konnten.

Die Aufwendungen für Zinsen beanspruchten 1968 insgesamt ein Zehntel der kassenmäßigen Steuereinnahmen. Diese sogenannte Zinslast/Steueraufkommen-Quote, die zur Beurteilung der Frage herangezogen werden kann, inwieweit die Etats der Gebietskörperschaften durch Darlehensaufnahmen belastet sind, hat sich im Vergleich zu 1967 geringfügig erhöht. Während jedoch das Land Ende 1968 nur eine Quote von 5,5% aufwies, betrug sie für die Gemeinden 19,5%. Damit konnten lediglich vier Fünftel der kommunalen Steuereinnahmen zur Finanzierung von anderen Aufwendungen verwendet werden.

Der größte Teil der Darlehensmittel wurde den Gebietskörperschaften vom Kreditmarkt einschließ-



lich der öffentlich-rechtlichen Kapitalsammelstellen — hier sind vor allem die Sozialversicherungsträger zu nennen — zur Verfügung gestellt. Die Bedingungen der Schuldenaufnahme und zugleich die Zins- und Tilgungsleistungen richten sich dabei nach der jeweiligen Kapitalmarktverfassung. Eine geringere Belastung entstehen Land und Gemeinden durch die im allgemeinen zu günstigeren Konditionen gewährten Kredite von Gebietskörperschaften. Sie machten jedoch am 31. Dezember 1968 noch nicht ein Fünftel der Gesamtschulden aus.

Neben fundierten Schulden nahmen die rheinland-pfälzischen Gemeinden 11 Mill. DM Kassenkredite in Anspruch. Diese sogenannten schwebenden Schulden, die den Kassen dazu dienen, bei kurzfristigen Liquiditätsanspannungen ihre Zahlungsbereitschaft aufrechtzuerhalten, sind im Vergleich zum Vorjahr um 4 Mill. DM angestiegen. Das Land, das 1967 rund 30 Mill. DM ausgewiesen hatte, konnte infolge gestiegener laufender Einnahmen diesmal auf eine Inanspruchnahme von Kassenkrediten verzichten.

Auf die rheinland-pfälzischen Gebietskörperschaften entfielen Ende 1968 gut 6% der Schulden aller Länder und Gemeinden im Bundesgebiet. Der Anteil an den Neuschulden ohne die der Wirtschaftsunternehmen betrug Ende 1967 rund 7%. Mit 1 088 DM je Einwohner erreichten die seit der Währungsumstellung aufgenommenen Darlehen einen um 10% über dem Länderdurchschnitt liegenden Betrag. Durch die verstärkte Inanspruchnahme des Kreditmarktes hat sich das Verhältnis weiter zugunsten dieser öffentlichen Haushalte stärker belastenden Darlehensmittel verschoben, so daß nunmehr nur noch 18% von Gebietskörperschaften zugeflossen sind.

Land und Gemeinden bürgten Ende 1968 für Verbindlichkeiten in Höhe von 471 Mill. DM, was einer Zunahme um mehr als ein Fünftel entspricht. Der überwiegende Teil der Gesamthaftungssumme wurde für Zwecke des Wohnungsbaues bereitgestellt. Rund ein Viertel diente der Wirtschaftsförderung. Auf die Gemeinden und Gemeindever-

Schulden des Landes nach Arten Ende 1967 und 1968

Art der Schulden	1967	1968	Veränderung
	Mill. DM		%
<u>Schulden ohne solche bei Gebietskörperschaften</u>	1 499,6	1 738,5	15,9
Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	1 109,2	1 355,9	22,2
Inhaberschuldverschreibungen	565,9	712,5	25,9
Kassenobligationen	40,0	110,0	175,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	68,0	68,0	-
Banken und Sparkassen	393,8	423,9	7,6
Versicherungen, Bausparkassen	40,7	40,7	-
Übrige Schulden aus Kreditmarktmitteln	0,8	0,8	-
Neuschulden aus öffentl. Sondermitteln	21,2	20,6	- 2,8
Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	4,1	4,0	- 2,4
Sonstige Sozialversicherungen	17,1	16,6	- 2,9
Ausgleichsforderungen <sup>1)</sup>	369,2	362,0	- 2,0
der Banken und Sparkassen	291,1	285,9	- 1,8
der Versicherungen u. Bausparkassen	37,2	35,8	- 3,8
der Postscheck- (Postsparkassen-) ämter	4,6	4,6	-
des Ankaufsfonds der Bundesbank	36,3	35,7	- 1,7
<u>Schulden bei Gebietskörperschaften</u>	728,0	722,6	- 0,7
Vom Bund	566,6	576,1	1,7
Wohnbauschulden	538,4	550,9	2,3
Vom Lastenausgleichsfonds	159,8	145,1	- 9,2
Wohnbauschulden	140,4	126,9	- 9,6
ERP- (ECA-) Kredite	1,6	1,4	- 12,5
<b>Insgesamt</b>	<b>2 227,6</b>	<b>2 461,1</b>	<b>10,5</b>
davon: Neuschulden	1 858,4	2 099,1	13,0
Altschulden	369,2	362,0	- 2,0
außerdem: Kassenkredite	30,2	-	-

1) Ohne 102 Mill. DM (1967), 100 Mill. DM (1968) Ausgleichsforderungen der überregionalen Versicherungen und Bausparkassen.

bände entfielen gut 53% der Eventualverbindlichkeiten. Mit 173 Mill. DM wurden auch hier vor allem für den Bau von Wohnungen Bürgschaften übernommen.

## 2. Schulden des Landes

Am Jahresende 1968 betrug die staatliche Verschuldung rund 2,5 Mrd. DM. Das Gewicht der seit dem Tag der Währungsumstellung (21. Juni 1948) aufgenommenen Kredite nimmt stetig zu; sie erreichten einen Anteil von 85%. Aus Altschulden bestanden noch Verpflichtungen in Höhe von 362 Mill. DM. Hierin waren jedoch 100 Mill. DM Ausgleichsforderungen, die u. a. Banken und Versicherungen zur Abdeckung ihrer durch den Währungsschnitt 1948 erlittenen Verluste von Bund und Ländern eingeräumt wurden, nicht enthalten, da sie Forderungen überregionaler Gesellschaften darstellen und länderspezifisch nicht vergleichbar sind.

Im Vergleich zum Vorjahr verzeichneten die Landesschulden einen Anstieg um 10,5%. Die Zuwachsraten waren damit niedriger als in den vorangegangenen Jahren, was auf die verminderten Neuaufnahmen in Höhe von 290 Mill. DM sowie auf 56 Mill. DM Tilgungszahlungen und Abgänge aufgrund außerhaushaltsmäßiger Vorfälle zurückzuführen ist. Der Betrag der Kreditneuaufnahmen lag um 6% unter dem für 1968 in der Mittelfristigen Finanzplanung<sup>1)</sup> vorgesehenen Darlehenssoll von rund 310 Mill. DM.

Den größten Teil des Darlehensbedarfs konnte das Land aus Kreditmarkt- und öffentlichen Son-

Schuldenaufnahmen und -tilgungen<sup>1)</sup> des Landes und der Gemeinden (Gv.) 1968

Art der Schulden	Neuaufnahmen	Tilgungen	Nettozugang/-abgang
	Mill. DM		
<u>Land</u>	289,5	56,0	233,5
Neuschulden			
aus Kreditmarktmitteln	260,0	13,3	246,7
aus öffentlichen Sondermitteln	-	0,6	- 0,6
bei Gebietskörperschaften	29,5	34,9	- 5,4
Ausgleichsforderungen	-	7,2	- 7,2
<u>Gemeinden und Gemeindeverbände</u>	429,8	172,5	257,3
Neuschulden			
aus Kreditmarktmitteln	395,2	153,6	241,6
aus öffentlichen Sondermitteln	0,8	2,5	- 1,7
bei Gebietskörperschaften	33,8	16,3	17,5
Altschulden	-	0,1	- 0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>719,3</b>	<b>228,5</b>	<b>490,8</b>

1) Einschl. Schuldenu- und -abgänge durch außerhaushaltsmäßige Vorgänge (z. B. Erlasse bei Ablösungen); ohne Kassenkredite.

1) Vgl. Mittelfristige Finanzplanung des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 1968 bis 1972, Landtags-Drucksache VI/910, S. 5.



dermitteln decken. Insgesamt wurden hieraus 1 377 Mill. DM oder rund 56% der Gesamtschulden aufgebracht. Damit setzte sich der seit 1965 zu beobachtende Trend einer wachsenden Kreditmarktschuldung fort. Nachdem bis 1964 der Anteil dieser Schulden unter 20% lag, erhöhte er sich 1965 auf gut ein Viertel, 1966 auf zwei Fünftel und 1967 auf die Hälfte. An Bedeutung verloren dagegen die vom Bund und den Sondervermögen bereitgestellten Darlehen, die nach einem Drittel im vorangegangenen Jahr nunmehr nur noch mit knapp 30% am Kreditvolumen partizipierten. Die restlichen Schulden waren Ausgleichsforderungen gegenüber Banken, Sparkassen, Versicherungen und Postscheckkämtern. Von diesen Verbindlichkeiten wurden 97% mit 3 bzw. 3,5% sehr niedrig verzinst.

Die Kreditmarktschulden erhöhten sich um 247 Mill. DM oder gut ein Fünftel und somit nicht so stark wie in den vergangenen Jahren. Sie wiesen zudem als einzige Darlehensart eine Zunahme auf, während die anderen Schuldarten Nettoabgänge zu verzeichnen hatten. Eine Ausweitung erfuhren vor allem die Inhaberschuldverschreibungen, von denen rund 150 Mill. DM mehr ausgegeben wurden. Auf sie entfielen mehr als drei Fünftel der staatlichen Schuldengänge. Für weitere 70 Mill. DM verschuldete sich das Land durch die Emission von Kassenobligationen. Das entspricht einer Steigerung um 175%. Von Banken und Sparkassen, die mit 424 Mill. DM den zweithöchsten Betrag der Kreditmarktschulden beschafften, erhielt das Land 1968 nur 30 Mill. DM oder 8% mehr Darlehen.

Die Ausgleichsforderungen an das Land ermäßigten sich weiterhin um 2%. Sie betrugen damit noch

362 Mill. DM, was jedoch keine Belastung des Landeshaushalts darstellt, da die Tilgungszahlungen voll und die Zinsen zur Hälfte vom Bund ersetzt werden. Vier Fünftel der auf den Währungstichtag 1948 zurückgehenden Verbindlichkeiten bestanden gegenüber Banken und Sparkassen. Eine geringe Bedeutung kommt den Krediten aus öffentlichen Sondermitteln zu, die mit weniger als 1% zu den Gesamtschulden beitrugen. Der leicht rückläufige Betrag wurde von den als Kapitalsammelstellen fungierenden Sozialversicherungsträgern zur Verfügung gestellt. Einer größeren Ausdehnung stand hier jedoch die schlechte Finanzlage der Sozialversicherungen entgegen.

Fast unverändert blieben die von anderen Gebietskörperschaften zur Verfügung gestellten Mittel. Sie bezifferten sich auf 723 Mill. DM und verminderten sich im Vergleich zum Vorjahr leicht. Dabei wurden allein vom Bund Neuaufnahmen in Höhe von 30 Mill. DM eingeräumt, während vom Lastenausgleichsfonds und vom ERP-Sondervermögen kein Zugang erfolgte. Ihre Schuldforderungen wurden durch verstärkte Tilgungsleistungen um nahezu 10% abgebaut. Ebenso wie die gesamte Kreditaufnahme im Jahr 1968 wurden auch die in früheren Jahren vergebenen Darlehen vor allem zur Finanzierung des Wohnungsbaues gewährt. Daher dienten rund 94% der Ende Dezember 1968 bestehenden Verbindlichkeiten bei Gebietskörperschaften diesem Zweck.

### 3. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

Die Gemeinden und Gemeindeverbände hatten Ende 1968 Darlehen in Höhe von 2,93 Mrd. DM in Anspruch genommen. Bis auf 1,7 Mill. DM Alt-schulden bestanden die kommunalen Kreditver-

Schulden der Gemeinden (Gv.) nach Arten Ende 1967 und 1968

Art der Schulden	Insgesamt			Kreisfreie Städte		Kreisangehörige Gemeinden und Verbandsgemeinden						Landkreise	
						zusammen		Gem.mit ...		Einw.			
	10 000 und mehr	3 000 b.unt. 10 000	weniger als 3 000										
	1967	1968	Veränderung	1967	1968	1967	1968	1968		1967	1968		
	Mill. DM	%	Mill. DM										
Schulden ohne solche bei Gebietskörperschaften	2 425,8	2 666,0	9,9	1 254,6	1 362,6	998,3	1 107,3	237,3	367,9	490,8	164,1	185,7	
Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	2 388,4	2 630,1	10,1	1 227,5	1 336,6	989,1	1 098,6	232,2	366,1	489,1	163,0	184,6	
bei Sparkassen	748,3	868,6	16,1	178,2	227,3	503,2	560,0	83,0	176,9	294,4	65,9	79,7	
bei Girozentralen	462,6	475,6	2,8	223,9	229,4	194,9	199,7	35,1	57,9	104,0	43,3	46,1	
bei sonstigen Kreditinstituten	685,3	778,1	13,5	540,0	589,6	130,4	170,4	57,5	56,3	56,1	14,9	18,1	
bei Privatversicherungen und Bau-sparkassen	472,0	485,9	2,9	277,0	282,1	149,9	157,3	52,2	70,5	32,3	37,6	38,2	
Neuschulden aus öffentl.Sondermitteln von Sozialversicherungsträgern	37,0	35,2	- 4,9	26,8	25,5	9,1	8,6	5,0	1,8	1,7	1,1	1,1	
	35,6	33,1	- 7,0	25,5	23,5	9,0	8,5	5,0	1,8	1,7	1,1	1,1	
Alt-schulden aus Kreditmarktmitteln	0,4	0,7	..	0,3	0,5	0,1	0,1	0,1	-	-	-	-	
Schulden bei Gebietskörperschaften	248,5	265,6	6,9	67,3	73,2	136,7	142,5	24,9	42,6	73,6	43,7	49,2	
Neuschulden	247,1	264,6	7,1	66,1	72,3	136,5	142,3	24,8	42,5	73,6	43,7	49,2	
Wohnbaukredite von Bund und Land <sup>1)</sup>	81,0	86,1	6,3	34,9	37,9	23,8	23,5	6,1	8,5	8,7	22,2	24,6	
Sonstige Kredite von Bund und Land <sup>1)</sup>	119,4	120,1	0,6	18,4	18,1	84,2	84,9	8,5	23,7	52,7	16,3	16,7	
ERP- (ECA-) Kredite	36,1	47,5	31,6	12,8	16,3	20,4	25,7	10,1	6,7	8,9	2,6	5,3	
Alt-schulden	1,4	1,0	..	1,2	0,9	0,2	0,2	0,1	0,1	-	-	-	
Insgesamt	2 674,3	2 931,6	9,6	1 321,9	1 435,8	1 135,0	1 249,8	262,2	410,5	564,4	207,8	234,9	
davon: Neuschulden	2 672,5	2 929,9	9,6	1 320,4	1 434,4	1 134,7	1 249,5	262,0	410,4	564,4	207,8	234,9	
Alt-schulden	1,8	1,7	- 5,6	1,5	1,4	0,3	0,3	0,2	0,1	-	-	-	
außerdem: Kassenkredite	7,4	11,3	52,7	-	2,0	6,6	6,1	1,3	3,0	0,7	0,8	3,3	

1) Einschl. Lastenausgleichsfonds.



pflichtungen aus Neuschulden. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Schuldenstand um 260 Mill. DM oder 9,6%. Der Anstieg beruhte auf Neuaufnahmen abzüglich Tilgungszahlungen von 170 Mill. DM. Damit wurde zwar gegenüber 1967 eine um 20 Mill. DM höhere Darlehenssumme neu beschafft, jedoch erreichte sie die Zugänge der vorhergehenden Jahre bei weitem nicht. Obgleich die wirtschaftliche Lage eine höhere Verschuldung erforderte, konnten die Gemeinden wegen ihrer eingeschränkten Finanzierungsmöglichkeiten die Konjunkturprogramme der Bundesregierung nicht stärker unterstützen.

Insgesamt waren 112 rheinland-pfälzische Gemeinden und Gemeindeverbände ohne Schulden. Darunter befanden sich 55 Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern und 55 Verbandsgemeinden. Ihre Zahl hat gegenüber dem Vorjahr um 21 abgenommen.

Da die kommunalen Gebietskörperschaften außer wenigen Großstädten nicht selbst Anleihen begeben können, sind sie zur Deckung ihres Darlehensbedarfs auf Kreditinstitute angewiesen, die zur Refinanzierung Schuldverschreibungen in Form von Kommunalobligationen oder Pfandbriefen auflegen. Infolgedessen betrugen die bei solchen Unternehmen einschließlich der bei privaten Kapital-sammelstellen aufgenommenen Schulden 2,63 Mrd. DM oder mehr als vier Fünftel der gesamten Schulden. Noch darüber lag der Anteil in den kreisfreien Städten.

Die Schulden aus Kreditmarktmitteln weiteten sich um 10% aus. Erheblich höher war die Zu-

wachrate der Darlehen von Sparkassen, die als ursprüngliche Kreditgeber der Gemeinden diesen mit 869 Mill. DM auch Ende 1968 den bedeutendsten Betrag zur Verfügung gestellt hatten. Einschließlich denen der Girozentralen, die die regionalen Zentralinstitute der Sparkassen darstellen, flossen den Gemeinden 46% der Darlehen aus diesem Bereich zu. Eine beträchtliche Steigerung wiesen die Bankkredite aus, die um 13,5% auf 780 Mill. DM zunahmen. Für diese Entwicklung ist die sich wandelnde Geschäftspolitik der Privatbanken mitverantwortlich, die neben Industrieunternehmen in verstärktem Maße nunmehr auch anderen Kreditnehmern Darlehen gewähren. Das Volumen der Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln war mit 35 Mill. DM rückläufig.

Unter den von anderen Gebietskörperschaften bereitgestellten Kreditmitteln, die mit 266 Mill. DM weniger als ein Zehntel ausmachten, verzeichneten die ERP-Kredite den höchsten Zuwachs. Der Betrag stieg um knapp ein Drittel auf 48 Mill. DM an. In diesem Ergebnis schlugen sich die Konjunkturförderungsmaßnahmen der Bundesregierung nieder. Rund ein Drittel der Schulden bei Gebietskörperschaften wurde für den Wohnungsbau vergeben.

Etwa 27% der Neuschulden wurden bisher für öffentliche Einrichtungen und zur Wirtschaftsförderung aufgenommen. Auch von dem Kreditzugang 1968 entfiel fast ein Drittel auf diesen Verwaltungszweig. Dabei kamen diese Mittel vor allem der Stadtentwässerung zugute, deren Schuldenstand um 14,6% auf 476 Mill. DM angestiegen ist. Mit knapp einem Fünftel besaßen ferner die

Neuschulden<sup>1)</sup> der Gemeinden (Gv.) nach der Verwendung Ende 1967 und 1968

Verwendung	Insgesamt			Kreisfreie Städte		Kreisangehörige Gemeinden und Verbandsgemeinden						Landkreise	
						zusammen		Gem. mit ... Einw.					
	10 000 und mehr	3 000 b. unt.	weniger als 3 000										
	1967	1968	Veränderung	1967	1968	1967	1968	1968			1967	1968	
	Mill. DM	%	Mill. DM										
0 Allgemeine Verwaltung	23,3	22,2	- 4,7	7,1	6,6	8,7	8,6	0,3	1,7	2,2	7,5	7,0	
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1,2	1,2	-	0,9	0,9	0,3	0,3	0,3	0,0	0,0	-	-	
2 Schulen	383,1	423,0	10,4	116,9	136,9	212,8	220,1	37,7	81,0	100,7	51,3	63,3	
3 Kultur	14,7	11,7	- 20,4	13,6	10,5	1,1	1,2	0,4	0,3	0,4	-	-	
4 Soziale Angelegenheiten	21,9	24,9	13,7	16,4	17,5	4,1	5,9	0,4	2,7	2,9	1,4	1,5	
5 Gesundheitspflege	172,0	205,8	19,7	47,2	59,2	42,7	55,7	35,4	11,5	8,1	76,5	84,4	
6 Bau- und Wohnungswesen	509,8	558,9	9,6	263,0	285,1	191,7	211,5	44,3	61,9	102,2	54,6	61,8	
Wohnungsbau 2)	168,0	170,9	1,7	110,6	111,7	31,2	31,1	14,5	11,2	4,0	26,2	28,1	
Straßen, Wege, Brücken	322,6	366,1	13,5	141,1	161,1	153,2	171,5	28,7	47,4	94,0	28,3	33,5	
7 Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung 2)	703,0	786,3	11,8	305,4	336,3	395,2	447,1	65,2	141,6	239,6	1,0	1,6	
Stadtentwässerung	415,3	476,0	14,6	145,5	169,2	269,8	306,9	50,9	107,0	149,0	-	-	
Müllbeseitigung 2)	20,5	20,3	- 1,0	20,0	19,7	0,5	0,6	0,1	0,3	0,1	-	-	
Schlacht- und Viehhöfe, Märkte 2)	22,2	21,2	- 4,5	17,0	16,2	5,2	5,1	2,0	2,9	0,1	-	-	
Übrige öffentliche Einrichtungen	85,6	100,9	17,9	45,3	55,1	40,2	45,4	6,1	18,2	20,7	0,1	0,3	
Wirtschaftsförderung	159,4	167,9	5,3	77,6	76,1	79,5	89,1	6,1	13,2	69,7	0,9	1,3	
9 Finanzen und Steuern	253,2	253,5	0,1	160,0	158,4	91,3	93,3	29,2	38,7	23,9	1,9	1,7	
Wohngrundstücke 2)	121,7	121,5	- 0,2	57,0	55,5	63,0	64,4	16,1	27,0	20,4	1,7	1,5	
Übriges allgemeines Grundvermögen 2)	127,4	128,6	0,9	102,9	102,7	24,5	25,9	11,5	11,1	3,2	-	-	
8 Wirtschaftsunternehmen	590,3	642,4	8,8	389,9	423,0	186,8	205,8	48,8	71,0	84,4	13,5	13,6	
Strom- und Gasversorgung	239,2	252,4	5,5	196,8	206,3	41,1	44,8	18,0	20,8	4,4	1,3	1,3	
Wasserversorgung	262,8	286,6	9,1	117,1	126,5	134,6	148,8	25,7	45,6	77,4	11,2	11,4	
Insgesamt	2 672,5	2 929,9	9,6	1 320,4	1 434,4	1 134,7	1 249,5	262,0	410,4	564,4	207,7	234,9	
dar.: Schulden ohne Wirtschaftsunternehmen	2 082,2	2 287,5	9,9	930,5	1 011,4	947,9	1 043,7	213,2	339,4	480,0	194,2	221,3	
für unrentierliche Zwecke	1 207,3	1 349,0	11,7	477,5	536,4	553,9	609,7	118,1	179,9	303,2	166,3	191,7	
für rentierliche Zwecke 2)	874,9	938,5	7,3	453,0	475,0	394,0	434,0	95,1	159,5	176,8	27,9	29,6	

1) Ohne Kassenkredite. - 2) Schulden, für die im Prinzip der Schuldendienst durch Kostendeckung oder von Dritten aufgebracht wird.



Stadt	Zu- nahme 1968	Schulden ohne wirt- schaftliche Unternehmen			Schulden für die wirt- schaft- lichen Unter- nehmen
		ins- ge- samt	un- ren- tier- lich 1)	ren- tier- lich 2)	
		DM je Einwohner			
Neustadt a. d. Weinstr.	197	1 628	1 098	530	656
Zweibrücken	139	1 511	823	688	342
Mainz	78	1 433	841	592	833
Neuwied	247	1 388	927	461	227
Ludwigshafen a. Rhein	135	1 234	569	665	571
Pirmasens	172	1 212	315	897	513
Worms	173	1 156	641	515	272
Trier	168	1 074	651	423	317
Koblenz	284	1 038	637	401	226
Bad Kreuznach	- 38	1 032	543	489	37
Speyer	122	932	502	430	581
Frankenthal (Pfalz)	6	802	385	417	373
Kaiserslautern	38	794	339	455	410
Landau i. d. Pfalz	55	729	461	268	167
Idar-Oberstein	89	603	281	322	509
Insgesamt	131	1 138	608	530	459

1) Schulden, deren Schuldendienst den Haushalt vollbelastet. - 2) Schulden, deren Schuldendienst durch Kostendeckung oder von Dritten aufgebracht wird.

Schulden für Zwecke des Bau- und Wohnungswesens ein beträchtliches Gewicht. Ihre Erhöhung um 9,6% ist fast ausschließlich auf den Nettozugang für Straßen-, Wege- und Brückenbau um 44 Mill. DM zurückzuführen, wobei sich die Konjunkturförderungsmaßnahmen hier besonders stark auswirkten. Infolge der im vergangenen Jahr durchgeführten Neu- und Ausbauten von Krankenhäusern expandierte das Darlehensvolumen im Einzelplan 5 (Gesundheitswesen) um nahezu ein Fünftel.

Von Wirtschaftsunternehmen wurde ein Schuldenstand von 642 Mill. DM ausgewiesen. Der Mehrbetrag von 9% wurde vor allem im Bereich der Wasserversorgung verwendet. Insgesamt beanspruchten die wirtschaftlichen Unternehmen 22%

der kommunalen Kreditsumme. Unter den übrigen 78% oder 2,29 Mrd. DM erhöhten sich die für unrentierliche Vorhaben aufgenommenen Verbindlichkeiten stärker, nämlich um 11,7%, als die für rentierliche Zwecke eingegangenen Verpflichtungen. Dadurch belief sich der Anteil der unrentierlichen Schulden — ohne die der Wirtschaftsunternehmen — auf 59%, nachdem im Vorjahr nur 58% der mit den Darlehen durchgeführten Maßnahmen ihre Zins- und Tilgungsleistungen nicht selbst aufbringen konnten.

Die Schulden der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte bezifferten sich am 31. Dezember 1968 auf 1 553 Mill. DM. Das entspricht 53% der Kommunalkredite. Auch von der Erhöhung im Jahr 1968 entfiel auf die genannten Gebietskörperschaften rund die Hälfte. Je Kopf der Bevölkerung ergab sich eine Zunahme um 131 DM. Dadurch stiegen die für Behörden und Einrichtungen aufgenommenen Darlehen um 9% auf 1 138 DM je Einwohner an. In etwa gleichem Ausmaß flossen den wirtschaftlichen Unternehmen Fremdfinanzierungsmittel zu.

In der Rangfolge der Verschuldung traten Veränderungen ein. Im Jahr 1968 ist Neustadt durch eine hohe Kreditinanspruchnahme, vor allem für unrentierliche Zwecke, an die erste Stelle vorgeückt. Damit verzeichnete Zweibrücken durch eine im Vergleich zum Vorjahr stark verringerte Schuldenzunahme für die Kämmereiverwaltungen eine Verbesserung der Rangfolge auf den zweiten Platz. Unmittelbar daran schließt sich Mainz an, das unter allen Städten die höchsten Verpflichtungen für Wirtschaftsunternehmen eingegangen ist. Insgesamt wiesen zehn Städte eine Pro-Kopf-Verschuldung von über 1 000 DM auf. Wie im vergangenen Jahr lag auch 1968 Idar-Oberstein mit 603 DM je Einwohner an letzter Stelle unter den kreisfreien Städten und großen kreisangehörigen Gemeinden.

Dipl.-Volkswirt D. Lenz

## Aufwand der Sozialhilfe im Jahre 1968

Die Haushaltsausgaben, welche bei den Gebietskörperschaften des Landes für die Durchführung des Bundessozialhilfegesetzes anfallen, sind mit dem Aufwand, wie ihn die Statistik der Sozialhilfe jährlich ermittelt, nicht identisch. Letzterer umfaßt die unmittelbaren Ausgaben für Sozialhilfemaßnahmen, das heißt die direkten Kosten, für die eine rechtliche und sachliche Zuständigkeit der Träger gegeben ist. Verwaltungs- und Personalkosten sowie Ausgaben für Einrichtungen und Bauten oder die Kostenerstattung der Träger untereinander sind darin nicht enthalten. Zu den Einnahmen werden alle Ersatzleistungen gerechnet, welche die Empfänger oder die zum Unterhalt verpflichteten dritten Personen aufzubringen haben, sowie Erstattungen, zu denen Sozialleistungsträger verpflichtet sind, hauptsächlich die Rentenversicherungen und die Krankenkassen.

Die in dem nachgewiesenen Sozialhilfesaufwand nicht enthaltenen indirekten Kosten machen einen nicht unbedeutenden Anteil an den gesamten Haushaltsausgaben für die Sozialhilfe aus, welche sich 1967 für alle Gebietskörperschaften des Landes auf rund 172 Mill. DM beliefen. Der eigentliche Aufwand der Sozialhilfe — die Tuberkulosehilfe ausgenommen — erreichte dagegen nur einen Betrag von rund 122 Mill. DM. Die Zahlen über die Haushaltsausgaben von 1968 liegen noch nicht vor, so daß eine entsprechende Gegenüberstellung für das Berichtsjahr noch nicht möglich ist. Jedoch darf als sicher angenommen werden, daß zwischen den beiden Beträgen für das Jahr 1968 ein ähnlich großer Unterschied besteht. 1967 verteilten sich die Haushaltsausgaben zu 39% auf das Land, zu einem Drittel auf die Landkreise, 24% gingen zu Lasten der kreisfreien Städte, 3% mußten die kreisange-



Jahr	Ausgaben					Einnahmen	
	insgesamt	je Einwohner	für Hilfe außerhalb von Anstalten		für Hilfe in Anstalten	insgesamt	Anteil an den Ausgaben
			zusammen	laufende Leistungen			
1 000 DM	DM	1 000 DM				%	
1959	57 427	17,06	26 731	20 119	30 696	15 897	27,7
1960	57 507	16,86	26 800	20 185	30 707	15 349	26,7
1961	63 461	18,57	27 010	20 080	36 451	16 721	26,3
1962	64 792	18,80	27 163	21 111	37 628	16 011	24,7
1963	73 750	21,01	37 684	22 088	36 066	14 118	19,1
1964	80 871	22,81	40 640	22 039	40 231	16 109	19,9
1965	93 015	25,97	43 264	22 000	49 752	16 427	17,7
1966	108 550	30,05	52 881	24 953	55 669	20 253	18,6
1967	120 299	33,18	55 285	28 084	65 014	21 324	17,7
1968	121 717	33,40	55 473	28 919	66 244	19 876	16,3

hörigen Gemeinden und 10% die Verbandsgemeinden aufbringen.

### 1. Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe (ohne Tuberkulosehilfe)

**a. Ausgaben:** Die Ausgaben für die im Lande durchgeführten Maßnahmen der Sozialhilfe stiegen im Jahre 1968 auf nahezu 122 Mill. DM an. Sie waren um 1,5 Mill. DM oder um etwa 1% höher als im Jahr zuvor. An der im Vergleich zu 1967 verhältnismäßig geringen Zunahme des bislang stetig wachsenden Ausgabenbetrages waren fast alle Hilfearten beteiligt, wobei starke Ausgabenerhöhungen für einige Maßnahmen durch Kostenminderungen bei anderen teilweise wieder kompensiert wurden.

Weit über die Hälfte der Gesamtausgaben beanspruchten mit über 66 Mill. DM die Kosten für die Anstaltsunterbringung, die um rund 1 Mill. DM über den Ausgaben des Vorjahres lagen. Die Anstaltsunterbringung erfordert seit Anwendung des Sozialhilfegesetzes 1963 von Jahr zu Jahr erhebliche Mehrausgaben. Eine besonders starke Kostensteigerung um 17% war 1967 festzustellen. Der Aufwand für die Maßnahmen außerhalb von Anstalten blieb mit rund 55 Mill. DM fast unverändert.

Entsprechend der Entwicklung in den letzten Jahren sind die verhältnismäßig geringen Ausgaben der Sozialhilfe für Zugewanderte aus der Sowjetzone weiter zurückgegangen. Im Jahre 1963 wurden dafür noch fast 1,5 Mill. DM ausgewiesen, im Berichtsjahr dagegen nur noch etwas über 1 Mill. DM. Die Kosten für die Anstaltsunterbringung haben sich allerdings seit 1963 etwas erhöht.

Für die Hilfe zum Lebensunterhalt mußten 1968 fast 43 Mill. DM aufgebracht werden, rund 1,2 Mill. DM mehr als 1967. Von diesem Mehrbetrag entfielen knapp 1 Mill. DM auf laufende Leistungen außerhalb von Anstalten. Die laufenden und einmaligen Leistungen innerhalb von Anstalten machten nicht ganz ein Viertel der Gesamtausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt aus. Dieser Betrag von mehr als 10 Mill. DM diente überwiegend als Hilfe für alte Menschen, die in Heimen untergebracht werden mußten, weil sie nicht mehr imstande waren, einen eigenen Haushalt zu führen.

Die Mehrausgaben für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt hingen mit den im Berichtsjahr heraufgesetzten Regelsätzen zusammen.

Fast das Doppelte an Mitteln wie für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt wurde für die Hilfe in besonderen Lebenslagen ausgegeben. Der Aufwand von rund 79 Mill. DM war jedoch nur geringfügig höher als im Vorjahre. Von diesem Betrag beanspruchte allein die Unterbringung in Anstalten 71%. Die Zunahme der Ausgaben war mit rund 1 Mill. DM gegenüber 7 Mill. DM im Vorjahre verhältnismäßig unbedeutend. Der überwiegende Teil der Kosten für die Hilfe in besonderen Lebenslagen, nämlich über 56%, entfiel auf die Hilfe zur Pflege. Es handelt sich dabei um etwa 44,3 Mill. DM, von denen allein mehr als 91% für die Pflege in Anstalten verausgabt wurden. Zumeist sind es Unterbringungskosten für Geistes- kranke und Geistesschwache sowie für anderweitig pflegebedürftige, körperbehinderte Personen. Verhältnismäßig stark verringert haben sich gegenüber dem Jahre 1967 dagegen die Ausgaben für die Krankenhilfe. Der dafür nachgewiesene Betrag sank von rund 12 Mill. DM um 17% auf weniger als 10 Mill. DM. Es waren allein die Ausgaben für die Unterbringung in Krankenanstalten, welche diesen Rückgang verursacht haben, denn die Kosten für ambulante Behandlungen stiegen sogar um etwa 10% an.

Die Mittel, welche die Eingliederungshilfe für Behinderte 1968 erforderte, überschritten 10 Mill. DM. Die Steigerung belief sich auf 4%. Allein 73% von diesem Betrag beanspruchten die Aufwendungen für die Schulausbildung und die beruflichen Maßnahmen, welche überdies zu 96% in Anstalten gewährt wurden. Diese Kosten waren um über 1 Mill. DM oder 17% höher als im Jahre zuvor. Die Eingliederungshilfe für ärztliche Behandlung, Körperersatzstücke und dergleichen ging wider Erwarten kostenmäßig zurück, insbesondere für die Empfänger außerhalb von Anstalten. Bei einer Ausgabe von rund 1,3 Mill. DM im Jahre 1968 war das immerhin eine beachtliche Minderung um nahezu 40%, während im Gegensatz dazu die Zuwendungen für diese Zwecke in Anstalten etwas höher waren als im Vorjahre. Etwas geringer, und zwar



um 5%, war auch der Aufwand der Blindenhilfe. Er betrug knapp 10 Mill. DM. Diese Entwicklung hängt vermutlich mit der Delegation dieser Hilfeart an die örtlichen Träger zusammen.

Der Ausgabenhöhe nach von nebengeordneter Bedeutung waren die vorbeugende Gesundheitshilfe und die Ausbildungshilfe. Es handelt sich dabei um Beträge von rund 1,8 bzw. 1,2 Mill. DM. Während der Aufwand für die vorbeugende Gesundheitshilfe um fast 16% zurückging, stieg er für die Ausbildungshilfe um 23% an. Für die noch verbleibenden Arten von Hilfe in besonderen Lebenslagen wurden verhältnismäßig geringe Kosten nachgewiesen, die in fast allen Fällen unter 0,5 Mill. DM lagen. Nur die Altenhilfe, für die im Vorjahre nicht ganz 0,5 Mill. DM angefallen waren, verbesserte sich nicht unbeträchtlich um 36%.

Der Aufwand der Sozialhilfe läßt auch eine Unterscheidung nach den Sozialhilfeträgern zu. Das bedeutet jedoch nicht, daß die auf sie jeweils entfallenden Ausgaben mit einer haushaltsmäßigen Belastung für die Sozialhilfe gleichzusetzen wären. Die Aufteilung der Kosten hat nämlich nur die sachliche und rechtliche Zuständigkeit für die einzelnen Maßnahmen zur Grundlage und kann nichts über die tatsächliche finanzielle Belastung der Körperschaften aussagen. Infolge der Delegation von Aufgaben auf die örtlichen Träger, für die der überörtliche Träger zuständig ist, hat sich im Jahre 1968 eine nicht unbeachtliche Verschiebung der Kostenanteile vollzogen. So ging der Anteil des überörtlichen Trägers an den Gesamtausgaben von 39% im Jahre 1967 auf 34% zurück, während die Anteile der Landkreise und kreisfreien Städte von 38 auf 41% bzw. von 23 auf 25% anstiegen. Es handelt sich um einen Betrag von rund 6 Mill. DM, der sich durch die Übertragung von Aufgaben von dem überörtlichen Träger auf die örtlichen Träger verteilte.

Der überwiegende Teil der Ausgaben des überörtlichen Trägers entfällt auf die Hilfe zur Pflege und auf die Anstaltsunterbringung der geistig und körperlich Behinderten, für die das Land als Träger zuständig ist. Es war ein Betrag von über 31 Mill. DM, mehr als 76% des Gesamtaufwandes für diese Hilfeart erforderlich. Die nachgewiesenen Kosten für die Krankenhilfe sind auch hier wesentlich zurückgegangen. Vermutlich hängt diese Entwicklung ebenfalls mit der Delegation von Auf-

gaben auf die örtlichen Träger zusammen. Aus den gleichen Gründen sind auch die Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte, davon allerdings nur solche für ärztliche Behandlung und Körperersatzstücke, beim überörtlichen Träger zurückgegangen. Insgesamt entfielen auf diese Hilfeart 7,8 Mill. DM, von denen allein 6,8 Mill. DM für Schulausbildung und berufliche Maßnahmen verbraucht wurden. Diese Kosten haben sich auch 1968 um fast 14% erhöht und machten über 91% der Gesamtausgaben des Landes für die schulischen und beruflichen Maßnahmen aus.

Für die örtlichen Träger, das sind die Landkreise und die kreisfreien Städte, bildet die Hilfe zum Lebensunterhalt, darunter insbesondere die laufenden Leistungen außerhalb von Anstalten, die stärkste Belastung. Die Ausgaben für diese Hilfe sind auch 1968 infolge erhöhter Richtsätze weiter um 2 bis 3% gestiegen. So wurden 17,3 Mill. DM von den kreisfreien Städten und 25,2 Mill. DM von den Landkreisen nachgewiesen. Aber auch die für die Hilfe in besonderen Lebenslagen bereitgestellten Mittel der örtlichen Träger waren, nicht zuletzt durch die bereits erwähnte Delegation von Aufgaben, höher als im Vorjahre. Die Zunahme belief sich sowohl bei den kreisfreien Städten als auch den Landkreisen auf jeweils 18%. Die Übertragung von Aufgaben bringt jedoch buchungstechnisch immer gewisse Übergangsschwierigkeiten mit sich, so daß nicht ganz sicher ist, ob der Nachweis der Beträge sowohl beim überörtlichen als auch bei den örtlichen Trägern für das Berichtsjahr 1968 in allen Fällen einwandfrei geführt werden konnte.

b. E i n n a h m e n : Die Einnahmen sind um 7% auf nicht ganz 20 Mill. DM zurückgegangen. Der Ersatz des Aufwandes ist daher, wie das in jedem Jahr seit Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes der Fall war, weiter rückläufig. So konnten die Ausgaben 1968 nur noch zu 16% abgedeckt werden, während es beispielsweise 1962 fast 25% und 1967 immerhin noch etwa 19% waren. Mit 8,3 Mill. DM lagen die Ersatzleistungen von Sozialleistungsträgern an der Spitze der Einnahmearten. Sie waren allerdings um fast 4 Mill. DM geringer als 1967. Es handelt sich dabei vorwiegend um Rückzahlungen der Rentenversicherungsträger und der Krankenkassen. Gegenüber dem Vorjahre ist der Aufwandsersatz von 4,3 Mill. DM auf fast 7,4 Mill. angestiegen. Die Ersatzleistungen der zum

Ausgaben der Sozialhilfe (ohne Tuberkulosehilfe) nach Regierungsbezirken, Sozialhilfeträgern und Hilfearten 1968

Regierungsbezirk Sozialhilfeträger	Hilfe zum Lebensunterhalt			Hilfe in besonderen Lebenslagen				
	insgesamt	außerhalb von Anstalten	in Anstalten	insgesamt	vorbeugende Gesund- heitshilfe	Kranken- hilfe	Blinden- hilfe	Hilfe zur Pflege
	1 000 DM							
Koblenz	16 048	12 624	3 424	16 286	730	3 367	4 740	5 703
Trier	5 318	3 668	1 650	5 128	392	1 248	1 073	1 785
Rheinhausen-Pfalz	21 162	16 458	4 704	16 543	678	3 873	3 800	5 346
Kreisfreie Städte	17 323	13 345	3 978	13 117	687	3 597	2 207	4 959
Landkreise	25 205	19 405	5 800	24 840	1 113	4 890	7 409	7 875
Landessozialamt	329	.	329	40 903	-	1 422	193	31 443
Rheinland-Pfalz	42 857	32 750	10 107	78 860	1 800	9 909	9 809	44 277



Jahr	Ins- gesamt	Hilfe außer- halb von An- stalten	Hilfe in An- stalten	Heil- be- hand- lung	Ein- glie- de- rungs- hilfe	Hilfe zum Lebens- unterhalt	Übrige Hilfen
1 000 DM							
1964	5 642	3 352	2 290	2 262	81	2 956	343
1965	6 591	4 255	2 336	2 313	127	3 775	376
1966	5 768	3 832	1 936	1 894	141	3 467	266
1967	5 952	4 022	1 930	1 733	121	3 856	242
1968	5 915	3 704	2 211	2 053	109	3 409	344

Unterhalt der Hilfeempfänger Verpflichteten gingen von 2,5 Mill. DM auf 2,4 Mill. DM zurück. Für die noch verbleibenden Einnahmearten wurden im einzelnen nur verhältnismäßig kleine Beträge festgestellt, die alle, ausgenommen die Tilgung von Darlehen, gegenüber 1967 abgenommen haben.

Die von den örtlichen Sozialhilfeträgern nachgewiesenen Einnahmen sind sogar etwas angestiegen, während die des überörtlichen Trägers bei einem Gesamtbetrag von etwa 5,9 Mill. DM um über 2 Mill. DM zurückfielen. Der Anteil des letzteren am Gesamtaufwand ging dadurch von 17% im Jahre 1967 auf 14% im Berichtsjahr zurück. Der entsprechende Anteil der örtlichen Träger ist trotz der absoluten Einnahmesteigerung ebenfalls etwas geringer geworden, denn die Ausgaben haben sich stärker erhöht als die Einnahmen. Die größte Einnahmequelle für den überörtlichen Träger war der Kostenbeitrag der Empfänger selbst. Er brachte 81% der gesamten Einnahmen ein. Die örtlichen Träger erzielten ihre höchsten Ersatzleistungen aus den Rückzahlungen der Sozialleistungsträger, und zwar machten sie bei den Landkreisen über 55%, bei den kreisfreien Städten etwa 60% der Gesamteinnahmen aus. Im Gegensatz zu den kreisfreien Städten stellten jedoch auch die Zahlungen der zum Unterhalt Verpflichteten bei den Landkreisen mit rund 1,2 Mill. DM einen nicht unbedeutenden Posten dar.

## 2. Tuberkulosehilfe

Die Tbc-Hilfe war vor dem Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes durch besondere gesetzliche Bestimmungen geregelt. Sie wurden zwar in das Sozialhilfegesetz eingebaut, da es sich um eine Hilfe in besonderen Lebenslagen handelt, nehmen aber auch innerhalb dieses Gesetzes noch eine gewisse Sonderstellung ein. Diese Hilfeart wird daher im Rahmen der Darstellung über die Entwicklung der Sozialhilfe gesondert behandelt, insbesondere auch, weil für sie, im Gegensatz zu anderen Hilfearten, stärker spezifizierte Angaben anfallen. Zuständig für die Tbc-Hilfe bleibt der überörtliche Träger, wenn auch inzwischen die Aufgaben ebenfalls teilweise an die örtlichen Träger delegiert worden sind.

Für die Tbc-Hilfe entstand 1968 ein Aufwand von 5,9 Mill. DM, annähernd der gleiche Betrag, der 1967 dafür ausgegeben wurde. 63% kamen auf Maßnahmen außerhalb und 37% auf solche innerhalb von Anstalten. Nach der besonderen Statistik

über Tuberkulosekranke wurden Ende 1968 noch 13 050 Kranke ausgewiesen, über 700 Personen weniger als im Jahre 1967. Der verhältnismäßig geringe Rückgang der Kosten für die Tbc-Hilfe ist daher relativ und auf die Zahl der Kranken bezogen eigentlich als eine Zunahme der Kosten zu werten. Die größte Belastung mit 3,4 Mill. DM, das sind fast 58% der Gesamtkosten, stellte die Hilfe zum Lebensunterhalt dar. Dafür wurden allerdings 12% weniger als im Vorjahre verbraucht. Erheblich gestiegen sind dagegen die Kosten der Heilbehandlung (+ 18%). Sie stellten sich auf ungefähr 35% des Gesamtaufwandes. Bemerkenswert war auch die Zunahme der Ausgaben für Sonderleistungen, vermutlich vorwiegend für Besuchsbeihilfen, die immerhin noch 6% der Gesamtmittel beanspruchten, die für die Tbc-Hilfe aufzubringen waren.

Die kostenmäßige Beteiligung des Bundes ist wiederum geringer geworden, denn sie lag unter 1 Mill. DM. Der geleistete Beitrag beschränkte sich auf die Eingliederung ins Arbeitsleben, auf Ernährungszulagen und auf Sozialleistungen, wie Verbesserung von Wohnverhältnissen und Besuchsbeihilfen bzw. Beihilfen zur Haltung von Ersatzkräften. Etwa die Hälfte des vom Bund beigesteuerten Betrages entfiel allein auf die Ernährungszulagen.

## 3. Weitere und sonstige Leistungen

Weitere und sonstige Leistungen werden für Maßnahmen gewährt, die ihrer Natur nach zwar zur Sozialhilfe gehören, aber nur eine begrenzte Laufzeit haben. Da die im Sozialhilfegesetz geregelten Maßnahmen keine zeitliche Begrenzung kennen, konnte ihre Regelung nicht in das Gesetz eingebaut werden, weshalb für diese Maßnahmen besondere rechtliche Bestimmungen getroffen werden mußten.

Die Durchführung derartiger Maßnahmen beanspruchte insgesamt etwas mehr als 6 Mill. DM. Von nur einer Ausnahme abgesehen (1967), haben diese Kosten seit 1959 von Jahr zu Jahr zwar nur gering, aber doch stetig zugenommen. So betrug die Steigerung in den letzten zehn Jahren immerhin 53%. Allein etwa die Hälfte der Ausgaben war der Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz zuzurechnen, über ein Viertel den Weihnachtsbeihilfen und 17% der Sozialhilfe und dem Kostenersatz für Deutsche im Ausland. Die für die übrigen zeitlich begrenzten Maßnahmen verausgabten ver-

Ausgaben für weitere und sonstige Leistungen 1959 - 1968

Jahr	Insgesamt	Kranken- versorgung nach § 276 LAG	Weihnachts- beihilfen
1 000 DM			
1959	4 018	1 904	1 502
1960	4 313	2 061	1 412
1961	4 123	2 103	1 664
1962	4 123	2 167	1 684
1963	5 015	2 309	1 760
1964	5 070	2 346	1 737
1965	5 501	2 483	1 869
1966	6 103	2 881	1 962
1967	5 933	2 876	1 728
1968	6 144	3 037	1 652



hältnismäßig geringen Mittel blieben dabei wie bisher von nur nebenegeordneter Bedeutung. Während die Ausgaben für die Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz zunahmen, ist für die Weihnachtsbeihilfen, offenbar durch den Rückgang der Empfängerzahl, weniger ausgegeben worden als 1967. Die Sozialhilfe und der Kostenersatz für Deutsche im Ausland stiegen um 5% und überschritten dadurch 1 Mill. DM. Die Leistungen des Bundes für diesen Zweck gingen jedoch um weitere 10% zurück, so daß die Zunahme der Kosten beim überörtlichen Träger für 1968 nahezu ein Drittel erreichte. Die für die Rückführung von Deutschen aus dem Ausland verwendeten Mittel sind zwar mit 0,4 Mill. DM gegenüber den Ausgaben für andere Maßnahmen verhältnismäßig unbedeutend, jedoch mußten für diese Maßnahme wiederum über 30% mehr ausgegeben werden als im Jahre zuvor.

Für die Zahlungen zur Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz und die Weihnachtsbeihilfen sind überwiegend die örtlichen Träger

zuständig, während der Kostenersatz für Deutsche im Ausland in den Bereich des überörtlichen Trägers fällt. So wurden von den Landkreisen 76%, von den kreisfreien Städten etwas mehr als 23% der Ausgaben für die Krankenversorgung nachgewiesen. Von den Weihnachtsbeihilfen entfielen 59% auf die Landkreise, über 31% auf die kreisfreien Städte und der noch verbleibende geringe Rest auf den überörtlichen Träger, das Land. Die reale Belastung der Sozialhilfeträger durch diese Art von Ausgaben ist wesentlich geringer als bei den übrigen Sozialhilfemaßnahmen, denn für die Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz bestehen beispielsweise Ersatzansprüche gegenüber dem Ausgleichsfonds, und die Ausgaben für die Sozialhilfe und den Kostenersatz für Deutsche im Ausland werden weitgehend vom Bund ersetzt. Ein Ersatz von Kosten für die Überführung Deutscher aus dem Ausland wurde dagegen von den Trägern im Jahre 1968 nicht ausgewiesen.

*Dr. Th. Walter*

## Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969

In der Erfassung des Wirtschaftsgeschehens war die amtliche Statistik lange Zeit vorrangig auf die Durchleuchtung von Produktion und Angebot ausgerichtet. Das entsprach weitgehend dem klassischen Denken der Nationalökonomie, nach welchem sich das Angebot seine Nachfrage selber schafft und dem Verbrauchsverhalten der privaten Haushalte damit eine nur nachgeordnete Bedeutung für den Wirtschaftsablauf zukommt. Seitdem jedoch die neuere Theorie der Wirtschaftswissenschaften den Einfluß der Nachfrage auf Konjunktur, Wachstum und Strukturwandel der Wirtschaft erhellt hat, und seitdem sich die moderne Wirtschaftspolitik hochentwickelter Volkswirtschaften mehr und mehr auf diese Erkenntnisse stützt, mußte die mangelnde Kenntnis über Verbrauchsverhalten, Einkommensbildung und Einkommensverwendung der privaten Haushalte immer stärker als Lücke im statistischen Instrumentarium empfunden werden.

Wohl führte das Statistische Reichsamt in den Jahren 1907, 1927 und 1937 die ersten größeren Erhebungen bei Arbeitnehmern mit unteren und mittleren Einkommen durch, und es wurden nach dem zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik von 1949 bis 1959 eine Reihe von Strukturuntersuchungen ausgewählter Bevölkerungsschichten vorgenommen, doch erfaßten alle diese Erhebungen stets nur einen nach Sozialstatus, Einkommenshöhe und Haushaltgröße mehr oder weniger eng eingegrenzten Bevölkerungskreis. Die Bedeutung ihrer Untersuchungsergebnisse lag in der vorwiegend sozialpolitischen Auswertung.

Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik aber waren schon länger an einer umfassenden Einkommens- und Verbrauchsforschung interessiert. Eine Einbeziehung möglichst aller Bevölkerungsschichten sollte es ermöglichen, durch Gruppenvergleiche (Analyse von Querschnittsdaten) die

Determinanten der wirtschaftlichen Verhaltensweisen der privaten Haushalte zu bestimmen. 1962/63 fand zum ersten Mal eine solche umfassende Einkommens- und Verbrauchsstichprobe statt, an der etwa 45 000 Haushalte aller Bevölkerungsgruppen im ganzen Bundesgebiet teilnahmen. Das Erhebungskonzept dieser Statistik, das erstmals eine Gesamtdarstellung der Einnahmen und Ausgaben aller Bevölkerungsschichten erlaubte, hätte sicher schon früher entwickelt werden können, doch machte erst der Einsatz von elektronischen Anlagen die Erhebung technisch durchführbar und ließ den zeitlichen Abstand zwischen Erhebungszeitpunkt und der Veröffentlichung von Ergebnissen in vertretbare Grenzen zusammenschrumpfen. Für 1969 wurde dann vom Gesetzgeber eine weitere Stichprobe angeordnet, deren Rechtsgrundlage das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. I S. 18) in Verbindung mit dem Änderungsgesetz vom 19. Januar 1968 (BGBl. I S. 97) darstellt.

Wie 1962/63 verzichtete der Gesetzgeber aus guten Gründen ausdrücklich auf eine gesetzliche Auskunftspflicht, denn nur wer freiwillig an einer solchen Erhebung teilnimmt, wird auch bereit sein, in die Privatsphäre eingreifende Fragen über Einkommen, Verbrauch und Vermögen wahrheitsgemäß zu beantworten. Der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Schwerpunkt einer regelrechten Werbung der benötigten Haushalte kommt daher für den Erhebungserfolg eine viel entscheidendere Bedeutung zu, als das bei fast allen anderen Statistiken mit einer gesetzlich fixierten Auskunftspflicht der Fall ist. Insofern nimmt die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe eine Sonderstellung innerhalb der amtlichen Erhebungen ein. Sie rechtfertigt es, den in späteren Heften dieser an sich der Veröffentlichung und Kommentierung von aktuellen statistischen Zahlen vorbehaltenen Monatszeitschrift



erscheinenden Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 einen Kurzbeitrag über Erhebungsmethode und Erhebungsverfahren sowie Maßnahmen und Erfolg der Haushaltswerbung voranzustellen.

### 1. Ziele und Erhebungskonzept<sup>1)</sup>

Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben erschließen die Zusammenhänge zwischen Einkommenserzielung, Verbrauchs- und Sparverhalten der privaten Haushalte. Die Einsicht in diese Zusammenhänge ist eine wichtige Voraussetzung für sachgerechte sozial-, finanz- und wirtschaftspolitische Entscheidungen, da die Wirksamkeit der politischen Maßnahmen wesentlich davon abhängt, wie sie sich auf die privaten Einkommen auswirken und welche Reaktion die betroffenen Haushalte auf Änderungen ihrer Einkommensverhältnisse zeigen. Die Kenntnis des Nachfrageverhaltens bedeutet ferner für die Wirtschaft eine willkommene Handhabe bei der Planung von Produktion und Absatz.

Selbstverständlich kommt man bei derartig breit angelegten Erhebungen nicht umhin, gewisse Schwerpunkte in der Erfassung von Tatbeständen und Zusammenhängen zu setzen. Wo diese Schwerpunkte zu liegen haben, entscheidet letztlich das Interesse der für die Zielsetzung der Erhebung verantwortlichen Konsumenten. Sie entschieden sich bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 für die vorrangige Sammlung von Daten zu Fragen der Einkommenserzielung und Einkommensverteilung sowie der Ersparnis- und Vermögensbildung. Die Untersuchung der Struktur des privaten Verbrauchs, welche bei der Erhebung von 1962/63 im Vordergrund stand, wurde zwar nicht ganz vernachlässigt, jedoch erheblich eingeschränkt. Immerhin bleibt aber die Möglichkeit des Nachweises der Gesamtaufwendungen in der Gliederung nach Verwendungszwecken und Güterarten erhalten. Das Erhebungskonzept der Stichprobe 1969 ist dabei im wesentlichen das gleiche wie das der Erhebung 1962/63. Der Erfassung der Ausgaben für den privaten Verbrauch liegt wieder das Marktentnahmekonzept zugrunde, das eine Abstimmung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermöglicht. Es wird nur das erfaßt, was während der Erhebungsperiode dem Markt entnommen wird, nicht was im eigentlichen Sinn vom Haushalt verbraucht wird. Hierzu wäre die Einbeziehung der haushaltlichen Produktion notwendig, der Sachzuwendungen Dritter an die Haushalte und Abschreibungsschätzungen für langlebige Gebrauchsgüter. Lediglich eine 10%ige Unterstichprobe führt einen zusätzlichen Nachweis über Entnahmen aus dem eigenen Garten und empfangene Sachgeschenke.

### 2. Erhebungsverfahren

Die Erhebung erstreckt sich über ein Jahr. Sie wurde im Januar 1969 durch ein sogenanntes Grundinterview eingeleitet, das sich neben der Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern hauptsächlich mit der personellen Zusammensetzung der Haushalte befaßte. Angaben über Einkommenshöhe, Haushaltsgröße und soziale Stellung des

Haushaltsvorstandes ermöglichten die Zuordnung der Einzelhaushalte zu Haushaltsgruppen. Während des Jahres führen die Haushalte sogenannte Haushaltungsbücher. Um die Arbeitsbelastung möglichst gering zu halten und die Aufbereitungszeit zu verkürzen, erfolgte eine Aufteilung der Anschreibungen in laufende Monatsanschreibungen während der Monate Januar bis September und November bis Dezember sowie in sogenannte Feinanschreibungen im Oktober. Die laufenden Monatsanschreibungen umfassen alle Einkommen und Einnahmen — ausgenommen Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit — sowie ausgewählte, in den Büchern genau vorgegebene Positionen des privaten Verbrauchs, der geleisteten Einkommensübertragungen und der Ersparnisbildung. Die Auswahl der Ausgabengruppen erfolgt nach ihrer Bedeutung für das Haushaltsbudget und nach ihrer saisonalen Streuung. Dagegen sind bei den Feinanschreibungen im Oktober 1969 täglich sämtliche Einnahmen und Ausgaben festzuhalten. Von einer rotierenden Verteilung der Feinanschreibungen über das ganze Jahr — wie sie der Erhebung 1962/63 zugrunde lag — wurde abgesehen, nachdem die Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen gezeigt hatten, daß im Monat Oktober die Abweichungen der Durchschnittswerte für die nicht in den laufenden Monatsanschreibungen enthaltenen Ausgabenarten vom Jahresdurchschnitt besonders gering sind. Durch Kombination von Fein- und Monatsanschreibungen läßt sich ein Annäherungswert der Gesamtaufwendungen für den privaten Verbrauch nach Güterarten und Verwendungszwecken bestimmen. Abgeschlossen wird die Stichprobe durch ein Schlußinterview, das sich eingehend mit der Ersparnisbildung und den verschiedenen Vermögensformen befaßt und in welchen die Einnahmen aus selbständiger Tätigkeit laut Steuererklärung erfragt werden.

Ein ausgebildeter Interviewerstab betreut die Haushalte während des ganzen Erhebungsjahres. Die Aufbereitung der Unterlagen erfolgt wieder durch das Statistische Bundesamt.

### 3. Öffentlichkeitsarbeit und Werbeerfolg

Im Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 stand neben einer allgemeinen Unterrichtung der Bevölkerung über Ziele und Nutzen der Erhebung die Werbung von Haushalten zur Mitarbeit. Die erste Aufgabe wurde vom Statistischen Bundesamt wahrgenommen. Durch eine Reihe von Informativbeiträgen in überregionalen Massenmedien während des Septembers 1968 sollte das Interesse der Bevölkerung an dieser Erhebung geweckt und die anschließenden konkreten Werbeaktionen der statistischen Landesämter eingeleitet werden.

In Rheinland-Pfalz waren 2 945 Haushalte (im Bundesgebiet rund 50 000) zur Mitarbeit zu gewinnen. Das entspricht einem Auswahlatz von 0,25% aller privaten Haushalte. Wesentlich erschwert wurde die Werbung durch die aus dem Stichprobenprinzip resultierende Forderung, daß diese Haushalte in ihrer Zusammensetzung einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung darstellen sollen. Der für den Auswahlplan vorgegebenen Grup-

<sup>1)</sup> Zu Abschnitt 1 und 2 vgl. M. Euler: Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, Wirtschaft und Statistik 1968, Heft 6, S. 289 ff.



Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Haushalte	Davon wurden geworben durch						
		Unmittelbare Anschreiben	Presse	Rundfunk	Fernsehen	Plakatwerbung Betrieb/Gemeinde	Plakatwerbung Post	Werbung durch Interviewer
	Anzahl	%						
Landwirte	150	70,7	4,1	1,0	1,0	10,1	0,0	13,1
Übrige Selbständige	284	84,2	5,4	1,4	2,3	2,3	0,9	3,5
Beamte	344	86,2	7,3	0,4	1,1	1,4	0,0	3,6
Angestellte	577	82,6	7,9	0,9	2,6	1,1	0,7	4,2
Arbeiter	825	65,0	5,6	1,1	2,6	4,7	0,2	20,8
Nichterwerbstätige	806	66,6	6,0	1,1	1,6	2,7	4,9	17,1
Insgesamt	2 986	73,4	6,3	1,0	2,0	3,1	1,6	12,6

pierung nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes, Haushaltsgröße und Haushaltsnettoeinkommen lagen die Ergebnisse des 1%-Mikrozensus vom April 1967 zugrunde. Ziel der mannigfaltigen Werbeaktionen mußte es deshalb sein, nicht nur das angestrebte Gesamtsoll von rund 3 000 Haushalten zu erreichen, sondern möglichst in allen Schichten eine gleichmäßige „Sollerfüllung“ zu gewährleisten.

Die getroffenen Werbemaßnahmen lassen sich aufgliedern in eine direkte und indirekte Werbung. Im Rahmen der direkten Werbung erhielten rund 27 000 Haushalte in Rheinland-Pfalz ein persönliches Anschreiben des Statistischen Landesamtes. Das Adressenmaterial hierzu stammte aus dem Mikrozensus 1968, der 1%-Wohnungssstichprobe 1965 und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63. Die indirekte Werbung umfaßte Beiträge in Presse, Rundfunk und Fernsehen und in einer Reihe von Fachzeitschriften, ferner Plakatwerbungen in Betrieben, auf Postämtern und an Bekanntmachungstafeln der Mikrozensusgemeinden und schließlich die Kontaktaufnahme mit Gemeindeverwaltungen, Landwirtschaftsschulen und Betrieben.

Eine Analyse des Werbeerfolges führt zu dem Ergebnis, daß die Bereitschaft zur Mitarbeit in den einzelnen Bevölkerungsgruppen höchst unterschiedlich ist.

- (1) Unter dem Aspekt der sozialen Stellung zeigen Haushalte, deren Haushaltsvorstand mit schriftlichen Arbeiten bereits vom Beruf her vertraut ist, eine größere Bereitwilligkeit als die übrigen. So gingen von Beamten- und Angestelltenhaushalten derartig viele Teilnahmeerklärungen ein, daß ein großer Teil nicht berücksichtigt werden konnte. Neben Arbeiterhaushalten und solchen von Nichterwerbstätigen waren insbesondere die Bauernhaushalte schwer zu gewinnen. Hier lag die geringste Erfolgsquote. Obwohl gerade diese Gruppe durch gezielte Werbemaßnahmen intensiv angesprochen worden war, wurden nur knapp 80% des Schichtsolls erreicht.
- (2) Eine Untersuchung des Werbeerfolges nach Einkommensschichten führt zu dem etwas überraschenden Ergebnis, daß cum grano salis die Teilnahmebereitschaft mit zunehmendem Einkommen wächst. Sehr deutlich läßt sich diese Beobachtung in den Gruppen der Selbständigen (ohne Landwirte), der Beamten und

Angestellten nachweisen. Inwieweit eine solche Tendenz auch für Bezieher überdurchschnittlich hoher Einkommen gilt, läßt sich nicht darstellen, da die höchste nachweisbare Einkommensgruppe mit „1 800 DM und mehr“ abschließt und damit nach oben offen bleibt.

- (3) Um die Effektivität der wichtigsten Werbemaßnahmen beurteilen zu können, wurde den in die Erhebung einbezogenen Haushalten im Zusammenhang mit dem Grundinterview die Frage gestellt, auf Grund welcher Werbeaktion sie sich zur Mitarbeit bereit erklärt hatten. Der weitaus größte Teil der teilnahmebereiten Haushalte wurde durch die direkte Werbung angesprochen: Fast drei Viertel durch persönliches Anschreiben und über 12% durch mündliche Werbung der Interviewer. Die Erfolgsquote der indirekten Werbung — gemessen an der Zahl der dadurch unmittelbar gewonnenen Haushalte — nimmt sich dagegen bescheiden aus. Es wäre jedoch sicher falsch, die Wirksamkeit dieser Werbeträger, insbesondere der Massenmedien, allein an der Zahl der unmittelbar durch sie gewonnenen Haushalte messen zu wollen. Ohne eine breit angelegte allgemeine Unterrichtung der Bevölkerung über Nutzen und Ziel der Erhebung wäre die Erfolgsquote der direkten Werbung mit Sicherheit geringer gewesen. Unter den Werbeaktionen im Rahmen der indirekten Werbung fanden die Aufrufe in der Lokalpresse und den verschiedenen Fachorganen das stärkste Echo. Die gezielten Werbeaktionen hatten ihre Bedeutung in der Schlußphase der indirekten Werbung, als es vorwiegend um eine Auffüllung der noch schwach besetzten Haushaltsgruppen ging. So wurden mit der Plakatwerbung in den Postämtern hauptsächlich Rentner und Pensionäre angesprochen und mit der in Betrieben bzw. Mikrozensusgemeinden Arbeiter, Landwirte und Nichterwerbstätige.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß nur das Zusammenspiel der verschiedenen umfangreichen Werbemaßnahmen eine ausreichende Beteiligung aller Bevölkerungsschichten an dieser Erhebung zu sichern vermochte. Noch aber ist ein hohes Maß an gutem Willen und Durchhaltevermögen auf der Seite der teilnahmebereiten Haushalte notwendig, um die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 mit vollem Erfolg zu Ende zu führen.

Dipl.-Volkswirt B. Knoblich



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968					1969		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 335	3 635	3 626	3 627	3 628	3 644	3 646	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 568	2 141	1 120	1 480	1 910	2 165	1 521	1 709 <sup>p</sup>	2 094 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	9,2	7,0	3,6	5,1	6,2	7,0	4,9	6,1 <sup>p</sup>	6,8 <sup>p</sup>
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	5 123	4 878	5 110	4 967	4 987	5 026	4 804	4 737 <sup>p</sup>	5 353 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	18,4	16,1	16,6	17,2	16,2	16,2	15,5	16,9 <sup>p</sup>	17,3 <sup>p</sup>
* Gestorbene (ohne Totgeborene) <sup>3)</sup>	Anzahl	3 014	3 685	4 194	4 607	3 914	4 170	3 629	3 464 <sup>p</sup>	4 156 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	10,8	12,2	13,6	16,0	12,7	13,5	11,7	12,4 <sup>p</sup>	13,4 <sup>p</sup>
* Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	200	118	102	102	123	128	120	...	...
* je 1 000 Lebendgeborene	a.T.	39,0	24,2	20,0	20,5	24,7	25,5	25,0	...	...
* Geburtenüberschuß	Anzahl	2 109	1 193	916	360	1 073	856	1 175	1 273 <sup>p</sup>	1 197 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	7,6	3,9	3,0	1,2	3,5	2,8	3,8	4,6 <sup>p</sup>	3,9 <sup>p</sup>
<b>Wanderungen</b>										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 505	9 092	7 767	6 828	8 817	7 681	8 545	...	...
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	"	8 211	8 735	8 084	6 600	8 977	9 750	7 832	...	...
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 294	357	- 317	228	- 160	- 2 069	713	...	...
* Binnenwanderung <sup>4)</sup>	"	9 508	11 172	9 903	7 544	10 405	10 431	11 055	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	1 000	44,1	18,3	48,4	40,7	27,0	17,9	24,9	28,5	11,1
* Männer	"	35,8	14,5	42,0	35,2	22,3	14,8	21,1	25,0	8,6
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	Anzahl	2 727	890	4 178	2 577	897	1 290	2 240	5 234	503
Bauberufe	"	17 668	2 253	9 055	7 648	3 713	2 838	5 188	5 004	1 270
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	14 493	9 911	24 819	21 462	15 283	9 016	11 604	12 360	5 689
Offene Stellen	"	7 719	19 460	12 078	40 703	16 684	18 457	22 278	25 550	29 836
Männer	"	3 950	10 430	5 412	35 213	8 240	10 093	12 688	14 543	17 373
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	"	386	342	163	270	286	208	306	404	460
Bauberufe	"	1 218	1 911	811	1 185	1 450	1 306	2 006	2 220	2 901
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	2 989	9 405	5 085	6 260	7 277	9 800	11 406	13 117	15 141
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand 5)</b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	694	755	.	.	.	755	.	.	.
* Milchkühe	"	327	294	.	.	.	294	.	.	.
* Schweine	"	659	787	.	.	857	787	.	.	733
* Zuchtsauen insgesamt	"	42	65	.	.	71	65	.	.	64
* Trächtige Zuchtsauen	"	24	39	.	.	42	39	.	.	39
<b>Schlachtungen von Inlandtieren 6)</b>										
* Rinder (ohne Kälber)	"	17	19	21	17	18	21	21	17	20
* Kälber	"	10	4	4	4	4	3	3	3	4
* Schweine	"	93	105	117	101	104	129	111	96	118
* Hausschlachtungen	"	28	25	39	34	34	45	37	28	30
* Gesamtschlachtgewicht aus gewerbl. Schlachtungen 7)	1 000 t	10,2	11,7	11,8	9,9	10,6	12,4	11,4	10,0	12,6
* Rinder (ohne Kälber)	"	4,1	4,8	4,9	4,2	4,5	5,2	5,0	4,2	5,1
* Kälber	"	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
* Schweine	"	5,6	6,6	6,6	5,5	5,8	6,9	6,2	5,6	7,2
<b>Milcherzeugung</b>										
* Kuhmilcherzeugung	"	69	88	83	84	94	76	81	78	91
* Milchlieferungen an Molkeereien	%	63,8	76,6	74,2	73,6	74,4	74,4	75,2	73,7	75,8
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	6,7	9,8	9,0	9,7	10,3	8,3	8,8	9,5	10,0

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden. - 5) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 6) Gewerbliche und Hausschlachtungen. - 7) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968					1969		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	2 933	3 022	3 041	3 038	3 039	3 006	2 989	2 988	2 998
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	336	368	357	359	361	375	376	378	381
* Arbeiter 2)	"	274	278	268	270	272	284	284	286	289
* Geleistete Arbeiterstunden 3)	Mill. Std.	47	44	44	42	44	43	47	43	47
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	144	350	310	300	313	478	358	338	355
* Löhne (Bruttosumme)	"	104	232	205	195	207	299	240	220	234
* Gehälter (Bruttosumme)	"	40	118	105	105	106	179	118	118	121
* Kohleverbrauch	1 000 tSKE 4)	279	128	142	136	132	145	139	129	132
* Gasverbrauch	Mill. Nm 3	41	41	41	41	46	34	35	33	35
* Heizölverbrauch	1 000 t	15	160	185	175	180	198	197	185	191
* Stromverbrauch	Mill. kWh	367	695	661	665	694	722	733	677	746
* Stromerzeugung 5)	"	138	311	347	345	324	366	368	332	342
* Umsatz 6) (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	789	1 905	1 539 <sup>r</sup>	1 635	1 825	2 089	1 894	1 894	2 173
* Auslandsumsatz	"	126	408	317 <sup>r</sup>	355	402	572	371	414	465
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1962=100	70	...	128	144	155	179	159 <sup>P</sup>	160	178 <sup>P</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	"	70	169	139	154	161	191	171 <sup>P</sup>	177	190 <sup>P</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	70	171	139	155	163	192	172	178	192
Energieversorgungsbetriebe	"	74	137	133	132	133	160	152 <sup>P</sup>	151	148 <sup>P</sup>
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	"	69	179	148	169	172	186	184	183	203
Industrie der Steine und Erden	"	78	123	58	73	103	94	80	72	110
Eisenschaffende Industrie, NE-Metallindustrie	"	69	137	73	125	139	152	151	144	167
Chemische Industrie (einschl. Mineralölverarbeitung)	"	64	212	194	217	209	231	234	234	249
Investitionsgüter	"	69	201	149	167	188	277	184	220	223
Maschinenbau	"	81	187	126	152	176	303	141	194	187
Elektrotechnische Industrie	"	61	140	113	110	127	191	160	173	171
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	"	65	169	136	143	160	184	166	176	189
Verbrauchsgüter 8)	"	66	140	121	128	138	150	148	157	165
Holz verarbeitende Industrie	"	58	141	106	111	124	168	143	140	155
Schuhindustrie	"	71	113	112	118	125	102	127	135	144
Textilindustrie	"	84	160	149	142	142	197	199	201 <sup>r</sup>	211
Nahrungs- und Genußmittel	"	81	145	115	124	128	176	140	131 <sup>r</sup>	136
Bauhauptgewerbe	"	57	...	68	90	118	115	94	67	113
Handwerk										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Mai 1962=100	.	105	.	.	101	103	.	.	...
* Umsatz 9) (einschl. Umsatzsteuer)	1962=100	.	140	.	.	107	173	.	.	...
* Handwerksumsatz 9) (einschl. Umsatzsteuer)	"	.	140	.	.	104	177	.	.	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	61	234	238	258	277	260	...	...	...
Strombezug (netto)	"	318	528	506	460	485	561	521	506	...
Stromaufkommen	"	375	749	729	704	750	805	803	743	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	11	107	142	129	144	127	133	123	130
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 10)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	66	90	84	84	85	92	88	87	91
Facharbeiter	"	30	48	45	44	45	49	47	46	48
Helfer und Hilfsarbeiter	"	24	28	25	25	26	28	27	26	28
* Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	11	13	7	9	11	9	9	6	11
* Wohnungsbauten	"	5	5	3	4	5	4	3	2	4
Landwirtschaftliche Bauten	"	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gewerbliche Bauten	"	2	2	1	2	2	1	2	1	2
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	"	4	5	3	3	4	4	4	3	5
Hochbau	"	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Straßenbau	"	2	1	1	1	1	1	1	1	2
Sonstiger Tiefbau	"	3	2	1	1	2	2	2	1	2
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	26	76	45	52	63	71	61	42	70
* Löhne (Bruttosumme)	"	24	69	38	45	56	62	53	34	62
* Gehälter (Bruttosumme)	"	2	7	7	7	7	9	8	8	8
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	"	76	196	142	107	123	370	171	132	148

1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 2) Einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - 3) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 4) 1 t Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 5) Gesamte industrielle Eigenerzeugung. - 6) Einschließlich Verbrauchssteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 8) Ohne Nahrungs- und Genußmittel. - 9) Vierteljahresdurchschnitt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe; ab März 1969 vorläufige Ergebnisse.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968					1969		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude 1)	Anzahl	1 045	1 103	1 281	1 051	1 173	548	1 301	1 064	1 200
Veranschlagte reine Baukosten	DM/cbm	56,3	108,4	108,9	96,2	106,8	115,2	112,7	103,0	112,5
Bruttowohnfläche	1 000 qm	159	198	216	213	215	102	200	178	235
* Nichtwohngebäude 1)	Anzahl	585	300	321	235	333	157	325	267	275
* Umbauter Raum insgesamt 1)	1 000 cbm	1 465	1 990	2 133	2 222	2 091	1 151	2 242	1 823	2 225
* in Wohngebäuden	"	929	1 151	1 242	1 300	1 237	579	1 205	1 129	1 324
* Wohnungen	Anzahl	2 724	2 408	2 575	2 569	2 700	1 273	2 350	1 992	2 768
* in ganzen Wohngebäuden 1)	"	2 200	2 186	2 326	2 351	2 435	1 174	2 129	1 821	2 539
Baupreise 2)										
Meßziffern ausgewählter Bauleistungspreise	1962=100									
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	"	.	101	.	100	.	.	.	98	.
Ziegelmauerwerk	"	.	128	.	128	.	.	.	129	.
Hohlblockmauerwerk	"	.	130	.	130	.	.	.	130	.
Leichttrennwand	"	.	126	.	127	.	.	.	127	.
Stahlbetondecke	"	.	116	.	115	.	.	.	116	.
Beton B 80 für Wände	"	.	127	.	126	.	.	.	128	.
Beton B 160 für Fundamente	"	.	114	.	112	.	.	.	115	.
Dachverbandholz liefern	"	.	102	.	103	.	.	.	104	.
Innenwandputz (Mauerwerk)	"	.	132	.	131	.	.	.	133	.
Deckenputz	"	.	132	.	131	.	.	.	133	.
Außenwandputz	"	.	141	.	139	.	.	.	141	.
Wandbekleidung (Fliesen)	"	.	119	.	118	.	.	.	119	.
Handel und Gastgewerbe										
Einzelhandel (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	96	96	96	95	99	96	96	96
Umsätze	"	.	128	101	102	121	181	118	111	137
Waren verschiedener Art	"	.	196	162	143	171	331	183	150	191
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	118	101	104	116	142	110	109	124
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	118	92	78	104	188	103	78	124
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	121	81	84	105	195	100	101	123
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	124	87	90	95	295	104	96	118
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	111	63	83	115	116	100	108	148
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge	1 000 DM	5 493	13 939	10 353	9 507	12 973	16 616	14 683	16 593	...
* Lieferungen	"	14 040	37 011	32 710	33 875	38 632	42 236	36 110	36 270	...
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	145,2	446,2	404,1	408,3	443,7	518,8	460,1	454,1	559,3
Nach Warengruppen:										
* Ernährungswirtschaft	"	4,8	14,5	11,6	10,5	14,6	14,3	13,6	11,9	14,8
* Gewerbliche Wirtschaft	"	140,4	431,7	392,6	397,8	429,1	504,6	446,4	442,2	544,5
* Rohstoffe	"	5,8	8,0	5,5	6,2	8,5	7,4	7,1	6,9	8,4
* Halbwaren	"	23,1	28,4	31,1	33,0	36,0	26,9	26,1	26,7	29,8
* Fertigwaren	"	111,5	395,3	356,0	358,6	384,6	470,3	413,3	408,6	506,3
* Vorerzeugnisse	"	59,5	167,1	158,7	145,5	167,6	175,3	185,0	164,7	211,2
* Enderzeugnisse	"	52,0	228,2	197,3	213,1	217,1	294,9	228,3	243,9	295,1
Nach ausgewählten Verbrauchsländern:										
* EWG-Länder	"	41,0	167,0	140,5	154,2	166,0	191,8	186,0	182,2	213,5
Belgien-Luxemburg	"	9,5	28,9	24,0	27,3	28,4	37,9	32,2	32,7	34,9
Frankreich	"	9,6	67,0	55,4	61,9	64,5	75,3	77,5	71,5	89,7
Italien	"	9,6	34,6	33,6	31,4	36,2	40,3	35,6	37,8	43,2
Niederlande	"	12,2	36,5	27,4	33,5	36,9	38,3	40,6	40,3	45,8
* EFTA-Länder	"	36,4	98,7	91,4	89,0	103,8	115,7	92,3	95,1	114,9
Dänemark	"	3,4	11,4	9,3	10,1	12,4	15,1	11,4	10,0	10,8
Großbritannien	"	9,5	20,1	20,4	20,7	23,2	22,6	18,0	19,4	24,0
Österreich	"	6,8	19,6	19,1	13,6	18,1	25,3	16,7	17,2	21,0
Schweden	"	5,4	13,8	11,7	13,1	16,0	14,5	12,8	14,0	19,6
Schweiz	"	8,3	24,9	20,6	24,7	25,1	28,2	25,2	25,2	30,0
USA und Kanada	"	10,1	28,6	23,0	21,1	27,6	23,7	22,4	20,4	34,9
Ostblockländer	"	3,6	24,4	30,4	30,1	18,5	27,9	30,0	33,6	36,3
Gastgewerbe (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	111	98	106	103	104	106	109	107
Teilbeschäftigte	"	.	157	132	150	131	139	155	166	176
Umsätze insgesamt:	"	.	133	96	109	113	121	114	115	116
Übernachtungen	"	.	156	61	71	97	65	66	70	93
Beköstigung	"	.	131	98	112	113	123	118	117	117
Fremdenverkehr in 258 Berichtsgemeinden										
* Fremdenanmeldungen	1 000	167	204	83	92	117	79	87	94	...
* Ausländergäste	"	36	46	7	8	11	8	8	10	...

1) Bis Dezember 1962 ohne Gebäudeteile und Umbau ganzer Gebäude, ab Januar 1963 ohne Gebäudeteile. - 2) Einschl. Umsatz- (Mehrwert-) steuer.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968					1969		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
* Fremdenübernachtungen	1 000	625	764	311	365	451	292	311	364	...
* Auslands Gäste	"	68	102	16	18	27	19	17	22	...
Nach Gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	255	325	152	187	229	132	149	184	...
Luftkurorte	"	43	45	16	18	23	18	16	18	...
Sonstige	"	327	394	143	160	199	142	146	162	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Bundesbahn 1)</b>										
Zugkilometer	"	2 960	2 982	2 849	2 662	2 912	2 965	3 036	2 755	...
Wagenachskilometer	"	104 960	119 692	107 853	101 192	113 427	119 375	119 567	108 188	...
Bruttotonnenkilometer	Mill.	1 017	1 270	1 137	1 063	1 196	1 265	1 271	1 146	...
Nettotonnenkilometer	"	293	377	325	312	356	385	382	347	...
Gestellte Güterwagen	Anzahl	74 911	61 288	48 269	50 972	56 850	55 145	54 918	50 015	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterumschlag	1 000 t	1 812	3 049	2 217	2 657	3 016	2 709	2 384	2 411	2 952
* Gütereingang	"	811	1 481	1 266	1 313	1 419	1 508	1 234	1 301	1 522
* Güterversand	"	1 001	1 568	951	1 344	1 597	1 201	1 150	1 110	1 430
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
<b>Bergverkehr</b>										
Güterschiffe	Anzahl	4 315	3 947	3 888	3 658	3 935	3 609	3 959	3 316	3 709
Ladung	1 000 t	2 938	2 924	3 028	2 615	2 737	2 319	2 804	2 449	2 816
Auslastungsgrad 2)	%	80	88	89	89	87	73	80	84	87
<b>Talverkehr</b>										
Güterschiffe	Anzahl	4 367	4 135	3 965	3 881	4 077	4 395	4 290	3 655	3 956
Ladung	1 000 t	893	1 608	1 319	1 632	1 942	1 035	1 297	1 307	1 599
Auslastungsgrad 2)	%	70	85	83	86	86	63	72	77	84
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 999	7 705	4 690	6 546	9 835	6 382	7 415	8 746	...
Krafträder (einschließlich Motorroller)	"	366	26	8	10	34	9	14	17	...
* Personenkraftwagen	"	2 840	6 047	3 448	5 191	7 882	4 926	5 763	6 930	...
* Kombinationskraftwagen	"	275	628	437	586	752	531	655	699	...
* Lastkraftwagen	"	346	499	390	397	597	454	462	555	...
Zugmaschinen	"	640	453	365	324	515	432	479	501	...
Kraftfahrzeuganhänger	"	132	255	115	133	266	128	155	157	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen 3)	1 000	20 118	20 888	22 298	20 869	21 589	21 357	22 809	21 492	22 245
Allgemeiner Linienverkehr	"	19 451	19 899	21 563	20 094	20 660	20 457	21 129	19 737	20 303
Sonderformen des Linienverkehrs	"	233	663	603	611	706	709	1 535	1 584	1 722
Berufsverkehr 3)	"	233	605	564	570	644	614	605	554	624
Schülerverkehr 4)	"	}	58	39	41	62	95	924	1 019	1 096
Markt- und Theaterfahrten	"		.	.	.	.	.	6	11	2
Gelegenheitsverkehr	"		434	326	132	164	223	191	145	171
Ausflugsfahrten	"	99	79	24	31	45	45	27	38	56
Ferienziel-Reisen	"	.	1	-	-	-	0	0	0	0
Mietwagenverkehr	"	335	246	108	133	178	146	118	133	164
Wagenkilometer	"	7 991	9 420	8 204	8 151	8 748	8 280	9 033	8 509	9 483
Allgemeiner Linienverkehr	"	6 338	6 462	6 602	6 340	6 672	6 337	6 724	6 189	6 682
Sonderformen des Linienverkehrs	"	233	1 160	1 112	1 089	1 149	1 161	1 674	1 685	1 841
Berufsverkehr 3)	"	233	1 131	1 088	1 063	1 109	1 108	1 119	1 093	1 186
Schülerverkehr 4)	"	}	.	29	24	26	40	549	586	651
Markt- und Theaterfahrten	"		.	.	.	.	.	6	6	4
Gelegenheitsverkehr	"		1 420	1 798	490	722	927	782	635	635
Ausflugsfahrten	"	479	566	115	131	261	227	152	154	325
Ferienziel-Reisen	"	.	34	-	2	-	2	5	9	8
Mietwagenverkehr	"	941	1 198	375	589	666	553	478	472	627
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>	Anzahl	3 491	6 418	5 836	5 443	5 638	7 169	5 106	6 171	...
* Unfälle mit Personenschaden	"	1 464	1 752	1 312	1 387	1 555	1 650	1 136	1 176	...
Unfälle mit nur Sachschaden	"	2 027	4 666	4 524	4 056	4 083	5 519	3 970	4 995	...
bis 1 000 DM 5)	"	.	3 952	3 882	3 470	3 419	4 669	3 395	4 354	...
über 1 000 DM 6)	"	.	714	642	586	664	850	575	641	...
* Getötete Personen 7)	"	68	97	50	99	92	102	57	43	...
* Verletzte Personen	"	1 913	2 490	1 864	1 937	2 160	2 352	1 619	1 691	...
Schwerverletzte	"	765	868	627	680	729	839	549	533	...
<b>Bundespost</b>										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	27 688	36 110	36 317	32 712	36 374	44 702	38 426	34 266	39 073
Gewöhnliche Paketsendungen	"	931	1 084	973	986	1 025	1 654	1 022	991	1 227
Telegramme	"	99	65	58	55	59	64	54	53	...
<b>Postscheckverkehr</b>										
Gutschriften	1 000 DM	469 430	831 772	888 664	718 263	786 236	922 759	916 370	759 632	828 056
Lastschriften	"	460 840	832 210	904 085	721 392	762 958	927 601	925 937	757 855	825 106
<b>Postsparkassendienst</b>										
Einzahlungen	"	5 814	10 891	11 894	10 863	10 321	9 793	14 854	12 314	11 619
Auszahlungen	"	5 296	10 430	7 883	7 942	8 913	11 754	10 682	9 521	11 528
<b>Rundfunkgenehmigungen</b>										
Tonrundfunk	1 000	181	1 064	1 046	1 048	1 051	1 064	1 068	1 072	1 074
Fernsehrundfunk	"	78	852	797	805	813	852	864	872	878

1) Nur Bundesbahndirektion Mainz. - 2) Auslastungsgrad der beladenen Schiffe. - 3) 1958 ohne mittelbar entgeltlichen Berufsverkehr (§ 1 Abs. 1 Satz 2 PBefG.). - 4) Ab Januar 1969 einschließlich freigestellter Schülerverkehr. - 5) Bei jedem der Beteiligten. - 6) Bei einem der Beteiligten. - 7) Einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968					1969		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Geld und Kredit										
Kreditinstitute 1)										
* Kredite an Nichtbanken 2)	Mill. DM	3 307	14 575	11 956	12 104	12 420	14 575	14 656	14 822	15 041
* Kurzfristige Kredite	"	1 376	3 625	3 178	3 216	3 306	3 625	3 598	3 705	3 835
* an Wirtschaft und Private	"	1 367	3 563	3 129	3 157	3 217	3 563	3 536	3 647	3 743
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	9	62	49	59	89	62	62	58	92
* Mittel- und langfristige Kredite 2)	"	1 931	10 950	8 778	8 888	9 114	10 950	11 058	11 117	11 206
* an Wirtschaft und Private 2)	"	1 551	8 909	6 753	6 802	6 907	8 909	9 003	9 053	9 137
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	380	2 042	2 025	2 086	2 207	2 042	2 055	2 064	2 069
* Einlagen von Nichtbanken	"	3 282	12 701	11 086	11 261	11 289	12 701	12 844	13 227	13 124
* Sicht- und Termineinlagen	"	1 426	4 253	3 618	3 694	3 669	4 253	4 215	4 495	4 358
* von Wirtschaft und Privaten	"	1 055	3 440	2 867	2 921	2 886	3 440	3 463	3 714	3 598
von öffentlich-rechtlichen Körperschaften	"	371	812	751	773	783	812	752	781	759
* Spareinlagen	"	1 857	8 448	7 468	7 567	7 620	8 448	8 629	8 732	8 766
* bei Sparkassen	"	1 274	5 496	4 917	4 984	5 017	5 496	5 567	5 633	5 655
* bei Kreditbanken	"	.	941	873	883	888	941	1 011	1 022	1 027
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	"	105	434	569	372	370	801	723	424	423
* Lastschriften auf Sparkonten	"	78	344	416	273	318	502	542	321	389
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse	Anzahl	13	12	17	10	14	11	12	9	12
Vergleichsverfahren	"	3	2	-	2	-	3	2	1	1
Wechselproteste 4)	"	2 860	1 969	2 278	2 053	2 122	1 900	1 755	1 679	1 859
"	1 000 DM	2 017	2 772	3 069	2 679	2 804	3 299	2 392	2 515	2 911
Steuern										
* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	49 700	147 152	116 031	91 680	215 451	258 877	132 784	120 065	237 240
* Vermögensteuer	"	2 443	7 461	1 826	16 101	4 948	1 917	872	19 465	1 475
* Kraftfahrzeugsteuer	"	5 495	16 625	19 397	14 118	16 818	16 494	18 561	14 786	19 253
* Biersteuer	"	3 176	5 214	4 515	5 007	3 651	4 984	5 820	4 475	4 423
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	35 809	112 710	83 464	52 201	185 165	227 634	99 934	76 463	205 512
* Einnahmen für Rechnung des Bundes	"	115 170	224 120	228 264	142 043 <sup>x</sup>	257 712	352 171	239 524	213 345	300 872
* Umsatzsteuer 5)	"	46 123	79 516	116 700	49 855	48 447	88 910	112 684	91 808	92 488
* Umsatzausgleichsteuer 6)	"	6 102	1 766	9 119	10 740	11 806	54 948	19 498	24 017	23 390
* Beförderungsteuer 7)	"	1 582	272	2 391	136	111	50	21	60	18
* Zölle	"	8 704	8 129	5 745	6 126	18 148	10 100	7 663	6 125	7 230
* Verbrauchsteuern	"	32 345	45 201	45 290	43 471	54 454	58 082	44 813	48 151	59 112
* Tabaksteuer	"	18 677	6 474	4 893	5 725	9 853	12 762	1 205	3 724	7 874
* Mineralölsteuer	"	2 522	6 528	3 091	6 500	5 559	10 198	4 335	6 996	6 962
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	18 944	66 195	49 019	30 657	108 748	133 690	53 811	41 172	110 661
* Lastenausgleichsabgaben	"	6 486	5 220	1 212	12 891	899	2 503	1 005	13 095	1 223
* Steuern vom Einkommen	"	54 753	178 905	132 483	82 858	293 913	361 324	153 745	117 635	316 173
* Lohnsteuer	"	19 833	79 948	113 477	72 005	65 052	110 619	126 882	87 321	72 061
* Veranlagte Einkommensteuer	"	20 055	62 652	13 555	6 017	154 424	159 308	13 378	15 473	164 597
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	1 800	7 173	1 108	4 215	435	2 319	1 121	3 788	- 101
* Körperschaftsteuer	"	13 065	29 132	4 343	621	74 002	89 078	12 364	11 053	79 616
* Gemeindesteuereinnahmen 8)	"	83 725	196 164	.	.	178 844	195 522	.	.	192 433
* Realsteuern	"	76 545	181 145	.	.	163 506	180 878	.	.	174 791
* Grundsteuer A	"	8 599	9 541	.	.	7 005	8 843	.	.	7 404
* Grundsteuer B	"	15 026	26 468	.	.	24 218	23 080	.	.	26 489
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	49 114	135 495	.	.	121 888	139 177	.	.	129 897
* Lohnsummensteuer	"	3 806	9 641	.	.	10 395	9 778	.	.	11 001
* Sonstige Steuern	"	7 180	15 019	.	.	15 338	14 644	.	.	17 642

1) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats; anstelle von Monatsdurchschnitten Kontenstand am Ende des Jahres. Von November auf Dezember 1968 teilweise statistisch bedingte Zunahme infolge Neufassung der bankenstatistischen Richtlinien. - 2) Einschließlich durchlaufender Kredite; ab Dezember 1968 einschließlich Landeswohnungsbaufonds der Landesbank und Girozentrale Rheinland-Pfalz. - 3) Einschließlich Zinsen. - 4) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 5) Ab 1.1.1968 einschließlich Mehrwertsteuer. - 6) Ab 1.1.1968 einschließlich Einfuhrumsatzsteuer. - 7) Nach bis zum 31.12.1967 geltenden Recht. - 8) Einschließlich Steuern der Kreise: Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968					1969		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Löhne und Gehälter <sup>1)</sup>										
Arbeiter in der Industrie <sup>2)</sup>										
Bruttowochenverdienste	DM	96	205	190	.	.	208	.	.	.
* Männliche Arbeiter	"	106	223	207	.	.	226	.	.	.
Facharbeiter	"	113	236	220	.	.	241	.	.	.
Angelernte Arbeiter	"	107	219	202	.	.	222	.	.	.
Hilfsarbeiter	"	87	185	169	.	.	184	.	.	.
* Weibliche Arbeiter	"	61	139	133	.	.	143	.	.	.
Bruttostundenverdienste	"	2,10	4,63	4,44	.	.	4,77	.	.	.
* Männliche Arbeiter	"	2,28	4,94	4,77	.	.	5,11	.	.	.
Facharbeiter	"	2,44	5,24	5,05	.	.	5,43	.	.	.
Angelernte Arbeiter	"	2,25	4,84	4,67	.	.	4,99	.	.	.
Hilfsarbeiter	"	1,90	4,12	3,95	.	.	4,23	.	.	.
* Weibliche Arbeiter	"	1,43	3,38	3,26	.	.	3,49	.	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,8	44,0	42,8	.	.	43,6	.	.	.
* Männliche Arbeiter	"	46,8	44,8	43,3	.	.	44,3	.	.	.
* Weibliche Arbeiter	"	42,8	41,1	40,9	.	.	41,0	.	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	42,1	40,4	39,7	.	.	40,4	.	.	.
* Männliche Arbeiter	"	43,1	41,2	40,2	.	.	41,2	.	.	.
* Weibliche Arbeiter	"	39,2	37,3	37,9	.	.	37,8	.	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM									
in der Industrie <sup>2)</sup>	"	542	1 132	1 104	.	.	1 170	.	.	.
Kaufmännische Angestellte	"	495	1 026	1 010	.	.	1 066	.	.	.
* Männliche Angestellte	"	595	1 244	1 224	.	.	1 296	.	.	.
* Weibliche Angestellte	"	377	781	763	.	.	807	.	.	.
Technische Angestellte	"	648	1 312	1 265	.	.	1 347	.	.	.
* Männliche Angestellte	"	665	1 349	1 299	.	.	1 386	.	.	.
* Weibliche Angestellte	"	452	901	879	.	.	921	.	.	.
im Handel <sup>3)</sup>	"	355	777	764	.	.	805	.	.	.
Kaufmännische Angestellte	"	351	773	760	.	.	800	.	.	.
* Männliche Angestellte	"	485	1 013	1 001	.	.	1 055	.	.	.
* Weibliche Angestellte	"	279	607	595	.	.	623	.	.	.
in Industrie <sup>2)</sup> und Handel <sup>3)</sup> zusammen	"	438	962	941	.	.	998	.	.	.
Kaufmännische Angestellte	"	404	877	863	.	.	911	.	.	.
* Männliche Angestellte	"	536	1 122	1 108	.	.	1 171	.	.	.
* Weibliche Angestellte	"	307	669	654	.	.	690	.	.	.
Technische Angestellte	"	625	1 297	1 249	.	.	1 332	.	.	.
* Männliche Angestellte	"	646	1 335	1 283	.	.	1 373	.	.	.
* Weibliche Angestellte	"	418	882	863	.	.	899	.	.	.
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung <sup>4)</sup>										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 021	1 069	1 055	1 063	1 066	1 077	1 085	1 085	1 091
Pflichtmitglieder	"	649	649	648	653	653	646	652	651	655
Rentner	"	227	327	314	318	322	337	338	340	340
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,5	4,6	7,4	5,6	4,6	4,3	5,4	6,6	5,5
Männer	"	4,6	4,7	7,4	5,5	4,5	4,4	5,5	6,5	5,4
Frauen	"	4,3	4,5	7,6	5,6	4,7	3,9	5,4	7,0	5,7
Soziale Rentenversicherung <sup>5)</sup>										
Rentenempfänger	Anzahl	344 570	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeiterrentenversicherung	"	260 463	346 815	340 656	340 555	341 411	351 892	353 216	355 699	354 580
Angestelltenversicherung	"	84 107	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	46 425	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeiterrentenversicherung	"	32 663	82 415	77 052	76 854	87 362	84 067	84 707	97 322	90 398
Angestelltenversicherung	"	13 762	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	38 890	15 574	40 960	38 019	29 117	10 762	23 526	22 627	16 106
Arbeitslosenversicherung	"	31 577	12 604	36 750	32 944	23 329	9 087	21 597	20 569	13 384
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	8 703	7 562	9 397	20 003	17 583	4 904	6 367	9 757	10 065
Arbeitslosenversicherung	"	7 369	6 510	8 591	18 315	15 397	4 599	6 059	9 274	9 271
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	231	167	.	.	169	165	.	.	165
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	18 112	30 053	30 007	29 720	29 970	29 117	29 027	29 075	29 012

1) Ab 1964 neuer Berichtskreis; daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar; Monatsdurchschnitt 1958 auf neuen Berichtskreis umgerechnet. - 2) Einschließlich Bau. - 3) Handel, Kredit und Versicherungen. - 4) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 5) Ohne Knappschaftsversicherung.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967		1968				1969	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
Bevölkerung insgesamt	1 000	54 292	59 873 <sup>p</sup>	59 948	59 967	59 984	60 441	60 462	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 187	40 270 <sup>p</sup>	45 363	20 712	26 453	32 183	34 825	24 752	28 213
Lebendgeborene 2)	"	75 361	84 954 <sup>p</sup>	79 749	85 609	82 359	70 492	76 488	82 074	74 583
Gestorbene 3)	"	49 784	57 278 <sup>p</sup>	62 863	70 956	79 502	59 558	65 591	65 361	59 007
Geburtenüberschuß	"	25 577	27 676 <sup>p</sup>	16 886	14 653	2 857	10 934	10 897	16 713	15 576
Arbeitslose	1 000	769	459	526	673	590	196	266	369	374
Männer	"	500	335	388	527	461	131	195	288	300
<b>Landwirtschaft</b>										
Schweinebestand 4)	"	14 747	19 032	19 032	.	.	.	18 732	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 5)	1 000 t	186	254	254	279	241	276	281	276 <sup>p</sup>	239 <sup>p</sup>
Milcherzeugung	"	1 490	1 810	1 613	1 695	1 695	1 522	1 619	1 711	1 649
<b>Industrie und Energiewirtschaft</b>										
Industrie 6)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 015	7 843	7 724	7 723	7 751	8 106	8 068 <sup>p</sup>	8 094 <sup>p</sup>	8 149 <sup>p</sup>
Geleistete Arbeiterstunden 7)	Mill. Std.	1 139	916	882	936	902	1 003	927 <sup>p</sup>	990 <sup>p</sup>	951 <sup>p</sup>
Umsatz 8) (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	18 166	31 722	36 054	30 570	31 748	40 741	39 500 <sup>p</sup>	37 088 <sup>p</sup>	36 171 <sup>p</sup>
Auslandsumsatz	"	2 698	5 947	6 950	5 347	5 627	7 790	8 367 <sup>p</sup>	6 282 <sup>p</sup>	6 516 <sup>p</sup>
Index der industriellen Produktion 9)										
Gesamtindustrie	1962=100	75	118	130	111	118	154	144	130	138 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	"	76	118	132	113	120	155	146	132	141 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	76	117	131	111	118	153	144	130	139 <sup>p</sup>
Energieversorgungsbetriebe	"	74	138	169	163	158	180	191	186	188 <sup>p</sup>
Bergbau	"	99	89	93	96	94	102	97	98	99 <sup>p</sup>
Verarbeitende Industrie	"	74	119	133	112	120	157	147	132	142 <sup>p</sup>
Grundstoffe und Produktionsgüter	"	71	133	133	127	138	170	153	150	156 <sup>p</sup>
Investitionsgüter	"	73	109	138	102	108	150	149	124	136 <sup>p</sup>
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	"	76	114	126	109	119	158	141	130	142 <sup>p</sup>
Nahrungs- und Genußmittel	"	81	122	130	110	114	149	136	121	125 <sup>p</sup>
Bauhauptgewerbe	"	72	115	91	67	85	147	104	83	65 <sup>p</sup>
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	12 403	9 337	9 012	10 265	9 650	9 321	8 899	10 349	9 422
Braunkohlenförderung (brutto)	"	7 791	8 064	9 109	8 708	7 542	9 156	9 541	9 416	8 492
Produktion von Roheisen	"	1 645	2 281	2 166	2 375	2 406	2 625	2 516	2 713	2 495
Stahlrohblöcken	"	2 143	3 018	2 836	3 224	3 230	3 532	3 188	3 630	3 388
Walzstahlfertigerzeugnissen	"	1 470	2 076	1 922	2 078	2 248	2 482	2 260	2 655	2 449
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	8 457	15 443	18 080	18 363	16 922	19 077	19 878	20 234	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	...	...	...	...	...	...	...	...	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
Bauhauptgewerbe 10)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 322	1 467	1 457	1 379	1 384	1 518	1 476	...	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	213	206	145	127	152	227	158	...	...
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	1 431	3 694	5 179	2 387	2 128	3 969	5 582	...	...
Baugenehmigungen: Wohnungen	Anzahl	48 466	44 396	39 737	29 373	38 100	42 512	40 764	...	...
<b>Handel</b>										
Umsätze	1962=100	.	132	192	113	112	161	194	...	...
Waren verschiedener Art	"	.	159	270	135	128	247	277	...	...
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	131	160	119	121	142	166	...	...
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	123	191	103	86	165	192	...	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	129	208	89	95	156	203	...	...
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	127	292	95	96	168	310	...	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	121	153	75	96	119	124	...	...
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	2 594	5 849	6 613	6 211	6 152	7 198	7 218	7 765	6 858
Ausfuhr	"	3 083	7 250	8 101	7 477	7 449	9 236	9 905	7 880	7 914
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	"	489	1 401	1 488	1 267	1 298	2 038	2 688	115	1 055

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 5) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 6) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 7) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 8) Einschließlich Verbrauchsteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 9) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967		1968				1969	
		Monatsdurchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Verkehr										
Meßziffern des Güterverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Güter	1962=100	95	99	100	100	101	127	...	...	...
Binnenschifffahrt:										
Beförderte Güter	"	80	125	113	107	129	136	117	...	...
Seeschifffahrt: Güterumschlag	"	66	124	129	124	135	...	...	...	...
Meßziffern des Personenverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Personen	"	124	82	80	88	83	86	85	...	...
Straßenbahnen und Obusse:										
Beförderte Personen	"	102	72	70	68	70	70	65	...	...
Kraftomnibusse:										
Beförderte Personen	"	78	109	110	115	116	122	113	...	...
Geld und Kredit										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	17 940	31 412	31 412	29 750	30 548	33 235	32 342 <sup>p</sup>	...	...
Kreditinstitute 2)										
Kredite an Nichtbanken	"	100 615	320 656	320 656	319 102	322 142	354 950	360 074 <sup>p</sup>	...	...
Kurzfristige Kredite	"	32 530	75 366	75 366	72 407	72 922	80 406	82 889 <sup>p</sup>	...	...
Mittel- und langfristige Kredite	"	68 085	245 290	245 290	246 695	249 220	274 544	277 185 <sup>p</sup>	...	...
Einlagen von Nichtbanken	"	82 561	243 576	243 576	244 137	247 195	272 074	283 017 <sup>p</sup>	...	...
Sicht- und Termineinlagen	"	46 496	100 148	100 148	98 099	99 155	114 342	119 135 <sup>p</sup>	...	...
Spareinlagen	"	36 065	143 428	143 428	146 038	148 040	157 732	163 882 <sup>p</sup>	...	...
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	48	97,6	114,3	121,1	121,8	133,5	131,4	135,5	137,3
Steuern										
Bundes- und Landessteuern 3)	Mill. DM	3 573	8 275	12 327	7 962	6 399	7 740	14 296	8 514	7 908
Besitz- und Verkehrsteuern	"	1 732	4 357	7 752	3 717 <sup>x</sup>	2 866	3 339	9 010	4 293	3 278
Steuern vom Umsatz	"	1 080	2 060	2 247	2 799	1 762	2 504	2 545	2 916	2 610
Zölle und Verbrauchsteuern	"	761	1 858	2 328	1 446 <sup>x</sup>	1 771	1 897	2 741	1 305	2 020
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/62 bis 1962/63=100	96,6	109,3	102,0	100,9	98,3	104,6	105,5 <sup>p</sup>	106,5 <sup>p</sup>	106,2 <sup>p</sup>
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 5)	1962/63=100	88,1	109,9	107,5	105,0	105,0	101,2	101,6	102,4	102,9
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1962=100	97,2	104,9	104,8	100,7	99,8	99,4	99,6	100,0	100,1
Preisindex für Wohngebäude 6)	"	75,8	115,9	.	.	119,9	121,9	.	.	...
Preisindex für den Straßenbau 7)	"	80,5	91,8	.	.	95,2	97,0	.	.	...
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938=100	183,4	226,5	226,1	229,1	228,9	231,7	232,3	233,9	234,3
"	1958=100	100	123,4	123,2	124,8	124,7	126,2	126,5	127,4	127,6
"	1962=100	92,7	114,4	114,2	115,7	115,6	117,0	117,3	118,1	118,3
Ernährung	"	93,0	112,7	110,9	111,8	111,1	111,2	111,8	113,0	113,2
Getränke und Tabakwaren	"	100,2	108,9	109,2	110,9	110,8	111,5	111,4	111,4	111,4
Wohnung	"	82,0	137,6	139,7	141,8	142,9	151,5	152,4	156,5	157,6
Heizung und Beleuchtung	"	94,6	108,4	110,2	116,0	116,8	117,6	117,7	117,8	117,6
Hausrat	"	97,7	103,5	102,8	102,7	102,7	102,6	102,6	102,6	102,7
Bekleidung	"	93,8	112,1	112,0	112,0	112,0	112,4	112,4	112,6	112,7
Reinigung und Körperpflege	"	91,6	113,9	114,4	118,7	119,3	120,6	120,7	121,1	121,1
Bildung, Unterhaltung und Erholung	"	88,6	119,7	121,5	124,2	124,6	126,2	126,4	126,8	126,9
Verkehr	"	93,2	114,0	114,8	116,0	115,9	117,4	117,2	116,7	116,7
Index der Löhne in der Industrie (einschl. Bau) 9)										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962=100	72,5	132,4	.	134,1	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	"	67,8	138,2	.	140,9	.	.	.	...	.
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	"	71,5	140,0	.	141,9	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	"	66,4	144,3	.	145,9	.	.	.	...	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	"	101,6	94,7	.	94,5	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	"	102,0	95,6	.	96,3	.	.	.	...	.

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute, einschließlich Münzumsatz; bis Juni 1959 ohne Saarland. - 2) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats, anstelle von Monatsdurchschnitten. - 3) Bis März 1960 ohne Saarland. - 4) Durchschnittsziffern für das Wirtschaftsjahr; berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittspreise der einzelnen Waren mit den vierteljährlichen Verkaufsmengen der Wirtschaftsjahre 1961/62 bis 1962/63. - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen, bis einschließlich 1962 ohne Saarland. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig). - 8) Arbeitnehmerhaushalte mittleren Einkommens. - 9) Bis 1959 ohne Saarland und Berlin, ab 1960 ohne Berlin, ab 1964 mit Berlin (West). - 10) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer).



## AUSZUG AUS DEN

### VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

#### Zusammenfassende Veröffentlichungen

Rheinland - Pfalz im Spiegel der Statistik

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

#### Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114	Volkszählung 1946, 1950, 1961
" 34	Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950
" 81, 91, 97, 136, 170	Bevölkerungsentwicklung 1951 - 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963 - 1965
" 9	Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950
" 117	Haushalte und Familien 1961
" 28, 113	Pendelwanderung 1950, 1961
" 2, 13, 18, 115, 116	Berufszählung 1946, 1950, 1961
Statistische Berichte: 10 Reihen	

#### Unterricht und Bildung, Rechtspflege

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,	Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,
" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143	1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65
" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,	Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,
" 143	1956/57, 1961/62, 1964/65
Statistische Berichte: 4 Reihen	

#### Wahlen

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152	Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965
" „, 11, 38, 69, 130, 171	Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963, 1967
" „, 24, 46, 87, 142	Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964
" 39	Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955
Statistische Berichte: 3 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)	

#### Landwirtschaft

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950
" 119, 120, 121, 141	Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960
" 28*, 122	Gartenbauerhebung 1950, 1961
" 27	Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952
" 78	Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957
" 33*, 44*, 162	Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956, 1964/65
" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70,	Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,
" 82, 92, 100, 129, 138, 148, 156, 169, 182	1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 75	Wein- und Gartenbau 1958
" 60	Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957
" 18*,	Obstbaumzählung 1951
" 61, 165	Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957, 1965
" 55, 167	Weinbau 1950 - 1957, 1964
" 45, 54, 64, 74, 83, 93,	Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,
" 104, 133, 140, 149, 159, 168, 185	1963, 1964, 1965, 1966, 1967
Statistische Berichte: 19 Reihen	

#### Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5	Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947
" 89, 103, 132, 139, 150, 160, 175, 184	Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 6	Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

\*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.



## **noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr**

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62, 164	Handwerkszählung 1949, 1956, 1963
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44, 181	Verkehrsstruktur 1950 - 1955, 1956 - 1965
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128, 173	Straßennetz am 1. Januar 1961, 1966
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963

Statistische Berichte: 15 Reihen

## **Bau- und Wohnungswesen**

### **Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98,	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960,
" 107, 134, 144, 151, 161, 176, 187	1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 158, 174, 183	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965, 1966, 1967

Statistische Berichte: 6 Reihen

## **Geld und Kredit**

Statistische Berichte: 2 Reihen

## **Öffentliche Sozialleistungen**

### **Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 127, 145, 153, 166, 180, 189	1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967

## **Öffentliche Finanzen**

**Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.**

### **Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM - Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135, 179	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961, 1965
" 31, 49, 146, 188	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961, 1965
" 68, 79, 131, 154, 186	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963, 1966
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157, 178	1961, 1962, 1964, 1966
" 101	Gewerbesteuer 1958

Statistische Berichte: 4 Reihen

## **Preise, Löhne und Gehälter**

### **Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 7 Reihen

## **Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen**

Band 45*, 177	Sozialprodukt 1950 - 1955, 1950 - 1966
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

## **Verzeichnisse**

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962, 1967

Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957

Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966

Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.